

COVID- KALEIDOSKOP

I

Wie die Krise die Ungleichheit verschärft

ÜBER DEN BEIGEWUM

Der **Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen** (BEIGEWUM) ist ein Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen.

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.

Gegründet 1985, liegen die inhaltlichen Tätigkeitsschwerpunkte in Arbeiten zur Budget- und Verteilungspolitik und zu Fragen der europäischen Integration. Der BEIGEWUM gibt die vierteljährliche Zeitschrift Kurswechsel heraus (erscheint im Sonderzahl Verlag). Zudem veröffentlicht der Verein zahlreiche Publikationen (etwa das Buch „Umkämpfte Technologien. Arbeit im digitalen Wandel“ und das „Schwarzblaubuch“) sowie Factsheets zu Themen, unter anderem in Bereichen der Budget-, der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik und organisiert Diskussionsveranstaltungen.

IMPRESSUM

Herausgeber
BEIGEWUM
Schottengasse 3a/1/59
1010 Wien

Design & Layout
Maximilian Jäger

Zeichnung (S.16)
Karl Berger
www.zeichenware.at

Inhaltsverzeichnis

AutorInnen und InterviewpartnerInnen

Editorial

„Bestehende Ungleichheiten werden verschärft“ Julia Hofman im Interview	8
Die ungleichen Auswirkungen der COVID-Krise auf den Arbeitsmarkt Simon Theurl	11
Odysseus im Supermarkt. Die HeldInnen der COVID-Krise	15
Atypische Beschäftigung im Ausnahmezustand Bettina Haidinger	17
„Das Virus unterscheidet nicht, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse“ – Migrantische Beschäftigung in der COVID-Krise Peter Birke im Interview	20
Und dann waren wir HeldInnen ... für einmal Klatschen Markus Bina, Axel Magnus	24
Geschlechtsspezifische Mehrfachbelastungen während der COVID-Krise Judith Derndorfer, Franziska Disslbacher, Vanessa Lechinger, Katharina Mader, Eva Six	28
COVID-19 und die Wohnungsfrage Selim Banabak, Justin Kadi	31
Energiearmut in Zeiten der COVID-Pandemie: Eine Schieflage spitzt sich zu Sandra Matzinger	33
Zurück in die Klimakrise? Jana Schultheiss, Max Mayerhofer, Ernest Aigner	34

Inhaltsverzeichnis

Menschen mit Behinderungen, COVID und Selbstbestimmt Leben Magdalena Scharl	36
Was bedeutet COVID für Geflüchtete weltweit? Ulrike Krause	38
Social Distancing in der Massenunterkunft? – COVID in österreichischen Geflüchtetenlagern Hannah Kentouche, Marlene Radl	40
Kinder im Lockdown – Ein Widerspruch in sich? Johanna Neuhauser, Jana Schultheiß	44
Drei Schritte zurück: Bildungsungleichheit und COVID Veronika Wöhrer	47
Homeschooling als Katalysator von Bildungsungleichheit Elke Larcher	50
Entschleunigt oder abgehängt? Hochschulpolitik in der Corona-Krise Teresa Petrik	53
Und wie war das mit der Kultur? Katerina Vrtikapa sowie Sabine Hilpert im Interview	57
Das Einkommen der Vielen zur Rettung der Wenigen Martin Schürz im Interview	59
Ersparnisse in der Arbeitslosigkeit: Wo wirkt der Wohlfahrtsstaat? Stefan Humer, Severin Rapp	62

AutorInnen und InterviewpartnerInnen

Ernest Aigner ist Doktorand am Department für Sozioökonomie forscht zu Pluraler Ökonomik, Nachhaltiger Arbeit und Gesellschaften ohne Geld.

Selim Banabak ist Ökonom und arbeitet an der Technischen Universität Wien u.a. zu den Themen Mietpreisentwicklung und Leistbarkeit von Wohnen.

Markus Bina ist Diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger und Betriebsrat bei der Volkshilfe Niederösterreich.

Peter Birke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Göttingen und Mitglied des Forschungsprojekts „Refugees@work. Perspektiven der betrieblichen Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen“.

Judith Derndorfer arbeitet als Ökonomin am Forschungsinstitut Economics of Inequality der Wirtschaftsuniversität Wien.

Franziska Disslbacher arbeitet als Ökonomin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien.

Bettina Haidinger ist Sozialwissenschaftlerin und Vorstandsmitglied im BEIGEWUM.

Sabine Hilpert ist ehemalige Tänzerin und derzeit Ballettpädagogin und Choreografin in Wien.

Julia Hofmann ist Soziologin und Redakteurin der Zeitschrift „Kurswechsel“.

Stefan Humer ist Ökonom am Forschungsinstitut Economics of Inequality der Wirtschaftsuniversität Wien.

Justin Kadi ist Sozialwissenschaftler an der Technischen Universität Wien und forscht u.a. zu Wohnungspolitik und sozial-räumlichen Ungleichheiten.

Hannah Kentouche forscht zum Migrations- und Grenzregime und engagiert sich bei antirassistischen Initiativen.

Ulrike Krause ist Juniorprofessorin für Flucht- und Flüchtlingsforschung an der Universität Osnabrück. Sie forscht zu den Themen Konflikt-Flucht-Nexus, humanitärer Flüchtlingsschutz, Resilienz, Gender und genderbasierte Gewalt mit dem Schwerpunkt auf den Globalen Süden, insbesondere Ostafrika.

Elke Larcher ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in der Abteilung für Lehrausbildung und Bildungspolitik der Arbeiterkammer Wien.

Vanessa Lechinger arbeitet als Ökonomin am Forschungsinstitut Economics of Inequality der Wirtschaftsuniversität Wien.

Katharina Mader arbeitet als Ökonomin am Institut für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien.

Axel Magnus ist Sozialwissenschaftler, Betriebsratsvorsitzender bei der Sucht- und Drogenkoordination Wien und Mitglied des großen Verhandlungsteams bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ).

Sandra Matzinger ist Sozioökonomin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer Wien. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen verteilungspolitische Aspekte der Klima- und Energiewende, Energiearmut sowie nationale und internationale Energiepolitik.

Max Mayerhofer ist Ökonom in der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Johanna Neuhauser ist Soziologin an der Universität Wien, forscht und lehrt zu Arbeit & Migration, Gender Studies und Globaler Ungleichheit und ist Vorstandsmitglied des BEIGEWUM

Teresa Petrik arbeitet am Institut für Soziologie der Universität Wien und studiert im Master Soziologie sowie Globalgeschichte/Global Studies. Sie ist Redakteurin bei mosaik-blog.at und aktiv im Landesvorstand der Jungen Linken Wien, einer unabhängigen linken Jugendorganisation.

Marlene Radl ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet derzeit im Koordinationsbüro von SOS Mitmensch.

Severin Rapp ist Ökonom am Institut für Makroökonomie und dem Forschungsinstitut Economics of Inequality der Wirtschaftsuniversität Wien.

Magdalena Scharl ist Peer-Beraterin von BIZEPS – Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Wien und Teil der österreichischen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. Sie ist BIZEPS-Sprecherin für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit und Mitglied der Arbeitsgruppe „Behinderung und Entwicklung“ der Globalen Verantwortung sowie des Arbeitskreises „Menschen mit Behinderung in der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ der Austrian Development Agency. Sie benützt einen Elektrorollstuhl und lebt mit Persönlicher Assistenz.

Jana Schultheiss ist Ökonomin in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Martin Schürz ist Ökonom und Psychotherapeut in Wien. 2019 ist sein Buch „Überreichtum“ im Campus Verlag erschienen. Es wurde mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch des Jahres 2019 ausgezeichnet.

Eva Six arbeitet als Ökonomin am Forschungsinstitut Economics of Inequality der Wirtschaftsuniversität Wien.

Nikolai Soukup ist Politikwissenschaftler, arbeitet als Referent in der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien und ist Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Simon Theurl ist kritischer Ökonom und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

Katerina Vrtikapa ist Ökonomin in Wien mit dem Schwerpunkt auf öffentliche Finanzen

Veronika Wöhner ist Soziologin und derzeit Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Ihre Schwerpunkte sind Bildungssoziologie, Gender Studies sowie qualitative und partizipative Methoden.

Editorial

Liebe LeserInnen!

Die Covid-Krise hatte massive soziale und wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge – und weitere zeichnen sich bereits ab. Was ist passiert und wie wird es weitergehen? Mit diesen Fragen setzt sich der BEIGEWUM in einer neuen Publikationsreihe, dem COVID-Kaleidoskop, auseinander. Vor euch liegt der Auftakt einer neuen Reihe, in der wir die Covid-Folgekrisen einordnen und analysieren.

Der Lockdown hat in Österreich zum tiefsten Wirtschaftseinbruch und zur höchsten Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Schnell wurde deutlich, welche bedeutende Rolle dem Sozialstaat bei der Bewältigung der Krise zukommt. Es zeigte sich aber auch, dass die Krise verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hart trifft. Sie wirkt sich besonders für jene spürbar negativ aus, die sich bereits vor der Covid-Krise in prekären Lebenslagen befanden. Bestehende soziale Ungleichheiten, wie etwa im Zusammenhang mit der Verteilung von Lohn- und Sorgearbeit, Bildungschancen und Zukunftsperspektiven, verschärfen sich. Während vielen Menschen im Zuge der Krise der Verlust ihrer Existenzgrundlage und ein Abrutschen in die Armut droht, sind Vermögen mehr denn je ungleich verteilt.

Hier setzen unsere Diskussionsbeiträge an. Als Verein kritischer SozialwissenschaftlerInnen stehen für uns nicht die medizinischen Aspekte des Virus im Zentrum unserer Analysen, sondern die sozioökonomischen Dimensionen der aktuellen Krise. Das vorliegende Heft beleuchtet in diesem Zusammenhang bestehende gesellschaftliche Schief lagen und ihre Verschärfungen in der Covid-Krise. Es soll der Beginn einer mehrteiligen Publikationsreihe sein. Folgen werden Analysen der Covid-Krisenpolitik, indem etwa die Frage aufgeworfen wird, wie gerecht die getroffenen Maßnahmen sind und wer letztendlich dafür zahlt. Des Weiteren wollen wir Überlegungen

zu fortschrittlichen Strategien für eine Zukunft nach der Krise anstellen, wobei insbesondere die möglichen Perspektiven für progressive Veränderungen thematisiert werden sollen.

Wir setzen in dieser Publikationsreihe auf sehr unterschiedliche Formate von Beiträgen. Neben politischen und wissenschaftlichen Kommentaren sowie Kurzanalysen findet ihr Interviews mit ExpertInnen sowie Grafiken, Comics und Bilder: ein Kaleidoskop von Perspektiven auf die Covid-Folgekrisen. Im Gegensatz zu umfangreichen Analysen soll dieses Format auch der Tatsache Rechnung tragen, dass es sich bei den aktuellen Einschätzungen nur um Momentaufnahmen handeln kann. Der vorliegende Einblick in gesellschaftliche Schief lagen und ihre Verschärfungen verfolgt auch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenngleich eine große Bandbreite relevanter Aspekte der Krise behandelt wird, sind gewiss nicht sämtliche Themenfelder in dem Heft erfasst und viele bedeutende Fragestellungen nicht oder nicht ausreichend gestellt. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Krise wird erst nach und nach erfolgen können. Dennoch ist es uns wichtig, bereits jetzt einen kritischen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung zu liefern. Manches werden wir in ein paar Monaten besser beurteilen können, manches werden wir vielleicht auch anders bewerten. Wichtig bleibt jedenfalls die gemeinsame Diskussion!

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen AutorInnen herzlich für ihre Bereitschaft bedanken, uns ihre Expertise so kurzfristig zur Verfügung gestellt zu haben, und für die vielen spannenden Beiträge, die dadurch entstanden sind!

Wir wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns auf weitere Diskussionen!

Der BEIGEWUM

„Bestehende Ungleichheiten werden verschärft“

Julia Hofman im Interview

Die Covid-Krise schlug mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt ein und veränderte das Alltagsleben schlagartig. Was bedeutet das für Ängste und Verunsicherung in der Gesellschaft? Ein Gespräch mit Soziologin Julia Hofmann über den Widerspruch zwischen generell hoher Lebenszufriedenheit und gleichzeitig verbreiteter sozialer Verunsicherung in Österreich sowie mögliche Auswirkungen der Krise auf gesellschaftliche Unsicherheit und das Alltagsverhalten.

Ein Interview von Nikolai Soukup mit Julia Hofmann

Nikolai Soukup: In Bezug auf die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt spielen materielle Veränderungen eine große Rolle. Darüber hinaus gibt es aber auch eine emotionale Ebene, die Dimension von Angst und Verunsicherung. Du hast dich ja bereits vor Jahren mit Angst und Verunsicherung in Bezug auf Arbeitsmarktveränderungen auseinandergesetzt.

Julia Hofmann: Ja, meine Arbeit an dem Verunsicherungsthema war vor allem durch die Frage motiviert, warum Österreich politisch so rechts steht. Man könnte ja sagen, wenn das etwas mit den sozialen Verhältnissen zu tun hat, sollte es so etwas in einem Land, in dem es einen eher gut ausgebauten Sozialstaat und 98 Prozent Kollektivvertragsabdeckung gibt, eher nicht geben. Wenn man dennoch versucht, politisch autoritäre oder rechte Einstellungen über soziale Veränderungen zu erklären, ist man relativ schnell in diesem Verunsicherungsdiskurs. Es gibt Veränderungen im Sozialsystem und auf dem Arbeitsmarkt, die vielleicht nicht unmittelbar fühlbar sind, die aber wahrgenommen werden und Ängste erzeugen. Zudem ist der Blick meistens auf die Zukunft gerichtet. Meine Forschung dazu hat gezeigt: Ängste in diese Richtung hatten weniger Menschen, die prekär angestellt waren, Lohnein-

bußen oder Arbeitslosigkeitserfahrungen hatten, sondern Menschen, die gesagt haben: „Ich hab Angst, dass meine Kinder mal keinen Job kriegen. Ich hab Angst, was in 20 Jahren mit meinem Lebensstandard ist.“ Also in die Zukunft gerichtete Projektionen, die sich natürlich aus einer gewissen Gesellschaft der Angst nähren, die teilweise eine polit-ökonomische Grundlage haben, teilweise aber auch rechte Diskurse sind; Angstdiskurse, die vorangetrieben werden, die dann übernommen und in die Zukunft gerichtet werden. Und das

„In einem Land mit ohnehin hoher sozialer Verunsicherung macht eine Pandemie auch emotional etwas mit den Leuten.“

Interessante oder vielleicht sogar Widersprüchliche war, dass es gleichzeitig trotzdem eine extrem hohe Lebenszufriedenheit gab. In der Corona-Zeit hat sich das ein wenig verschoben: Die Verunsicherung ist hoch geblieben, aber gleichzeitig ist auch die Lebenszufriedenheit, zumindest kurzfristig, drastisch gesunken. Noch kann man nicht wirklich valide einschätzen, was die langfristigen Folgen hiervon sind. Aber wenn sich im Sozialen wirklich rapide etwas verschlechtert, dann kann das in so einem Land, in dem die Verunsicherung ohnehin schon hoch ist und die gesellschaftlichen Zukunftserwartungen ohnehin schon relativ pessimistisch oder zumindest abwartend sind – nämlich gerade in der Mitte der Gesellschaft –, langfristig etwas mit den Leuten machen. Es stellt sich ja die Frage, wie lange das alles dauert und ob es die zweite Welle gibt. Wenn das nicht nur ein, zwei Monate der schieren Panik

waren, die wir alle nächstes Jahr wieder vergessen haben, glaube ich, dass das die Verunsicherung weiter in die Höhe treiben wird.

Nikolai Soukup: Im Bereich der Angst und Verunsicherung, die sich auf materielle Lebensbedingungen bezieht, kann man also zum einen die Ängste identifizieren, die etwas mit tatsächlichen prekären Lebenslagen zu tun haben, und zum anderen Abstiegsängste.

Julia Hofmann: Ja genau, wir unterscheiden in der Forschung zwischen objektiver und subjektiver Unsicherheit. Subjektive Unsicherheit bezieht sich eben auf diese Abstiegsängste, die man haben kann, egal ob man tatsächlich von sozialem Abstieg bedroht ist oder nicht. Objektive Unsicherheit meint demgegenüber ein Leben unter widrigen sozialen Bedingungen. Die objektive Unsicherheit wird natürlich auch zunehmen, wenn es hohe Arbeitslosen- und vielleicht auch Langzeitarbeitslosenraten gibt, wenn junge Leute nicht leicht in den Arbeitsmarkt hineinfinden etc.

Nikolai Soukup: Diejenigen, die wesentlich von Krisenmaßnahmen, Arbeitsplatzverlust oder Prekarisierung betroffen sind, sind ja zu einem großen Teil diejenigen, die schon vorher in einer schlechten Lage gewesen sind. Da ist bestimmt eine Verschärfung und Zuspitzung zu erwarten, oder?

Julia Hofmann: Genau, da schreibt sich ein Trend fort, würde ich sagen. Noch ist nicht ganz klar, ob auch die „gesellschaftliche Mitte“ jetzt weiter abrutscht oder ob es jetzt nicht einfach denen, denen es ohnehin schon vor Corona schlecht gegangen ist, noch schlechter geht, die bestehende Ungleichheit also wie unter einem Brennglas stärker sichtbar wird.

„Noch ist nicht ganz klar, ob die ‚gesellschaftliche Mitte‘ abrutscht oder die Ungleichheit einfach wie unter einem Brennglas stärker sichtbar wird. Die Krise zeigt uns nicht unbedingt gesellschaftliche Kippunkte, aber Verunsicherungen, die schon vorher da waren und sich bei einigen verschärfen.“

Nikolai Soukup: Eine der primären Ängste im Zusammenhang mit Corona hat klarerweise mit der Angst zu tun, krank zu werden oder dass sich jemand aus der Familie mit dem Virus anstecken könnte. Zugleich gibt es auch Angst und Verunsicherung dahingehend, dass im Prinzip so gut wie alle Alltagsgewissheiten weggefallen sind, weil

das, was früher selbstverständlich war – zum Beispiel spazieren zu gehen oder in welcher Weise man in Supermarkt einkaufen geht – plötzlich ungewiss war. Inwiefern glaubst du – soziologisch gesprochen – verändert das die Gesellschaft, nicht nur unmittelbar?

„Die einen reagieren auf die Umbrüche einer Krise mit Hass und Ablehnung, die anderen mit Solidarität. Aber es gibt immer beides.“

Julia Hofmann: Eine ehemalige Uni-Kollegin von mir, Barbara Rothmüller, hat eine Studie über Liebe und Sex in Zeiten von Corona gemacht und zeigt, dass sich dieses Social Distancing teilweise schon im Habitus der Menschen eingeschrieben hat. Es hat eben auch Folgen für das Miteinander, wenn man Freunde und Freundinnen nicht mehr umarmt oder dass man, wenn man jemanden sieht, schon mal drei Schritte zurückgeht, und dass sich das nicht nur im Kopf, sondern auch im Körper niederschlägt. Es geht dabei ja nicht nur um Sex an sich, sondern allgemeiner um zwischenmenschliche Beziehungen. Gleichzeitig gibt es aber auch andere Forschungsergebnisse: So finden Menschen auch zunehmend andere Lösungen für das zwischenmenschliche Miteinander, etwa über Online-Treffen etc. Corona trifft aber prinzipiell auf einen Nährboden der Angst, den es in Österreich schon immer gegeben hat, und verschärft die Bruchlinien in der Gesellschaft weiter. Was die Corona-Krise uns bislang zeigt, sind nicht unbedingt gesellschaftliche Kippunkte, sondern dass sich Verunsicherungen, die schon da waren, bei bestimmten Leuten verschärfen; aber nicht unbedingt, dass plötzlich alle voll in Panik verfallen.

Nikolai Soukup: Aber glaubst du, dass die Krise dazu führen könnte, dass sich verschiedene Teile der Gesellschaft noch schlechter miteinander verständigen und ihre Lebenswelten verstehen können? Denn zum einen Teil gibt es diejenigen, die gesagt haben: Ich bin jetzt mehr zu Hause, sehe meine Familie viel öfter und habe mehr Entschleunigung.“ Und zum anderen gibt es andere, deren komplette Lebensexistenzgrundlage weggebrochen ist.

Julia Hofmann: Das glaube ich schon auch, und dass man dann eben noch mehr soziale Schließungen wahrnehmen kann und dass Leute stärker nur noch unter ihresgleichen bleiben. Manchmal wird ja bereits vom Coronavirus als „konservativem Virus“ geschrieben und in der Tat treten in den letzten Monaten wieder zahlreiche konservative Phänomene auf die Bildfläche: Frauen, die sich vermehrt um Care-Arbeit kümmern müssen, sozialer Kontakt vermehrt innerhalb der (Kern-)Familie etc.

Nikolai Soukup: In Bezug auf die Frage, inwiefern Angst und Verunsicherung in politische Stimmungslagen übergehen, gibt es einerseits durchaus Tendenzen, dass autoritäre Stimmungslagen gestärkt werden. Zum anderen gibt es auch neue Formen der Solidarität, die in der Krise entstanden sind, mit Nachbarschaftshilfen zum Beispiel. Wie würdest du diese widerstreitenden Stimmungslagen einschätzen?

Julia Hofmann: Ein Team rund um den Uni-Professor Jörg Flecker hat vor ein paar Jahren am Beispiel der Flüchtlingskrise ein Forschungsprojekt (SOCRIS) durchgeführt, das sich ähnliche Fragen gestellt hat: Warum reagieren in einer Situation, in der es so massive Umbrüche in der Gesellschaft gibt, die einen mit Hass und Ablehnung und die anderen mit Solidarität? Das könnte man jetzt auch auf Corona umlegen. Damals ist in dem Projekt u.a. herausgekommen, dass wie Leute reagieren, eben sehr stark mit Einstellungen und Erfahrungen, die man davor gemacht hat, zu tun hat, mit Werten, Sozialisation und so weiter. Das ist kein besonders überraschendes Ergebnis. Ich finde aber, das ist ein zurzeit eher beruhigender Befund, weil es gibt immer beides gibt: Ich würde schon argumentieren, dass Ungleichheiten und Unsicherheiten verstärkt werden. Zugleich glaube ich, es kippt nicht immer das ganze System. Es gibt immer auch Gegentendenzen.

Der Text ist eine überarbeitete und stark gekürzte Fassung des Gesprächs.

ZUM WEITERLESEN

Hofmann, Julia (2015) Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheiten bei der Entstehung dieser. In: Aschauer, Wolfgang / Donat, Lisa / Hofmann, Julia (Hg.) Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 237-262.

Hofmann, Julia / Nachtwey, Oliver (2017) Fear and Loathing in der sozialen Frage. In: Kurswechsel 3/2017, 95-99, [LINK](#)

Rothmüller, Barbara (2020) Intimität und soziale Beziehungen in der Zeit physischer Distanzierung. Ausgewählte Zwischenergebnisse zur COVID-19-Pandemie. Wien, [LINK](#)

Schönauer, Annika / Schindler, Saskja / Papouschek, Ulrike / Flecker, Jörg / Altreiter, Carina (Hg.) (2019) Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft. Wien: Promedia.

Die ungleichen Auswirkungen der COVID-Krise auf den Arbeitsmarkt

Simon Theurl

Am 15. März 2020 beschloss die österreichische Bundesregierung das erste Covid-Krisengesetz, mit dem Maßnahmen gesetzt wurden, die darauf abzielten, ein Ausbreiten der Pandemie zu bremsen und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen abzufedern. Schon nach kurzer Zeit war klar geworden, dass die Krise dramatische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben würde. Steigende Arbeitslosigkeit, steigender Druck auf Arbeitssuchende und Beschäftigte und die Gefahr, niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren zu müssen, sind dabei asymmetrisch verteilt.

In nur wenigen Tagen stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch an. Im April 2020 waren 599.202 Personen beim AMS arbeitslos gemeldet, rund 200.000 Personen mehr als im April 2019 (AMS / BMASGK 2020). Die von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-Pandemie führten zu den höchsten Beschäftigungseinbußen seit fast 70 Jahren (Bock-Schappelwein et al. 2020). Um Schlimmeres zu verhindern, entwickelten die Sozialpartner ein Covid-Kurzarbeit-Modell. Dieses ermöglicht es Unternehmen, die Arbeitszeit um bis zu 90 Prozent der vorherigen Normalarbeitszeit zu reduzieren, ohne dabei Arbeitskräfte zu entlassen (Schnitzer / Tamesberger / Theurl 2020). Die ArbeitnehmerInnen bekommen weiterhin 80, 85 bzw. 90 Prozent des vorherigen Bruttoeinkommens, gestaffelt nach der Höhe des

Im April 2020 waren rund 200.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im April 2019.

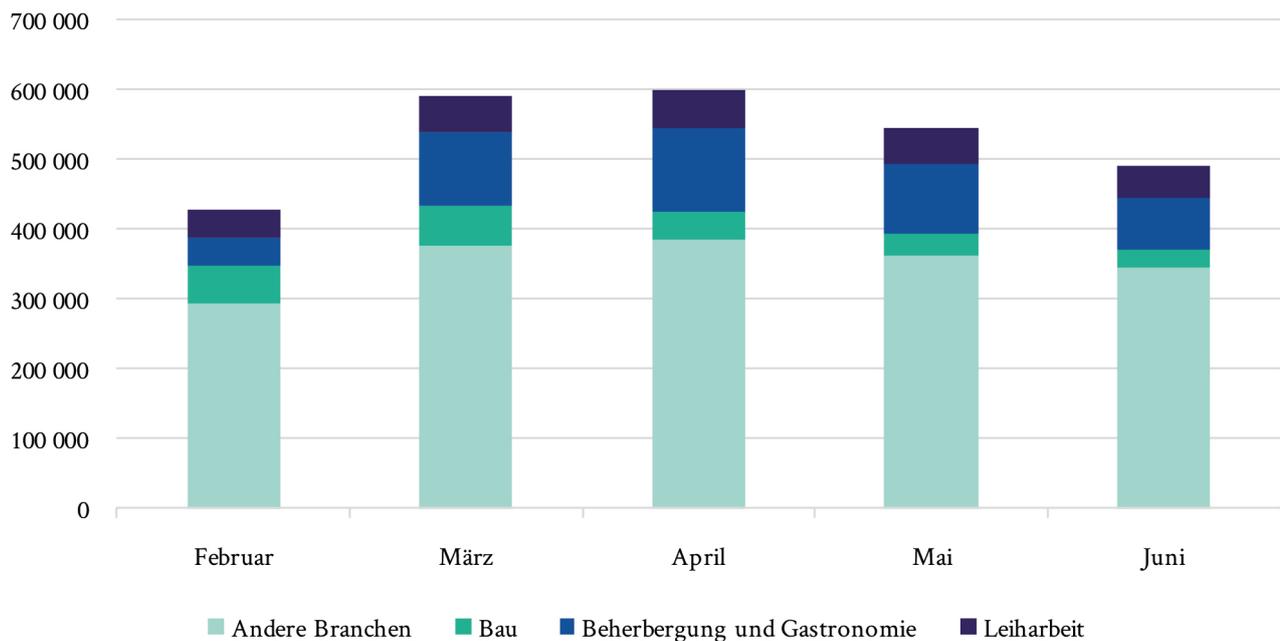
bisherigen Einkommens. Die vollen Sozialversicherungsbeiträge – in derselben Höhe wie vor der Arbeitszeitreduktion – werden ebenso weiterbezahlt. Die Unternehmen bekommen die vollen Kosten für die Ausfallstunden (Entgelt inklusive der SV-Beiträge) vom AMS rückerstattet. So konnte bereits in der letzten Maiwoche für rund 1,3 Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet und damit der Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert werden. Wie viele Menschen für welchen Stundenentfall Kurzarbeit tatsächlich beansprucht haben, wird sich erst nach den Abrechnungen klar herausstellen.

UNGLEICHE VERTEILUNG DER BETROFFENHEIT

Die Krise sowie die Maßnahmen zur Krisenbewältigung wirken asymmetrisch entlang unterschiedlichster Arbeits- und Lebensrealitäten (siehe u.a. die Beiträge zu atypischer oder migrantischer Beschäftigung, Pflege oder den HeldInnen der Covid-Krise in diesem Heft). Gruppen, die es schon vor der Krise besonders schwer hatten – wie Niedrigqualifizierte, Ältere, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen –, sind von der Krise besonders betroffen. Im Folgenden wird die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in der Krise entlang von Branchenzugehörigkeit, Einkommen und Alter aufgeschlüsselt.

In der Gastronomie stieg die Arbeitslosigkeit besonders stark an, zugleich wurde in vergleichsweise geringem Ausmaß Kurzarbeit angemeldet. Das ist wenig verwunderlich, denn in dieser Branche ist es üblich, saisonale Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs durch Kündigungen auszugleichen und die Kosten den BeitragszahlerInnen der Arbeitslosenversi-

Abbildung 1: Anzahl arbeitslos gemeldeter Personen nach Branche, Februar bis Juni 2020



Quelle: AMS / BMASGK 2020 (Bestand an Personen am Stichtag (jeweiliger Monatsletzter) mit dem Status arbeitslos; in Schulung; arbeitssuchend, sofort verfügbar; lehrstellensuchend, sofort verfügbar; oder Klärung der Arbeitsfähigkeit).

cherung umzuhängen (Eppel et al. 2015). Für die betroffenen Arbeitskräfte ist die Krise besonders dramatisch, denn in der Gastronomie ist kaum eine Verbesserung in Sicht. „Übliche“ bzw. geplante Phasen der Arbeitslosigkeit werden vermutlich länger ausfallen und zu starken Einkommenseinbußen im Niedriglohnssektor führen.

Durch Kurzarbeit konnten viele Arbeitsplätze gesichert werden. Für Menschen, die vor Covid nur ein geringes Einkommen erhielten, kann der kurzarbeitsbedingte Einkommensausfall von 10 Prozent jedoch eine gravierende Belastung darstellen. Das trifft umso stärker zu, je niedriger das Einkommen ist. In der Regel gilt: Je geringer das Einkommen, desto geringer sind auch die Ersparnisse, auf die im Notfall zurückgegriffen werden kann (siehe den Beitrag von Rapp / Humer in diesem Heft). Hinzu kommt, dass sich das Kurzarbeitsgeld an dem vertraglich vereinbarten Bruttoeinkommen bemisst. Überstundenentgelt oder Trinkgeld, die in vielen Bereichen einen wichtigen Teil des Nettoeinkommens ausmachen, fallen weg. Auch hier sind Menschen in prekären und niedrig entlohten Jobs stärker betroffen.

Vor einem noch deutlich höheren Einkommensverlust stehen jene Menschen, die im Zuge der Covid-Maßnahmen arbeitslos geworden sind. Sofern sie sich für den Erhalt von Arbeitslosengeld qualifizieren, bekommen Sie (ohne Zuschläge) 55 Prozent des ursprünglichen Nettoeinkommens. Ob jemand Kurzarbeitsgeld oder das deutlich geringere Arbeitslosengeld erhält, hängt von den Entscheidungen der Unternehmer*innen ab. Erheblich vom Risiko des Arbeitsplatzverlusts betroffen sind Menschen, die am Arbeitsmarkt in einem besonders starken Konkurrenzverhältnis stehen, also

jene, die in niedrig entlohten Tätigkeiten, die kaum spezielle Qualifizierung erfordern, arbeiten. Dort, wo es ein großes Angebot an Arbeitskräften gibt, ist es für Arbeitgeber*innen leicht, bei Bedarf Arbeitskräfte zu bekommen. Zugleich kann Kurzarbeit vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit von Unternehmer*innen leicht als „Entgegenkommen“ dargestellt werden. Im Gegenzug können Arbeitsleistungen verlangt werden, die nicht entgolten werden, wie bereits bekannt gewordene Missbrauchsfälle bei Kurzarbeit belegen (Wiener-Zeitung.at 2020).

In einer Krise ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt besonders schwierig. Zudem haben Jugendliche häufig instabilere Arbeitsverhältnisse und verlieren diese leichter.

Den aktuellen Wirtschaftsprognosen des WIFO (WIFO 2020) zufolge wird die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im Jahr 2021 um 1,5 Prozentpunkte höher liegen als 2019. Besonders Menschen mit niedrigeren Chancen am Arbeitsmarkt werden langfristig von den Auswirkungen der Covid-Krise betroffen sein. Zu befürchten ist, dass das insbesondere ältere Arbeitssuchende sein werden. Bereits vor Covid zeigte sich, dass die Zahl der über 45-jährigen Langzeitarbeitslosen in Folge der Finanzkrise 2007/08 stark angestiegen ist. Im Jahr 2019 lag sie bei rund 135.000 Menschen, etwa dreimal so

Abbildung 2: Anzahl arbeitsloser Jugendlicher, Februar bis Juni 2020



Quelle: AMS / BMASGK 2020 (Anzahl der Jugendlichen mit dem Status arbeitslos; in Schulung; arbeitssuchend, sofort verfügbar; oder lehrstellensuchend, sofort verfügbar).

hoch wie vor der Finanzkrise. Im Juni 2020 lag die Zahl der Arbeitssuchenden über 50 Jahre bereits um 42 Prozent höher als im Juni 2019 (AMS 2020b). Hier müssen Maßnahmen gesetzt werden: Eine staatliche Jobgarantie, in deren Rahmen auf regionaler Ebene der Bedarf an Dienstleistungen und Produkten basisdemokratisch erhoben wird, könnte Langzeitarbeitslosen eine Chance geben und allen zugutekommen (Tamesberger / Theurl 2019).

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Für arbeitssuchende Jugendliche ist die Situation besonders dramatisch. Erstens ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt in einer Krise besonders schwer. Zweitens haben Jugendliche häufig instabilere Arbeitsverhältnisse, wie zum Beispiel Befristungen und eine kürzere Firmenzugehörigkeit, weshalb sie auch leichter ihre Arbeit verlieren. Im April 2020 waren 98.907 Jugendliche arbeitslos (AMS / BMASGK 2020). Mit den Covid-Maßnahmen stieg im März die Jugendarbeitslosigkeit rasant an. Seither hat sich die Situation leicht verbessert. Im Juni 2020 waren jedoch nach wie vor 84.133 Jugendliche arbeitslos registriert. Das waren rund 20.000 mehr als im Juni 2019. Weit mehr als die Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen

Es braucht eine breitere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung oder den Ausbau geförderter Beschäftigung durch eine demokratisch organisierte Jobgarantie.

hatte maximal einen Pflichtschulabschluss und ca. ein Drittel eine Lehre oder mittlere Ausbildung abgeschlossen.

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen (gemäß nationaler Definition) stieg bis Ende Juni auf 12 Prozent an (+ 6,2 Prozentpunkte). Der Anstieg fiel deutlich stärker als jener der allgemeinen Arbeitslosenquote aus. Die Anzahl unselbständig beschäftigter Jugendlicher ist Ende Mai um 7,2 Prozent geringer als vor einem Jahr (AMS 2020c). Gerade bei Jugendlichen hat Arbeitslosigkeit langfristig negative Konsequenzen. Beispielsweise führt eine Arbeitslosigkeitsdauer von bereits sechs Monaten (im Alter von 22 Jahren) zu einem geringeren Stundenlohn von 8 Prozent (Tamesberger 2014). Daher müssen gerade jetzt Jugendliche stärker als bisher unterstützt werden. Bislang wurde das Problem von der Bundesregierung jedoch vernachlässigt. Ohne zusätzliche arbeitsmarkt- und bildungspolitische Bemühungen besteht jedoch die Gefahr einer „verlorenen Generation“ (Bacher / Tamesberger 2020).

WAS KANN GETAN WERDEN?

Die Krise am Arbeitsmarkt hat ein beispielloses Ausmaß angenommen. Um der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Lohndruck nach unten entgegenzuwirken, braucht es schlagkräftige Maßnahmen. Nachdem sich der starke Rückgang an Beschäftigung und Arbeitsstunden zu verfestigen droht, braucht es andere als die herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen: zum Beispiel eine breitere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung oder den Ausbau geförderter Beschäftigung durch eine demokratisch organisierte Jobgarantie (Tamesberger / Theurl 2019). Wird durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit gesenkt, so können die Ausgaben, die ansonsten für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit anfallen würden, für die Finanzierung der

Gruppen, die es schon vor der Krise besonders schwer hatten, sind von der Krise besonders stark betroffen.

Reduktion der Arbeitszeit herangezogen werden. Idealerweise ist ein solches Modell so ausgestaltet, dass es zu einer breiteren Verteilung der Einkommen und Vermögen beiträgt, indem Einkommensverluste bei niedrigeren Einkommen stärker subventioniert werden und die Subventionen auch über eine Besteuerung von Kapital statt Arbeit finanziert werden. Sowohl eine Jobgarantie als auch eine geförderte Arbeitszeitverkürzung in Anlehnung an das bereits existierende Solidaritätsprämienmodell (AMS 2020d) sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, von denen alle profitieren können, indem Arbeit anstelle von Arbeitslosigkeit finanziert wird.

LITERATUR

- AMS (2020a) Übersicht über den Arbeitsmarkt. April 2020. Wien: Arbeitsmarktservice Österreich, [LINK](#)
- AMS (2020b) Übersicht über den Arbeitsmarkt. Juni 2020. Wien: Arbeitsmarktservice Österreich, [LINK](#)
- AMS (2020c) Die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen in der aktuellen Covid-19 Krise. Spezialthema zum Arbeitsmarkt Juni 2020. Wien: Arbeitsmarktservice Österreich, [LINK](#)
- AMS (2020d) Solidaritätspämien-Modell, [LINK](#)
- Bacher, Johann / Tamesberger, Dennis (2020) Corona: Wieder die Gefahr einer verlorenen Generation?. In: A&W Blog. 24.4.2020, [LINK](#)
- Bock-Schappelwein, Julia / Huemer, Ulrike / Hyll, Walter (2020) COVID-19-Pandemie: Höchste Beschäftigungseinbußen in Österreich seit fast 70 Jahren. WIFO Research Briefs 2/2020, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, [LINK](#)
- AMS / BMASGK (2020) Portal der Arbeitsmarktdatenbank des Arbeitsmarktservice Österreich und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, [LINK](#)
- Eppel, Rainer / Horvath, Thomas / Mahringer, Helmut / Zulehner, Christine (2015) Temporäre Layoffs – Das kurzfristige Aussetzen von Arbeitsverhältnissen und seine Bedeutung für die Arbeitslosigkeit. In: WIFO-Monatsberichte 88(12), 885-897.
- WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) (2020) Prognose für 2020 und 2021: Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Presseinformation. 26.6.2020, [LINK](#)
- Schnetzer, Matthias / Tamesberger, Dennis / Theurl, Simon (2020) Mitigating mass layoffs in the COVID-19 crisis: Austrian short-time work as international role model. In: VOX, CEPR Policy Portal. 7.4.2020, [LINK](#)
- Tamesberger, Dennis (2014) Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Eine Beschreibung des Problemausmaßes und der Folgen. In: WISO 1/2014, 139–158, [LINK](#)
- Tamesberger, Dennis / Theurl, Simon (2019) Vorschlag für eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 45 (4), 471–495, [LINK](#)
- WienerZeitung.at (2020) Kurzarbeit-Kontrollen: 150 Anzeigen wegen Missbrauch. 29.6.2020, [LINK](#)
- WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) (2020) Prognose für 2020 und 2021: Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Presseinformation. 26.6.2020, [LINK](#)

Odysseus im Supermarkt. Die HeldInnen der COVID-Krise

Können Sie erklären, was ein Held ist? Jemand, der sich „einer schweren Aufgabe stellt, eine ungewöhnliche Tat vollbringt“, meint der Duden. Historisch gesehen ist die Figur des Helden maßgeblich durch die Geschichten der griechischen Mythologie geformt: Herkules, Achilles oder Odysseus zum Beispiel. Auch die Covid-Krise hat ihre HeldInnen hervorgebracht: PflegerInnen, ÄrztInnen, BusfahrerInnen, Reinigungskräfte, RegalschlichterInnen und viele mehr – darunter nicht zuletzt die viel genannten SupermarktkassiererInnen. Wie ihre antiken Pendants in Theaterstücken wurden die Covid-HeldInnen beklatscht. Aber die HeldInnen der Covid-Krise unterscheiden sich in zwei essenziellen Punkten von ihren mythologischen Ebenbildern.

Erstens haben sie keine außergewöhnlichen Taten im Sinne der griechischen Antike vollbracht – weder wurden Löwen noch einäugige Riesen bezwungen – sondern eher gewöhnlich Alltägliches: Sie haben etwa Medikamente ausgegeben, Regale mit Lebensmitteln geschlichtet oder die Menschen mit dem Bus zur Arbeit oder zum Einkaufen gebracht. Außergewöhnlich war hingegen, dass der Lockdown des Wirtschaftslebens deutlich gemacht hat, wie unverzichtbar diese Menschen und ihre täglichen Arbeitsleistungen für das Leben und Überleben der gesamten Gesellschaft sind. Und so mussten sie auch ihrer Arbeit nachgehen, während viele andere zu Hause im Homeoffice saßen.

Sie sind die wahren LeistungsträgerInnen, denn ihre Berufe sind nicht erst seit Covid herausfordernd: Für die meisten Handelsangestellten gehört der Samstag zur Arbeitswoche. PflegerInnen, ÄrztInnen und BusfahrerInnen arbeiten auch am Wochenende und in der Nacht. Zeitdruck und Arbeits-

belastungen sind hoch: Laut Arbeiterkammer halten es 6 von 10 über 45-jährigen ArbeiterInnen in der Pflege oder der Reinigung für unwahrscheinlich, ihren Beruf bis zur Pension ausüben zu können. Mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen sind zumeist MigrantInnen in der Erntehilfe oder in der 24-Stunden-Pflege konfrontiert.

Sie sind die wahren LeistungsträgerInnen, denn ihre Berufe sind nicht erst seit Covid herausfordernd.

Ein zweiter Unterschied zu den Helden der griechischen Mythologie ist, dass die Covid-HeldInnen sehr oft Heldinnen sind. Eine Heldin ist laut Duden eine „besonders tapfere, opfermütige Frau, die sich für andere einsetzt“. So selbstlos müssen die Helden im Duden nicht sein. In der Arbeitswelt zeigt sich, dass gerade die Frauen es sind, die die wichtigste Arbeit leisten: In 8 von 11 systemerhaltenden Berufen arbeiten überwiegend Frauen. Wo der Frauenanteil besonders hoch ist, wird jedoch besonders schlecht bezahlt: Reinigungskräfte, Kinderbetreuung, Regalbetreuung, Alten- und Behindertenbetreuung. Aber auch insgesamt schlägt sich der Wert der Arbeit für die Gesellschaft nicht in der Bezahlung nieder: ATX-Manager verdienen derzeit das 57-fache eines mittleren Einkommens.

Die HeldInnen der Covid-Krise sind also keine Helden im mythologischen Sinn. Sie sind die TrägerInnen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Als solche sollten sie auch gewürdigt werden: Mit guten Arbeitsbedingungen, fairen Löhnen, von denen sie leben können, und einem guten sozialen Netz, das auffängt, wenn im Leben mal etwas schief läuft. Das wäre leicht möglich, denn der Wohlstand war noch nie so hoch wie in den letzten Jahren. Dafür muss man aber jene in die Pflicht nehmen, die in der Covid-Krise auffällig still waren: die Reichen und Vermögenden.

LITERATUR

Online Duden, [LINK](#)

AK (Portal der Arbeiterkammern) (2020), Gerechtigkeit für die wahren LeistungsträgerInnen, 29.5.2020, [LINK](#)

Arbeiterkammer Wien (2020), Broschüre: Vermögensverteilung, [LINK](#)



Quelle: Karl Berger

Atypische Beschäftigung im Ausnahmezustand

Bettina Haidinger

Die Covid-19-Krise zieht unterschiedliche gesundheitliche, soziale und ökonomische Folgen für Beschäftigte nach sich. Dabei ist der Status von Beschäftigten – ob sie über die Beschäftigung sozialversichert, solo-selbständig bzw. in leicht kündbaren Beschäftigungsverhältnissen sind und ob sie etwa von zu Hause aus oder im Ausland arbeiten – ausschlaggebend dafür, wie sich die Krise auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen niederschlägt. Atypische Beschäftigte sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere, sie werden im Schnitt um 25 Prozent schlechter entlohnt (Knittler 2016) und weniger von etablierten und neuen sozialen Sicherungsnetzen aufgefangen. ArbeiterInnen sind eher gesundheitlichen und Ansteckungsrisiken ausgesetzt als Angestellte. Dazu kommt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen eher in atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu finden sind als andere. Migrantinnen etwa sind in der Reinigungsbranche überrepräsentiert, dort sind wiederum 14 Prozent der ArbeitnehmerInnen geringfügig beschäftigt oder in Leiharbeit (8 Prozent) (Pirklbauer 2020). Autochthone Männer sind hingegen unterrepräsentiert.

KAUM UNTERSTÜTZUNGSLEISTUNGEN FÜR GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE UND SOLO-SELBSTÄNDIGE

Mehr Frauen als Männer arbeiten in geringfügiger Beschäftigung, gleichzeitig waren im April 2020 rund ein Viertel weniger Frauen und 17 Prozent weniger Männer in geringfügiger Beschäftigung als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Frauen sind damit viel stärker vom Rückgang der geringfügigen Beschäftigung betroffen. Bei den unselbständigen Beschäftigten lag der Rückgang sowohl bei Männern als auch bei Frauen bei 5 Prozent (BMAFJ 2020). Geringfügig Beschäftigte konnten keine Corona-Kurzarbeit in Anspruch nehmen,

auch erhalten sie keine Unterstützung aus dem Familienhärtefonds. Da aus ihrem Beschäftigungsverhältnis kein Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung entsteht, stehen sie im Fall des Jobverlusts ohne Einkommen da. Genauso fielen im Shutdown für viele Solo-Selbständige Umsätze und Einkommen weg und sie bleiben ohne staatliche Unterstützung. Nur wenige nahmen die Möglichkeit, sich gegen Arbeitslosigkeit selbst zu versichern, in Anspruch und bis jetzt (Stand Anfang Juni) sind kaum Zahlungen aus Corona-Fonds an Kleinst- und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) geflossen.

Der Status der Beschäftigten ist ausschlaggebend dafür, wie sich die Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen auswirkt.

HOMEOFFICE

Zwar gilt Homeoffice nicht per se als atypische Beschäftigung, aber als typisch ist sie wiederum auch nicht zu bezeichnen. Vor allem fehlt es bis dato an vernünftigen Vereinbarungen, die die Risiken (Entgrenzung von Arbeit und Leben) und Kosten (für Arbeitsmittel) der Arbeit von zu Hause regeln. Laut Arbeitsklimaindex (AK OÖ 2020) waren zwischen März und Mai 2020 36 Prozent der Beschäftigten ganz oder teilweise im Homeoffice. Der Anteil variiert stark nach Ausbildung und Beschäftigungsform: 10 Prozent der ArbeiterInnen und 56 Prozent der AkademikerInnen arbeiteten während des Shutdowns von zu Hause aus. Natürlich waren jene im Homeoffice geringeren

Gesundheitsrisiken ausgesetzt, insofern profitierten besser Ausgebildete und Angestellte von dieser Arbeitsform. Muss(te) man jedoch von zu Hause Kinderbetreuung (insgesamt mit den Ferien ein Zeitraum von mindestens sechs Monaten!) und Arbeit vereinbaren, relativiert sich die Feststellung bezüglich der Gesundheitsrisiken wieder: Für jeden zweiten Elternteil bedeutet die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung jetzt deutlich mehr Stress als vor der Krise.

HOCHMOBILE BESCHÄFTIGTE

Unter hochmobile Beschäftigung fallen Personen, die entweder wegen ihres Berufs mobil sein müssen (z.B. LKW-FahrerInnen) oder Personen, die sich zur Ausübung ihrer Arbeit für begrenzte Zeit weg von ihrem Wohnort bewegen (z.B. 24-Stunden-BetreuerInnen, ErntehelferInnen, entsandte BauarbeiterInnen). Auch für diese Beschäftigtengruppe brachte die Covid-19-Krise nochmals eine Verschärfung ihrer vorher schon misslichen Arbeitsbedingungen mit sich (Rasnača 2020). ErntehelferInnen wohnten in gesundheitlich unzumutbaren und unwürdigen Gemeinschaftsunterkünften; entsandte ArbeitnehmerInnen durften aufgrund der Grenzsicherungen nicht nach Hause oder zurück an ihren Arbeitsplatz im Ausland. Für entsandte ArbeitnehmerInnen (vom Ausland nach Österreich) gilt die Kurzarbeitsregelung nicht. In fast allen EU-Ländern wurden die Lenkzeiten für LKW-FahrerInnen verlängert und Ruhezeiten reduziert, um den Warenfluss aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wurden Raststationen geschlossen oder FahrerInnen der Zugang aus Angst vor Ansteckung verwehrt. Das heißt, die LenkerInnen waren tage- bis wochenlang in ihrem LKW zum Essen, Schlafen und Leben gefangen.

ARBEITERINNEN UND LEIHARBEITERINNEN

Neun von zehn der verloren gegangenen Jobs entfallen auf ArbeiterInnen (Szigetvari 2020). Das hängt auch mit den flexibleren Kündigungsbedingungen zusammen, die für ArbeiterInnen im Gegensatz zu Angestellten gelten: ArbeiterInnen können (außer der Kollektivvertrag regelt es anders) mit einer Vorankündigungsfrist von zwei Wochen an jedem beliebigen Wochentag gekündigt werden. Das Angestelltengesetz sieht hingegen – abhängig von der Dauer des Arbeitsverhältnisses – eine mindestens sechswöchige Kündigungsfrist vor (diese Regelung gilt ab 2021 auch für ArbeiterInnen). Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass der Kündigungsschutz in Österreich für alle Beschäftigten im OECD-Vergleich schwach ausgeprägt ist, in anderen Ländern wurde während der Corona-Krise sogar ein Kündigungsstopp verhängt.

LeiharbeiterInnen zählten oft zu den ersten, die gekündigt wurden.

Für Beschäftigte in befristeten Beschäftigungsverhältnissen ergab sich aufgrund des schnellen Shutdowns für kurze Zeit sogar eher ein Vorteil, da eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses vor dem arbeitsvertraglich festgelegten Ende durch Zeitablauf grundsätzlich nicht möglich ist. Eine andere Gruppe zeitlich befristeter und flexibel eingesetzter Beschäftigter, nämlich LeiharbeiterInnen, zählte hingegen oftmals zu den ersten, die gekündigt wurden. Nur in manchen Branchen, z.B. den Postverteilungszentren, gab es eine erhöhte Nachfrage. Dabei zeigte sich einmal mehr, dass die Arbeitsbedingungen von Rand- und Kernbelegschaften zwar nicht offiziell, aber doch in der Praxis zweierlei Maß unterliegen.

ARBEITNEHMERINNENSCHUTZ

Interessant ist, dass nun eine Dimension von Beschäftigungsbedingungen stärker in den Vordergrund rückt als früher: Der ArbeitnehmerInnenschutz. Vor Covid-19 als übertrieben, bürokratisch bis hin zu schikanös gegenüber den ArbeitgeberInnen diskreditiert, hängen nun in jedem Büro und jeder Fabrik Merkzettel mit Hinweisen, wie man sich zu verhalten hat, um potenzielle Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz zu minimieren. Gerade dort, wo viele Beschäftigte zusammenstehen und der Sicherheitsabstand schwieriger einzuhalten ist – am Fließband oder in den Distributionszentren der Logistikunternehmen –, traten vermehrt Covid-19-Ansteckungen auf. In diesen Bereichen sind die Beschäftigungsverhältnisse eher prekär, die ArbeitnehmerInnen unterliegen als ArbeiterInnen oder LeiharbeiterInnen schlechteren Kündigungsbedingungen und hohen Produktivitätserfordernissen und haben am Arbeitsmarkt schlechtere Chancen, gleich

Viele ArbeitgeberInnen nahmen es mit der Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten nicht so genau.

wieder einen Job zu finden. Insofern ist ihre Verhandlungsmacht im Arbeitsverhältnis gering. Das zeigen auch einige ArbeiterInnen oder LeiharbeiterInnen betreffende Fälle, die die Arbeiterkammer (AK 2020) vertritt oder die in Medien (Lehermayr 2020) kolportiert wurden. Viele ArbeitgeberInnen nahmen es mit der Informations- und Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten (keine Desinfektionsmittel, kein Sicherheitsabstand, keine Schutzmasken, keine Information über Covid-19-Fälle) nicht so genau und setzten sie somit gesundheitlichen Gefährdungen aus. Umso mehr ist auf den ArbeitnehmerInnenschutz zu pochen, er ist eine der wichtigsten Eingrenzungen, dem Zugriff auf die Ware Arbeitskraft Einhalt zu gebieten und die „Gesundheit sowie d[ie] Integrität und Würde“ (§ 3 Abs. 1 ASchG) von ArbeitnehmerInnen zu schützen. Dabei sind zwei Aspekte in der Krise besonders wichtig: Der ArbeitnehmerInnenschutz gilt auch für Leiharbeitskräfte, und er liegt in der Verantwortung des Arbeitge-

LKW-FahrerInnen, 24-Stunden-Be- treuerInnen und ErntehelferInnen: Für hochmobile Beschäftigte verschärften sich die schlechten Arbeitsbedingungen.

bers bzw. der Arbeitgeberin. Laut ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (§ 3 Abs. 1) dürfen „[d]ie Kosten dafür [...] auf keinen Fall zu Lasten der Arbeitnehmer[Innen] gehen“.

FAZIT: CORONA VERSCHÄRFT DIE SITUATION

Die Corona-Krise trifft Beschäftigte, die arbeitsrechtlich oder sozial schlechter abgesichert sind, härter als Angestellte oder die Kernbelegschaft von Unternehmen. Schon vor der Krise waren LeiharbeiterInnen, Solo-Selbständige, geringfügig Beschäftigte oder entsandte ArbeitnehmerInnen von geringeren Verdienstmöglichkeiten, fehlender betrieblicher Integration, einem höheren Risiko, arbeitslos zu werden, und oft unzureichendem Sozialschutz betroffen. Der schlagartige Shutdown wird seine ökonomischen und sozialen Wunden hinterlassen. Jene, die als erste gehen mussten, werden die Auswirkungen am längsten spüren. In der Krise wird klar, dass jene Beschäftigungsformen, die die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes befeuern, sich negativ auf die kurzfristige und langfristige soziale und ökonomische Situation der Beschäftigten auswirken. Dazu kommt eine Gesundheitskrise, die nicht vor den Fabrikstoren Halt macht. Einmal mehr wird die Notwendigkeit eines soliden ArbeitnehmerInnenschutzes deutlich, der dem Anspruch, die (gesundheitliche) Integrität und Würde von ArbeitnehmerInnen zu sichern, gerecht wird. Als abschließender Appell: 12 Stunden Arbeitszeit sind mit diesem Prinzip nicht vereinbar.

LITERATUR

AK (Portal der Arbeiterkammern) (2020) AK hilft: Fabrik entließ nach Corona-Fällen voreilig drei Arbeiter. 22.6.2020, [LINK](#)

AK OÖ (Arbeiterkammer Oberösterreich) (2020) Arbeitsklima Index 2020 - Nr. 2. 24.6.2020, [LINK](#)

BMAFJ (Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend) (2020) bali, [LINK](#)

Knittler, Käthe (2016) Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise. In: Statistische Nachrichten 6/2016, 416–422.

Lehermayr, Christoph (2020) Die Chronik der COVID-Krise bei der Post. In: Addendum. 3.6.2020, [LINK](#)

Pirklbauer, Sybille (2020) Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger*innen. In: A&W Blog. 29.5.2020, [LINK](#)

Rasnača, Zane (2020) Essential but unprotected: highly mobile workers in the EU during the Covid-19 pandemic. ETUI Policy Brief European Economic, Employment and Social Policy 9/2020. Covid-19 impact series. Brüssel: ETUI, [LINK](#)

Szigetvari, András (2020) In neun von zehn Fällen waren es in der Krise Arbeiter, die ihre Jobs verloren. In: derstandard.at. 14.6.2020, [LINK](#)

„Das Virus unterscheidet nicht, aber die gesellschaftlichen Verhältnisse“ – Migrantische Beschäftigung in der COVID-Krise

Peter Birke im Interview

Ein Gespräch mit Peter Birke, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen.

Johanna Neuhauser: Es heißt, vom Coronavirus sind alle gleichermaßen betroffen. Gleichzeitig wurde in der Krise deutlich, dass Schutzvorkehrungen am Arbeitsplatz wie Homeoffice-Regelungen nur für bestimmte Arbeitnehmer*innen getroffen werden, während andere auf der Baustelle, im Schlachthaus, am Feld oder in der Pflege im Privathaushalt kaum Abstandsregeln einhalten können. Diese Beschäftigten sind durch ihre Arbeitsbedingungen erhöhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Nicht zufällig sind in diesen Arbeitsfeldern besonders häufig migrantische Arbeitnehmer*innen tätig. Die Schlacht- und Zerlegebetriebe in Deutschland sind in der Covid-19-Krise durch Masseninfektionen sehr stark in der öffentlichen Debatte aufgetaucht. Könntest du über eure Forschung in der Fleischindustrie erzählen?

Peter Birke: Wir haben am SOFI seit Anfang 2017 Arbeitsbedingungen in Branchen wie Gebäudereinigung, Pflege, Einzelhandel, Online-Versandhandel und eben der Fleischindustrie dokumentiert, in denen sehr viele Menschen ohne deutschen Pass arbeiten. Schlacht- und Zerlegebetriebe waren einer der Schwerpunkte unserer Untersuchung, wobei wir vor allem in der Region zwischen Oldenburg und Osnabrück unterwegs waren. Dort hat sich seit den 2000ern der größte

Hub der Fleischproduktion in Europa entwickelt. Seither fand eine enorme Ausdehnung der Schlachtzahlen statt und eine kaum fassbare Steigerung der Produktionsgeschwindigkeit, gleichzeitig eine Konzentration auf wenige Großbetriebe wie Tönnies und Wiesenhof sowie Danish Crown und VION, die ihre Produktion aus Dänemark und den Niederlanden in das Billiglohnland BRD verlagert haben. In der Schlacht- und Zerlegekette, aber auch in der Verpackung und teilweise im Convenience-Bereich sind fast alle Beschäftigten Migrant*innen, fast alle Vorarbeiter*innen ebenfalls. Menschen mit deutschem Pass gibt es oft nur im Management und in der Verwaltung.

„An der Zerlegekette ist Social Distancing einfach nicht möglich, genau so wenig wie in der Massenunterkunft.“

Johanna Neuhauser: Im Mittelpunkt der Kritik steht aktuell das Werkvertragssystem. Wieso ist das in der Fleischindustrie in Deutschland so bedeutend?

Peter Birke: Über das Werkvertragssystem in der Fleischindustrie, dessen Verbot die Bundesregierung infolge der Masseninfektionen nun für ab Anfang 2021 angekündigt hat, muss man wissen: Es ist unter anderem eine Erbschaft der Entsendung. Durch diese kamen im Boom der 2000er Jahre vor allem osteuropäische Unionsbürger*innen in das Oldenburger Münsterland und andere Zentren der Industrie. Sie wurden zunächst zu Löhnen bezahlt, die in ihren Herkunftsländern definiert wurden. Mittlerweile ist das fast nicht mehr der Fall, sondern es gelten formal Arbeitsbedingungen und Entlohnung nach deutschen Mindestbedingungen. Das hat jedoch dazu geführt, dass Lohnabzüge für alles Mögliche gemacht werden, von teilweise horrenden „Gebühren“ für die Ein- und Anreise über oft miserable, überbelegte und überbelegte Unterkünfte bis hin zu Abzügen bei Fehlern oder für die Benutzung von Werkzeug usw. Dazu kommt eine irre Ausdehnung von Arbeitszeiten. Wir haben sehr viele Leute befragt, die für eine mehr oder weniger längere Zeit bis zu sieben Tage in der Woche bis zu 12 Stunden arbeiten. Und schließlich sind – das hat die Krise ja auch exponiert – die Arbeitsbedingungen als solche sehr schwierig: Große Teile der Schlachtkette müssen wegen der Haltbarkeit des Fleisches ständig auf Wintertemperaturen abgesenkt werden, es wird mit scharfen Messern und Sägen gearbeitet, die Arbeit ist oft sehr entfremdet und hochgradig arbeitsteilig organisiert. Schwerste Arbeitsunfälle sind eine Alltagserfahrung der Beschäftigten, fast alle können darüber etwas erzählen. Und sehr oft versuchen die Subunternehmen und ihre Auftraggeber, sich der Verantwortung zu entziehen, indem sie versuchen, eine Deklaration als Arbeitsunfälle zu vermeiden. Entscheidend ist: Nach außen sieht das alles oft ordentlich aus. Was zu diesen extremen Formen von Ausbeutung führt, geschieht oft informell, unter der Hand und ohne Nachweise. Das System der Werkverträge erleichtert dies, indem es die formale und arbeitsrechtliche Verantwortung von den großen Unternehmen in ein ganzes Netz von „Subs“ verlagert. Bei Tönnies wurde das zuletzt daran deutlich, dass das Unternehmen nicht mal in der Lage war, eine kohärente Liste über diejenigen Unternehmen und Beschäftigten zusammenzustellen, die in dem Rhedaer Betrieb zum Zeitpunkt der Infektionen beschäftigt waren.

Johanna Neuhauser: Warum kam es deines Erachtens zu diesen Masseninfektionen? Und haben sich die Arbeitsbedingungen in der Krise verändert?

Peter Birke: An der Zerlegekette ist Social Distancing einfach nicht möglich, genauso wenig wie in der Massenunterkunft. Es mag sein, dass die Kälte in der Grob- und Feinerlegung auch eine Rolle spielt. Die zuerst 600 Positivtestungen und später 1.500 Infektionsfälle bei Tönnies haben mich dann kaum überrascht, und seitdem sind ja etliche Fälle in weiteren Betrieben dazugekommen. Schon vor Jahren sind bei Arbeiter*innen in der Fleischindustrie immer wieder Tuberkulosefälle aufgetaucht, und zwar gerade auch bei durchaus seriös wirkenden großen Unternehmen. Anfang des Jahres kam es durch die Exportnachfrage zu einer starken Erhöhung der Schlachtzahlen. Auch zu Beginn der Krise im März ist der Umsatz der großen Betriebe laut Statistischem Bundesamt

noch rasant gestiegen. Seit Mai kommt es aber zu ersten Insolvenzen von kleineren Betrieben und Leiharbeitsfirmen. Für die Beschäftigten bedeutet das eine komplizierte, widersprüchliche, in der Tendenz polarisierte Entwicklung. Wer noch im Betrieb ist, macht Überstunden und Sonntagschichten. Die anderen Kolleg*innen machen die Erfahrung einer existenzbedrohlichen Erwerbslosigkeit. Dabei sind viele nicht krankenversichert. Oder ihr Aufenthalt hängt von einer Erwerbsarbeit ab.

Johanna Neuhauser: Du bist ja auch in Kontakt mit Beschäftigten bei Amazon. Worin erkennst du die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen der migrantischen Beschäftigung in den verschiedenen Arbeitsfeldern?

Peter Birke: Das ist eine sehr große Frage, finde ich. Im Vergleich mit Amazon muss man sagen: Es gibt Betriebe wie das Distributionszentrum in Winsen, in denen auf dem Level 1, also im Picken, Packen usw., ebenfalls fast nur migrantische Beschäftigte arbeiten. Es ist ein ganz neuer Betrieb, erst 2017 gegründet, wie die Fleischbetriebe absolut auf dem neuesten Stand der Technik. Aber die Ausbeutungsmechanismen sind andere: Es gibt keine Werkverträge, dafür aber befristete Beschäftigung. Und es gibt sehr viele Leute, die die harte Arbeit bei Amazon machen, weil sie keine Alternative haben, z.B. viele Geflüchtete, deren Aufenthalt an dieser Arbeit hängt. Der Arbeitsprozess ist ähnlich zergliedert, aber Amazon hat einen weitaus besseren Ruf. Das hat sich auch daran gezeigt, dass der Ausbruch von Covid-19 im Amazon Logistikzentrum in Winsen nicht nur Kritik ausgelöst hat: Der durchschnittliche Leser der „Zeit“ oder der „Süddeutschen“ rümpft beim Fleischbrötchen die Nase, ist aber von Amazon Prime heimlich begeistert, und das ist, so bescheuert es klingt, wohl einer der Gründe dafür. Jedenfalls hat in Winsen die Produktion keine Minute gestoppt, und jetzt steht dort sogar die Einführung von Sonntagsarbeit auf der Tagesordnung. Amazon ist Krisengewinner, die Fleischindustrie könnte der Verlierer der Corona-Krise werden.

Johanna Neuhauser: Durch die Infektionsfälle werden in Deutschland plötzlich die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie öffentlich diskutiert. Ganz ähnlich war es in Österreich, als der Ausbruch und die Verbreitung von Corona-Infektionen in den Logistikzentren der Österreichischen Post in Wien und Niederösterreich eine längst überfällige Debatte über den Einsatz von Leiharbeiter*innen, auf den die Fälle zurückgeführt werden, ausgelöst hat. In Deutschland hat das deutsche Bundeskabinett die Skandale in der Fleischindustrie, wie du schon erwähnt hast, sogar zum Anlass genommen, ein Verbot von Werkverträgen zu beschließen. Wie bewertest du diese neu entflammte politische Aufmerksamkeit?

Peter Birke: Erstmal sind viele Arbeiter*innen sehr wütend und fordern eine bessere Bezahlung. Sie fühlen sich oft betrogen, unmenschlich behandelt. Diese Wut wurde durch die mediale Aufmerksamkeit nicht nur in Deutschland, sondern z.B. auch in Rumänien gestützt. Es wird sich erst zeigen, was das bedeutet. Feststellen kann man aber, dass zumindest ein

Teil der Leute, mit denen wir gesprochen haben, gut über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert sind, auffällig besser als vor der Krise. Gleichzeitig hat die öffentliche Aufmerksamkeit aber auch eine beängstigende Dimension: Die Antwort der Fleischbarone ist nämlich teilweise schlicht, dass die Leute sich außerhalb des Betriebs angesteckt und die Betriebe gar nichts damit zu tun hätten, sondern die Leute unverantwortlich mit der Infektionsgefahr umgingen. Dieses Argument liegt absolut im bürgerlichen Mainstream, in dem ja so getan wird, als sei genau die Verantwortung des Einzelnen – unabhängig von seinen sozialen Möglichkeiten – das eigentliche Problem der Krise. Dieser bürgerliche Individualismus, der ja gerade von den Rahmen wie Arbeits- und Wohnbedingungen absieht, führt letztlich zu einer Art „Migrantisierung“ des Virus. Dennoch: Welche Tendenz sich durchsetzt – etwas grob gesprochen, die Kritik an den Arbeitsbedingungen oder der Rassismus –, bleibt eben auch abzuwarten.

Johanna Neuhauser: In Österreich und Deutschland kam es in der Krise zu einer symbolischen Aufwertung von sogenannter systemrelevanter Arbeit“, die mehrheitlich von Frauen und zu großen Teilen eben auch von Migrant*innen ausgeführt wird. Insbesondere im Bereich der Altenpflege wurde die gesellschaftliche Abhängigkeit von Care-Arbeit aus Osteuropa augenscheinlich und es wurden Sonderzüge und -flüge für die 24-Stunden-Pflegerinnen eingerichtet. An den prekären Arbeitsbedingungen der Frauen änderte dieser Aktionismus allerdings wenig. Im Gegenteil führten die Quarantänebestimmungen bei den Pflegekräften sogar zu Lohnausfällen. Ich habe das jetzt eher pessimistisch dargestellt. Siehst du auch politisches Mobilisierungspotenzial in der verstärkten Hervorhebung der gesellschaftlichen Bedeutung migrantischer Arbeit?

Peter Birke: Ja, ich denke schon. Der Angriff auf das Werkvertragssystem ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Aber er wird – selbst wenn das Verbot bestehen und sogar gerichtsfest bleibt – dennoch nicht ausreichen. Von Seiten der Kapitalist*innen werden neue Angriffe folgen, Befristungen, Neugründung „eigener“ Unternehmen mit „eigenen“ Belegschaften etc. Vor allem wird die Bedeutung des prekären Aufenthalts als Erpressungsmittel zunehmen, vielleicht mit einer partiellen Neuzusammensetzung der Beschäftigten, in der Unionsbürger*innen durch Menschen aus Drittstaaten ersetzt werden. Auch an andere Segmentationslinien kann angeknüpft werden. Allerdings hatte ein Teil der Arbeitenden vor der Corona-Krise bereits eine gewisse Markt- und Produktionsmacht entwickelt. In der Grobzerlegung müssen geübte Leute ran und man kann einiges an Tauschwert kaputt machen, wenn man ein Schwein ungenau zerteilt. Das wissen die Chefs, die händeringend nach „guten Leuten“ suchen. Das wissen die Arbeitenden, die damit drohen, abzuwandern, wenn es nicht bessere Bedingungen gibt. Deshalb kann es sein, dass in Bereichen mit einer starken Produktionsmacht der Arbeitenden tatsächlich Direktbeschäftigung wächst. Aber es könnte zugleich zu einer Verstärkung der inneren Differenzierung der Arbeitenden kommen – zum Beispiel zwischen den überwiegend männlichen Arbeitern am Anfang der Kette und den Frauen am Ende, die die eher als feinmoto-

risch geltenden Arbeiten verrichten. Bestimmte Qualifikationen werden sichtbar, andere unsichtbar gemacht.

Johanna Neuhauser: Die Zweischneidigkeit in der Sichtbarmachung von migrantischer Arbeit, die du ansprichst, haben wir auch in Österreich beobachtet. Die Skandale um die Infektionsfälle in den Postverteilzentren hatten den positiven Effekt, dass Leiharbeitsverhältnisse verstärkt problematisiert wurden. Der Gesundheitsminister sprach beispielsweise davon, dass eine Lehre aus den Infektionsfällen in den Postverteilzentren sei, dass besonders prekäre Arbeitsverhältnisse ein Problem“ darstellten. Es sollen daher verstärkt Screeningmaßnahmen und Prüfungen

„Durch die Infektionsfälle werden plötzlich prekäre Arbeitsbedingungen von Migrant*innen öffentlich problematisiert. Gleichzeitig wird die Verantwortung an die Einzelnen abgeschoben und der Virus ‚migrantisiert‘.“

des Arbeitsinspektorats in diesen Bereichen durchgeführt werden. Das ist eine wichtige Diskussion. Sie sollte die Lücken beim Gesundheitsschutz in Leiharbeits- und Werkvertragsfirmen sowie die Gründe thematisieren, warum Leute sich krank zur Arbeit schleppen. Dafür braucht es allerdings einen umfassenden Blick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrant*innen. Über die wichtigen migrations- und aufenthaltsrechtlichen Fragen, die du erwähnt hast, wird aber wenig gesprochen. Zudem ging die Debatte leider auch in eine ganz andere Richtung und die Infektionsfälle wurden für rassistische Mobilisierungen genutzt. Der Wiener FPÖ-Chef sprach von Corona-Asylanten“ und davon, dass das Virus in der Asylunterbringung und nicht in der Arbeit ihren Ursprung hätte. Wie können daher politische Strategien aussehen, die darauf abzielen, die Bedingungen migrantischer Arbeiter*innen sichtbar zu machen und zu verändern, ohne Gefahr zu laufen, rassistische Hetze auf den Plan zu rufen?

Peter Birke: Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass es in den kommenden Monaten zu einer wachsenden Prekarität kommt, die nicht nur die bisher erwähnten Gruppen von Arbeitenden betrifft. Aber gerade deshalb ist eine klare, antirassistische Positionierung notwendig, eine Politik, die die Migrantisierung von Prekarität ablehnt und nach neuen Wegen der Solidarisierung sucht. Und das nicht nur in Bezug auf den Arbeitsprozess selbst, sondern auch in Bezug auf aufenthaltsrechtliche Fragen, die Wohnsituation und die Reproduktionsverhältnisse insgesamt. Beratungsstellen und soziale Zentren haben in dieser Hinsicht eine extrem wichtige Scharnierfunktion, und es wäre zu wünschen, wenn deren Arbeit ausgebaut und besser vernetzt werden könnte.

Johanna Neuhauser: In der öffentlichen Debatte wird meist über die prekären migrantischen Arbeitnehmer*innen gesprochen, ohne diese selbst zu Wort kommen zu lassen. Gleichzeitig gab es beispielsweise im rheinischen Bornheim wilde Streiks unter Erntehelfer*innen. Findest du, die Proteste im Kontext von Corona unterscheiden sich von anderen Arbeitskämpfen? Liegt in ihnen sogar ein besonderes Potenzial? Zudem sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, die migrantische Arbeit strukturieren, kein deutscher oder österreichischer Sonderfall. Könnte die in der Krise besonders sichtbar werdende Transnationalität auch eine Chance darstellen, Arbeitskämpfe zu transnationalisieren?

Peter Birke: Es ist überall die sehr elementare Forderung eines Rechts nach körperlicher Unversehrtheit, um die sich die Proteste gruppieren, auch transnational und nicht nur in der Fleischindustrie. Die Corona-Krise ist hier nur eine Art Metapher für eine Erfahrung grundlegender Verletzungen und wird vielleicht ein Moment eines weitergehenden Aufgehens. Es ist die Wut über diese unglaubliche Anmaßung, die darin besteht, dass sich jemand erlaubt, dir deine Gesundheit und in letzter Instanz deine Lebensfreude zu nehmen. Es lassen sich viele Kämpfe auf dieser Grundlage in all ihren Differenzen aufeinander beziehen, vom Kampf gegen den Burn-out im Homeoffice bis hin zum Kampf um eine würdige Behandlung am Verpackungsband.

Und dann waren wir HeldInnen ... für einmal Klatschen

Markus Bina, Axel Magnus

In Wortmeldungen von PolitikerInnen und der medialen Berichterstattung hieß es immer wieder, wir seien die „HeldInnen der Krise“. Phasenweise klatschten täglich zahlreiche Menschen für unsere Arbeit. Doch hat sich irgendwas an den Arbeitsbedingungen unserer KollegInnen geändert? Als Betriebsratsmitglieder in der Pflege bzw. dem psychosozialen Bereich bemerken wir bisher nichts davon. In der Akutphase der Pandemie wurde die Arbeit für viele von uns einfach nur noch stressiger.

Von echter Anerkennung für unsere Arbeit ist nichts zu bemerken. Die politischen Verantwortlichen haben bisher keine Taten gesetzt, die uns auch nur einen Cent mehr bringen. Im Gegensatz zu den schönen Worten über die Bedeutung der Pflege hat die Regierung mittlerweile sogar die seit Jahren von den zuständigen Gewerkschaften bekämpfte Pflegelehre eingeführt, welche eine zusätzliche vierte Gruppe von Pflegepersonal schaffen wird. Die Lohnspirale wird sich dadurch wohl noch weiter nach unten drehen – dies war bereits nach der Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes 2016 der Fall, welches aus zuvor zwei Berufsgruppen (und Ausbildungswegen) drei machte.

COVID ANTE PORTAS

Als die Pandemie Österreich erreichte, waren gerade die Kollektivvertragsverhandlungen für die Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ), die Caritas und die Diakonie am Laufen. Die einzige Forderung der Gewerkschaften in den Verhandlungen war eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich (Magnus 2020). Eine solche hätte nicht nur die Arbeitsbelastung deutlich reduziert, sondern auch die Löhne der etwa 80 Prozent Teilzeitbeschäftigten um über 8 Prozent erhöht.

Die „Corona-Gefahrenzulage“ haben viele Beschäftigte als Hohn empfunden.

Rund um diese Forderung war ein Arbeitskampf entbrannt, der in Österreich seinesgleichen sucht. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde bei einer Kollektivvertragsrunde dreimal gestreikt. Doch Covid beendete den Arbeitskampf genauso wie die Kollektivvertragsverhandlungen – mit dem Ergebnis einer 37-Stunden-Woche. 2022 wird damit die Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte von derzeit 38 Stunden um eine Stunde verkürzt. Teilzeitbeschäftigte bekommen in diesem Jahr eine Gehaltserhöhung von 2,7 Prozent. Die vielfältigen Probleme in der Pflege und den verwandten Berufsgruppen können damit sicher nicht gelöst werden. Der von ExpertInnen und Massenmedien als Schreckgespenst an die Wand gemalte Pflegenotstand wird damit noch wahrscheinlicher.

COVID IN DER MOBILEN PFLEGE

Zu Beginn der Covid-Pandemie hielten die Pflegekräfte den Atem an. Quarantänegebiete, Sperrgebiete, Ausgangsbeschränkungen, Social Distancing, Schutz der alten, kranken und schwachen Personen, die kurz „Risikogruppen“ genannt wurden, brachen plötzlich über uns herein. Anfänglich wussten auch die Leitungen von Organisationen der mobilen Pflege insbesondere auf der mittleren Ebene nicht, wie mit dieser Situation umgegangen werden soll.

Das Leistungsangebot in der mobilen Pflege wurde in der Folge drastisch reduziert. Zumeist wurde die Betreuung der zu pflegenden Personen aus Angst vor dem Virus pausiert oder gar beendet. Besonders betroffen davon waren Personen mit geringem Pflegebedarf, deren Betreuung in der Folge zumeist wieder von Angehörigen übernommen wurde. Dies hatte wirtschaftlich katastrophale Auswirkungen. Binnen weniger Tage gingen tausende Einsatzstunden verloren. In manchen Regionen betrug deren Rückgang bis zu 70 Prozent.

Schutzmaßnahmen für diplomiertes Pflegepersonal, Pflegefachassistenten, Pflegeassistenten und Heimhilfe kamen erst mit großer Verzögerung bei den KollegInnen an. Zu Beginn musste mit den in der jeweiligen Einrichtung vorhandenen Ressourcen gearbeitet werden, die jedoch schnell aufgebraucht waren.

So entstand bei den KollegInnen der mobilen Pflege und Betreuung rasch das Gefühl, dass ihre Sicherheit weniger wichtig als jene der Kolleginnen und Kollegen im klinischen Akutbereich sei. Viele der mobilen Pflegekräfte fühlen sich gegenüber Beschäftigten in der stationären Pflege und den Krankenanstalten ohnehin benachteiligt, was in Bezug auf Gehälter und Zulagen auch objektiv belegbar ist.

Binnen weniger Tage gingen tausende Einsatzstunden in der mobilen Pflege verloren – teils bis zu 70 Prozent.

Nach der anfänglichen Panik wurde versucht, den wirtschaftlichen Schaden so gering wie möglich zu halten. Die zu pflegenden Personen und ihre Angehörigen wurden von den Pflegeeinrichtungen kontaktiert und gefragt, ob die Betreuung und Pflege wieder starten soll. Oft wurde das zuvor vereinbarte Betreuungspaket nicht mehr in Anspruch genommen. Gar nicht selten konnte dieses nicht mehr finanziert werden, da viele Angehörige ihre Jobs verloren hatten oder in Kurzarbeit geschickt worden waren. Die Tatsache, dass Menschen mit Pflegebedarf die erforderlichen Leistungen nicht bekommen, ist schockierend. Sie zeigt einmal mehr die Perversion eines Systems, in dem ein erheblicher Teil der Kosten privat bezahlt werden muss, statt Pflege als öffentlich finanziertes qualitativ hochwertiges Angebot für alle zu organisieren.

Während die Menschen aus den Fenstern klatschten, gingen die AnbieterInnen mobiler Pflege und Betreuung wirtschaftlich gar nicht so langsam den Bach hinunter. Versuche, mit den FördergeberInnen eine Ausgleichszahlung für die verlorenen Einsatzstunden zu verhandeln, scheiterten oftmals.

COVID ALS HERAUSFORDERUNG FÜR DIE BETRIEBSRATSARBEIT

Aus diesem Grund wurden selbst im systemrelevanten Bereich der mobilen Pflege KollegInnen unterschiedlichster Qualifikation in die Kurzarbeit geschickt, um den wirtschaftlichen Schaden einzugrenzen und die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu erhalten. Da zu Beginn der Pandemie weder bekannt war, wie sich die Verbreitung des Virus entwickeln würde, noch klar war, wie lange die Restriktionen anhalten bzw. wie diese sich verändern würden, wurde die Kurzarbeit oft als einzige Möglichkeit gesehen, den Betrieb und die Arbeitsplätze zu sichern. Das ist die Folge eines in letzter Konsequenz nach der privatwirtschaftlichen Konkurrenzlogik organisierten Pflegesystems.

In der Volkshilfe Niederösterreich startete die Kurzarbeit rückwirkend für einen Zeitraum von drei Monaten – mit teils dramatischen Folgen für einzelne KollegInnen. Da die meisten KollegInnen in der Sozialwirtschaft ohnehin in Teilzeit beschäftigt sind, gehört dieser Bereich zum Niedriglohnssektor (Statistik Austria 2019). Die Kurzarbeit hatte zur Folge, dass eine durchschnittliche Heimhilfe bis zu 200 Euro pro Monat weniger zum Leben hatte als zuvor. In absoluten Zahlen sprechen wir während der Kurzarbeit von einem Nettogehalt zwischen 1.050 und 1.150 Euro, was selbst bei Einpersonenhaushalten unter der Armutgefährdungsschwelle liegt (Statistik Austria 2020). Dieser Einschnitt führte zu finanziellen Problemen und existenziellen Krisen. Gerade für Teilzeitbeschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich wurde die gesundheitliche Krise schnell auch zu einer sozialen Krise.

Wo es Betriebsräte gibt, haben diese schnell gehandelt, um die materielle Notlage dieser KollegInnen zu lindern. Bei der Volkshilfe Niederösterreich etwa hat der Betriebsrat eine Einmalzahlung von 55 Euro aus dem Betriebsratsfonds für alle betroffenen KollegInnen beschlossen. Zusätzlich gab es dort auch eine finanzielle Unterstützung aus dem Krisenfonds der Volkshilfe selbst, um Beschäftigte mit absoluten Härtefällen zu unterstützen.

Im Laufe der Pandemie begann viel zu spät auch die Testung des Gesundheitspersonals. Die KollegInnen wurden dann in Abständen von jeweils zehn Tagen mittels Nasen-Rachen-Abstrich auf den Covid-Erreger getestet. Hatten die KollegInnen vorher mit der Angst gelebt, dass sie sich infiziert haben könnten, folgte nun alle zehn Tage das Bangen, ob sie positiv sind oder nicht. Dass es sich dabei um eine enorme emotionale und psychische Belastung für die KollegInnen und eine nicht zu unterschätzende psychosoziale Belastung für ihr gesamtes soziales Umfeld handelt, versteht sich von selbst. Offensichtlich hat es in einer Situation, auf die niemand von uns vorbereitet war, keine Lösung gegeben, welche nicht auf die eine oder andere Art zu psychosozialen Problemen geführt hätte.

Langsam, aber doch konnte eine zweite existenzielle Angst der KollegInnen gelindert werden. Mit der Zeit wurde die Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt, die bei einer pflegeri-

sehen Tätigkeit eigentlich Standard sein sollte. Schutzmasken, Handschuhe und Desinfektionsmittel sind mittlerweile (Stand August 2020) ausreichend vorhanden.

Dass die Produktion solcher selbstverständlicher Arbeitsmittel auch wieder in Europa stattfinden soll, ist bei uns BetriebsrätInnen auf positive Resonanz gestoßen. Schnell verflog die Euphorie wieder, als die EU-Kommission ihre Position änderte und nur mehr von der Anlage einer strategischen Reserve von Schutzausrüstung und unbedingt erforderlichen Medikamenten sprach.

In vielen Betrieben – so auch in jenen der beiden Autoren – waren und sind die Führungskräfte bemüht, die KollegInnen so schnell wie möglich zu informieren und unbürokratisch individuelle Lösungen (etwa bei Sonderfreistellungen) zu finden. Doch das größte Bemühen kann nicht die unzureichenden Ressourcen, welche seitens der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, kompensieren. Selbst die beste Geschäftsführung kann keine Schutzausrüstung herbeizaubern und kann keine KollegInnen weiter bezahlen, wenn die politisch Verantwortlichen die dafür erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen.

POST-COVID

Im Verlauf der Pandemie wurde den meisten KollegInnen im Sozial- und Gesundheitsbereich rasch klar, dass den schönen Worten der Politik keine Konsequenzen zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen folgen werden. Dass die politisch Verantwortlichen nicht einmal mitten in der Pandemie bereit waren, die erforderlichen Mittel für die Erfüllung der bei den oben genannten Kollektivvertragsverhandlungen erhobenen Forderung zur Verfügung zu stellen, war für viele KollegInnen ein Schlag ins Gesicht. Für Beschäftigte, die alle psychische (Mariani 2015) und oft auch physische Schwerstarbeit leisten müssen, wäre selbst deren vollständige Umsetzung ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen.

Während die Regierung bei ihren täglichen Pressekonferenzen alles Mögliche ankündigte, die Milliarden für die Konzerne nur so flossen und wir Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich ebenso wie alle anderen SystemhalterInnen von der Regierungsspitze bejubelt wurden, waren wir dieser gleichzeitig keinen Cent wert.

Die zum Beispiel im SWÖ-Kollektivvertrag (vida/Sozialwirtschaft Österreich/GPA-djp 2020) vereinbarte „Corona-Gefahrenzulage“ von maximal 500 Euro haben viele KollegInnen, die seit Ausbruch der Pandemie entweder Übermenschliches leisten oder zur Kurzarbeit verdammt sind, in ihrer Arbeit aber fast immer ihre eigene Gesundheit gefährden, als Hohn empfunden. Da diese je nach geleisteten Stunden aliquotiert wird (den vollen Betrag gibt es bei 220 Stunden direktem KlientInnenkontakt), ist vielen KollegInnen schnell klar geworden, dass sie von den groß angekündigten 500 Euro nicht allzu viel haben werden. Bei 40 Stunden bleiben beispielsweise gerade einmal 90,91 Euro übrig. Dies gilt wohl gemerkt womöglich

Für Teilzeitbeschäftigte in der mobilen Pflege bedeutete die Kurzarbeit ein Nettogehalt unter der Armutsgefährdungsschwelle.

vor Sozialversicherung und Steuer. Da der entsprechende Passus im Kollektivvertrag als Zulage formuliert ist, sind viele ExpertInnen der Meinung, diese Regelung falle nicht unter die von der Regierung angekündigte Steuerfreiheit für „Corona-Prämien“.

Der Sozial- und Gesundheitsbereich bleibt trotz des Jubels für viele KollegInnen eine Armutsfalle. So kann es nicht weitergehen. Wir Beschäftigten haben gezeigt, dass wir kämpfen können. Wenn die ArbeitgeberInnen und die politisch Verantwortlichen glauben, dass sie mit den Dreijahresabschlüssen bei den Kollektivverträgen für Sozialwirtschaft, Caritas und Diakonie jetzt drei Jahre Ruhe haben, sollen sie sich nicht zu früh freuen. Das können sich viele KollegInnen im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr leisten.

Die Autoren waren bis zum Abbruch des Arbeitskampfes im Gesundheits- und Sozialbereich aufgrund der Covid-Pandemie aktiv an der Organisation desselben beteiligt.

LITERATUR

- Magnus, Axel (2020) Zeit für 35 Stunden Arbeitszeit. In: A&W Blog. 7.1.2020, [LINK](#)
- Mariani, Christoph (2015) Psychische Schwerstarbeit. In: E-Paper der „Neue Vorarlberger Tageszeitung“. 21.3.2015, [LINK](#)
- Statistik Austria (2019) Nettomonatseinkommen, [LINK](#)
- Statistik Austria (2020) Armutsgefährdungsschwelle 2019 bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen, [LINK](#)
- vida (Gewerkschaft vida)/ Sozialwirtschaft Österreich/ GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten – Druck, Journalismus, Papier) (2020) Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich („SWÖ-KV“). Stand 1. Februar 2020. Wien: ÖGB Verlag, [LINK](#)



Quelle: Betriebsrat SDW



Geschlechtsspezifische Mehrfachbelastungen während der COVID-Krise

Judith Derndorfer, Franziska Disslbacher, Vanessa Lechinger, Katharina Mader, Eva Six

itte März wurde von der Bundesregierung der Lockdown verhängt. Diese Ausgangsbeschränkungen haben unseren Lebens- und Arbeitsalltag drastisch verändert. Weil der Alltag von Männern und Frauen sowie deren Rollenzuschreibungen sehr verschieden sind, treffen und betreffen die Covid-Krise und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie Frauen und Männer schlichtweg unterschiedlich. Um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Mehrfachbelastungen der Pandemie und insbesondere des Lockdowns in den Blick zu bekommen, haben wir zwischen Mitte April und Mitte Mai – also während der strikten Ausgangsbeschränkungen – Daten erhoben.

DER ANSTIEG DER UNBEZAHLTEN ARBEIT DURCH DEN LOCKDOWN

Bereits vor dem Lockdown wurde unbezahlte Arbeit – Kochen, Putzen, Wäschewaschen, Kinderbetreuung und auch Pflege – überwiegend von Frauen erbracht. Der Lockdown und die Ausgangsbeschränkungen haben die in Summe zu erbringende unbezahlte Arbeit in den Haushalten zusätzlich erhöht. Viele Tätigkeiten und Dienstleistungen haben sich ins Private verlagert: aufgrund der Schließung der Kindergärten, durch Homeschooling und die Nichtverfügbarkeit von – weil zu schützenden – Großeltern und auch durch „Home-Cooking“ statt Jausenweckerl, Betriebskantine und geschlossener Gastronomie. Zuvor institutionell zur Verfügung gestellte Leistungen – etwa Kindergarten oder Schule – oder, vorausgesetzt das Einkommen reichte aus, zugekaufte Leistungen – etwa Reinigungskräfte, BabysitterInnen oder 24-Stunden-Betreuung – brachen plötzlich weg. Zudem haben viele Menschen während des Lockdowns sehr viel Zeit zuhause verbracht: Die einen konnten ins Homeoffice wechseln, andere wurden in Kurzarbeit geschickt und sehr viele

haben ihre Arbeit verloren. Die Frage nach der Aufteilung des (Arbeits-)Alltags und der unbezahlten Arbeit hat sich für viele Menschen – auch angesichts der neu hinzukommenden Tätigkeiten – neu gestellt.

Als immer mehr Länder einen Lockdown – einhergehend mit der Einschränkung des öffentlichen Lebens – verordneten, begannen ÖkonomInnen zu argumentieren, die Covid-Krise habe das Potenzial, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu reduzieren. Beispielsweise weil Menschen – Frauen wie auch Männer – eben viel mehr Zeit zu Hause verbringen. Männer würden endlich sehen, wie viel unbe-

In Krisenzeiten bewegen sich Gesellschaften eher in Richtung noch traditionellerer geschlechtsspezifischer Normen und Arbeitsteilung.

zahlte Arbeit Frauen eigentlich leisten. In weiterer Folge würden sie in Zukunft einen größeren Anteil der unbezahlten Arbeit übernehmen und ihre Partnerinnen entlasten, deren Erwerbsbeteiligung – insbesondere das Ausmaß der Erwerbsarbeit – wiederum steige. Eine gleichere Verteilung sowohl der bezahlten als auch der unbezahlten Arbeit sei daher eine zu erwartende Konsequenz der Pandemie. Auch durch das Homeoffice würden besonders Frauen entlastet, da Homeoffice die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern würde. Mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sei daher eine zu erwartende Folge der Pandemie.

Wir finden diese Argumente interessant, vor allem vor dem Hintergrund bestehender Evidenz. Einerseits sind Aufgaben- und Rollenverteilungen in Haushalten sehr persistent. Weil sie auch aus geschlechtsspezifischen Normen und Rollenbildern resultieren, ändern sie sich nur langsam. Und aus der Forschung wissen wir auch, dass Gesellschaften in Krisenzeiten eher zu einem Rückschlag in Richtung noch traditionellerer geschlechtsspezifischer Normen und Arbeitsteilung tendieren als zu einem Aufbrechen ebendieser. Auch bezüglich der Wirkung von Homeoffice auf die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf haben Studien (Lott 2019) aus Deutschland gezeigt, dass Homeoffice nicht (automatisch) Geschlechterrollen und die Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit verändert, weder Müttern noch Vätern einen Freizeitgewinn bringt und die von Müttern geleistete unbezahlte Arbeit sogar erhöht. Mit unserer eigenen Umfrage wollten wir herausfinden, wie sich die derzeitige Krise auf unbezahlte Arbeit, Homeoffice und deren Vereinbarkeit auswirkt, und den postulierten Hypothesen von mehr Gleichstellung auf den Grund gehen.

SUPERWOMEN!

2.113 in Österreich lebende Menschen haben unseren Online-Fragebogen über ihren Alltag während des Lockdowns beantwortet. Themen der Befragung waren die Zeitverwendung, die Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Haushalt, die Arbeitszufriedenheit im Homeoffice und die psychische Gesundheit. Ähnlich der letzten Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria aus den Jahren 2008/09 baten wir Menschen, ihre Zeitverwendung des vorherigen Tages bzw. des letzten Werktages in Intervallen von Viertelstunden anzugeben. Die ersten Ergebnisse liegen nun vor:

Nebentätigkeiten, also Multitasking, haben sich während des Lockdowns enorm verschärft. So wurden etwa Kinder während des Homeoffice betreut oder es wurde neben dem Homeschooling gekocht. Eine häufige Rückmeldung der Befragten war folglich, dass Tage gefühlt keine 24 Stunden hatten, sondern eher 36 bis 42: „Mein Tag hatte ursprünglich 36 Stunden – ich bin wohl Super-Woman“ oder „Eigentlich mache ich fast alles und passe daneben auf die Kinder auf.“

Werden die bezahlte Erwerbsarbeit und die unbezahlte Arbeit zusammengezählt, haben Frauen und Männer während des Lockdowns im Durchschnitt zwischen 11 und 15 Stunden pro Tag gearbeitet.

Werden die bezahlte Erwerbsarbeit und die unbezahlte Arbeit zusammengezählt, haben Frauen und Männer während des Lockdowns im Durchschnitt zwischen 11 und 15 Stunden pro Tag gearbeitet.

Auf die meisten Stunden kommen AlleinerzieherInnen, mit knapp 15 Stunden Arbeit pro Tag. Im Durchschnitt verrichteten sie 9 Stunden unbezahlte Kinderbetreuung und Hausarbeit pro Tag, zusätzlich zu durchschnittlich 6 Stunden Erwerbsarbeit.

Genauso wie vergangene Krisen führt auch die Covid-Krise nicht automatisch zu mehr Gleichstellung und das Homeoffice während des Lockdowns hat die Vereinbarkeit von Beruf, Kinderbetreuung und Freizeit nicht erleichtert.

Für Paarhaushalte mit Kindern sind die Zahlen sehr ähnlich: Mütter, die in Paarhaushalten leben, arbeiten im Schnitt 14 ¼ Stunden pro Tag, 9 ½ davon unbezahlt; in Paarhaushalten lebende Väter 13 ¾ Stunden, davon knapp 7 unbezahlt. Damit haben diese Frauen durchschnittlich pro Werktag unbezahlt zweieinhalb Stunden mehr als Männer gearbeitet. Auf eine Arbeitswoche mit fünf Tagen hochgerechnet, sind das fast 12,5 Stunden – also 1,5 Vollzeit-Arbeitstage zusätzlich.

Auch wenn beide Elternteile im Homeoffice waren, ist dieses Verhältnis zwischen Männern und Frauen ähnlich. Die schwierige Vereinbarkeit von Homeoffice und Kinderbetreuung geht aus der Erhebung deutlich hervor: „Ich kann gar nicht sagen, wie unmöglich es ist, Kinderbetreuung und Home-Office zu vereinbaren.“ Damit Homeoffice tatsächlich eine bessere Vereinbarkeit bringen kann, sind qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten, die zu den Arbeitszeiten erwerbstätiger Eltern passen, unbedingt notwendig.

Sehr viel ähnlicher sind die Arbeitszeiten in Paarhaushalten im Homeoffice ohne Kinder verteilt. Da sind beide knapp 8 Stunden erwerbstätig und machen zusätzlich ca. 3 Stunden lang Arbeiten im Haushalt.

Bei etwa der Hälfte der Paarhaushalte haben Frauen vor der Krise den Großteil der Hausarbeit erledigt, bei der Kinderbetreuung waren es rund zwei Drittel der Frauen, die die Care-Arbeiten mehrheitlich stemmen. Wir haben auch gefragt, welche Erwartungen Menschen bezüglich der Verteilung unbezahlter Arbeit nach der Covid-Krise haben. Denken Frauen, dass sich die Situation für sie verbessern wird? Auch während des Lockdowns verrichteten Frauen den größeren Teil der unbezahlten Arbeit. Und sie gehen davon aus, dass sich nach der Krise die Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung nur geringfügig zu ihren Gunsten verbessern wird.

Bei der Kinderbetreuung werden stereotype Geschlechterrollen besonders deutlich: Nur knapp die Hälfte der Paare, die sich vor Covid die Kinderbetreuung in etwa gleich aufteilten,

haben diese eher gleiche Verteilung auch während der Ausgangsbeschränkungen beibehalten. Die Kinderbetreuung hat sich zu Lasten der Frauen verschoben.

AKTIVE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, JETZT!

Zusammenfassend gibt es eine ernüchternde, aber vielleicht wenig überraschende Nachricht: Genauso wie vergangene Krisen führt auch die Covid-Krise nicht automatisch zu mehr Gleichstellung und das Homeoffice während des Lockdowns hat die Vereinbarkeit von Beruf, Kinderbetreuung und Freizeit nicht erleichtert. Nicht nur in systemerhaltenden Berufen – sei es im Einzelhandel oder im Krankenhaus – tragen Frauen einen großen Teil der Krisenlast, sondern auch zu Hause.

Die ersten Ergebnisse der Studie deuten zudem darauf hin, dass sich die Aufteilung der unbezahlten Arbeit nicht sonderlich verändert hat und Frauen nicht nur während der Ausgangsbeschränkungen, sondern auch in Zukunft überdurchschnittlich viel unbezahlte Arbeit leisten. Eine Krise alleine bringt keine Gleichstellung und einmal mehr wird sichtbar, wie lange der Weg zur tatsächlichen – und nicht nur rechtlichen – Gleichstellung noch ist.

Warten wir nicht bis zur nächsten Krise, um wieder über Geschlechtergerechtigkeit zu sprechen. Beginnen wir jetzt eine Diskussion über Maßnahmen, die der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern dienen können. Eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Erhöhung der Erwerbsarbeitszeit von Frauen, ein Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung, und das 24 Stunden an allen 7 Tagen der Woche, und Karenzmodelle, die eine wirklich gleiche Aufteilung der Karenzzeit – also etwa 6 Monate + 6 Monate – erlauben, sind nur ausgewählte Ideen.

Detaillierte Ergebnisse unserer Studie, die wir nach und nach auf unserem [Blog zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Corona](#) veröffentlichen werden, können dazu weitere Einsichten bringen.

LITERATUR

Lott, Yvonne (2019) Weniger Arbeit, mehr Freizeit? Wofür Mütter und Väter flexible Arbeitsarrangements nutzen. WSI-Report Nr. 47, Düsseldorf: WSI.

COVID-19 und die Wohnungsfrage

Selim Banabak, Justin Kadi

Durch Homeoffice, vermehrte Betreuungspflichten, Arbeitslosigkeit oder als gesundheitsbedingte Notwendigkeit: Die Covid-Krise hat für viele Menschen einen Großteil der Tageszeit schlagartig vom Arbeitsplatz in den privaten Wohnraum verlagert. Dadurch sind bestehende Schieflagen in der Wohnraumversorgung verstärkt zutage getreten.

Vor allem ärmere Haushalte – das sind jene mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens – leben mehr als doppelt so oft in überbelegten Wohnungen als die Mittelschicht. Sie sind auch deutlich häufiger von Wohnungsproblemen wie geringer Wohnraumqualität, schlechter Anbindung oder Luftverschmutzung betroffen. Gleichzeitig geben ärmere Haushalte im Durchschnitt 45 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aus, während Haushalte der Mittelschicht 17 Prozent und Haushalte mit sehr hohem Einkommen lediglich 8 Prozent für Wohnen aufwenden (Statistik Austria 2020a).

Österreichweit sind die Nettomieten (inkl. Betriebskosten) pro Quadratmeter zwischen 2009 und 2019 nominell um 37 Prozent gestiegen (real 14 Prozent), wobei ärmere Haushalte aufgrund der höheren Abhängigkeit vom Mietmarkt überproportional betroffen sind (Statistik Austria 2020a, 2020b). Im ersten Quartal 2020 sind die Nettomieten pro Quadrat-

meter im Vergleich zum Vorjahr bereits um 20 Cent gestiegen (Statistik Austria 2020b). Eine Covid-bedingte Entspannung am Mietmarkt ist also empirisch derzeit nicht feststellbar. Ein Umstand, der vor allem aufgrund sinkender oder gar entfallender Einkommen im Zuge der Pandemie zu einer weiteren Verschärfung der Wohnkostenbelastung führt.

Die Covid-Krise hat bestehende Schieflagen auf dem Wohnungsmarkt noch verstärkt. Mit dem Wohnen verbundene Kosten der Krise tragen fast ausschließlich die Mieter*innen.

Zwar wurden Anfang April temporäre Schutzmaßnahmen für Mieter*innen erlassen: Das 2. Covid-Justizbegleitgesetz sieht die Möglichkeit einer Stundung der Miete für den Zeitraum von 1. April bis 30. Juni vor. Die Regelung hat jedoch reichlich Kritik von Mieter*innenvertreter*innen hervorgerufen. Mieten können zwar gestundet werden, müssen allerdings bis Jahresende zurückgezahlt werden – und zwar inklusive Verzugszinsen von 4 Prozent. Auslaufende Befristungen können ebenfalls einmalig bis Jahresende verlängert werden, jedoch nur mit Zustimmung des Vermieters bzw. der Vermieterin.

Die getroffenen Maßnahmen scheinen in erster Linie gesundheitspolitischen Intentionen zu folgen: Die Menschen sollen während der Pandemie in ihrem Wohnraum verbleiben und möglichst aus dem öffentlichen Raum ferngehalten werden. Die wohnraumbezogenen Kosten der Krise tragen gleichzeitig fast ausschließlich die Mieter*innen. Denn die Renditen der Immobilienwirtschaft samt Zinszahlung sind durch Mietstundungen und Verzugszinsen gesetzlich sichergestellt worden. Das, obwohl in Österreich Einnahmen aus Vermietungen erst im obersten Einkommenszehntel eine größere Rolle spielen (Humer / Moser 2016).

Die Covid-Krise hat bestehende Schieflagen auf dem Wohnungsmarkt noch verstärkt. Mit dem Wohnen verbundene Kosten der Krise tragen fast ausschließlich die Mieter*innen.

LITERATUR

Humer, Stefan / Moser, Mathias (2016) Integrierte Steuer- und Abgabenstatistik der privaten Haushalte in Österreich. Wien: INEQ – Forschungsinstitut Economics of Inequality. Wirtschaftsuniversität Wien.

Statistik Austria (2020a) Wohnen 2019. Mikrozensus - Wohnungserhebung und EU-SILC. Wien: Statistik Austria, [LINK](#)

Statistik Austria (2020b) Durchschnittliche Wohnkosten von Hauptmietwohnungen - Jahres- und Quartalsergebnisse, [LINK](#)

Energiearmut in Zeiten der COVID-Pandemie: Eine Schieflage spitzt sich zu

Sandra Matzinger

Energiearmut ist eine Problematik, die normalerweise im Herbst bzw. Winter vermehrt öffentlich thematisiert wird, wenn die Temperaturen (wieder) zu sinken beginnen und die Nächte länger werden. Während der Covid-Krise jedoch, als plötzlich alle aufgefordert waren, zu Hause zu bleiben, Kinder selbst zu betreuen und teilweise im Homeoffice zu arbeiten, wurde die Wichtigkeit einer durchgehenden Energieversorgung schlagartig für alle spürbar. Denn wenn kein Strom aus der Steckdose kommt, damit Laptop und WLAN uneingeschränkt funktionieren, wenn (Wohn-)Räume nicht so geheizt werden können, dass ein gutes Arbeits-, Lern- und Lebensklima gegeben ist, oder Warmwasser nicht ausreichend zur Verfügung steht, werden alltägliche Tätigkeiten im Privaten wie im Arbeitskontext plötzlich zur Herausforderung oder sogar unmöglich.

Energie ist mehr denn je eine wichtige Ressource, um am modernen Leben teilhaben zu können. Steht diese nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung bzw. wird diese nicht in dem Ausmaß genutzt, wie eigentlich benötigt, hat dies massive Auswirkungen auf den Lebensalltag betroffener Personen. Sichtbar wird Energiearmut dabei meist erst in ihrer extremsten Form: beispielsweise durch kalte Wohnräume oder

Während der Covid-Krise, als plötzlich alle aufgefordert waren, zu Hause zu bleiben, wurde die Wichtigkeit einer durchgehenden Energieversorgung schlagartig für alle spürbar.

wenn elektrische Geräte nicht genutzt werden, aber auch wenn Energierechnungen nicht bezahlt werden können und dadurch Schulden entstehen. Um Energieabschaltungen während der Covid-Pandemie zu verhindern, trafen das Klimaministerium und die Energiebranche eine Vereinbarung, auf Abschaltungen aufgrund von Zahlungsverzug bis Anfang Juni zu verzichten. Diese Regelung galt allerdings auf freiwilliger Basis und ermöglichte einen Zahlungsaufschub und ggf. Ratenzahlungsvereinbarungen, jedoch keinen Erlass nicht getätigter Zahlungen. Problematisch dabei ist, dass es keinen rechtlichen Anspruch auf Nicht-Abschaltung oder Ratenzahlungen gab, betroffene Personen waren und sind daher vom guten Willen ihres Energielieferanten abhängig. Gleichzeitig werden nicht getätigte Zahlungen in die Zukunft verlagert – für Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, in Kurzarbeit sind oder auch schon vor der Krise über geringe Einkommen verfügten, stellt dies keine nachhaltige Lösung dar. Viele Schwierigkeiten werden sich auch erst in den kommenden Monaten zeigen, wenn vorhandene Ersparnisse aufgebraucht sind und Abschaltungen wieder durchgeführt werden: Denn dann ist es Herbst bzw. Winter und nicht beheizbare Wohnräume, kein Licht und fehlendes Warmwasser haben viel dramatischere Auswirkungen als im Sommer.

Abzuwarten bleibt daher, welche weiteren Maßnahmen politische EntscheidungsträgerInnen für die kommende Zeit treffen werden – denn die wird es ganz klar brauchen. Gleichzeitig dürfen auch nicht jene aus den Augen verloren werden, die bereits vor der Covid-Krise von Energiearmut betroffen waren, denn Energiearmut ist mehr als nur Schwierigkeiten beim Bezahlen von Energierechnungen zu haben. International wird bereits in wissenschaftlichen sowie aktivistischen Kreisen über ein Grundrecht auf Energie(versorgung) diskutiert. In Österreich steckt diese Diskussion noch nicht einmal in den Kinderschuhen.

Zurück in die Klimakrise?

Jana Schultheiss, Max Mayerhofer, Ernest Aigner

In Krisen verringern sich globale CO₂-Emissionen deutlich, zu einer nachhaltigen Trendumkehr kam es jedoch nie. Denn mit dem Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität nach den Krisenjahren nahmen auch die CO₂-Emissionen wieder zu. Ohne strukturelle Veränderungen wird es keine nachhaltige Reduktion der CO₂-Emissionen geben.

Die Covid-Krise muss – entgegen den Erfahrungen aus früheren Krisen – als Chance für das Klima genutzt werden. Denn ein „Zurück zur Normalität“ in der Klimapolitik führt zu einem weiteren Anstieg der CO₂-Emissionen und damit zu hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten.

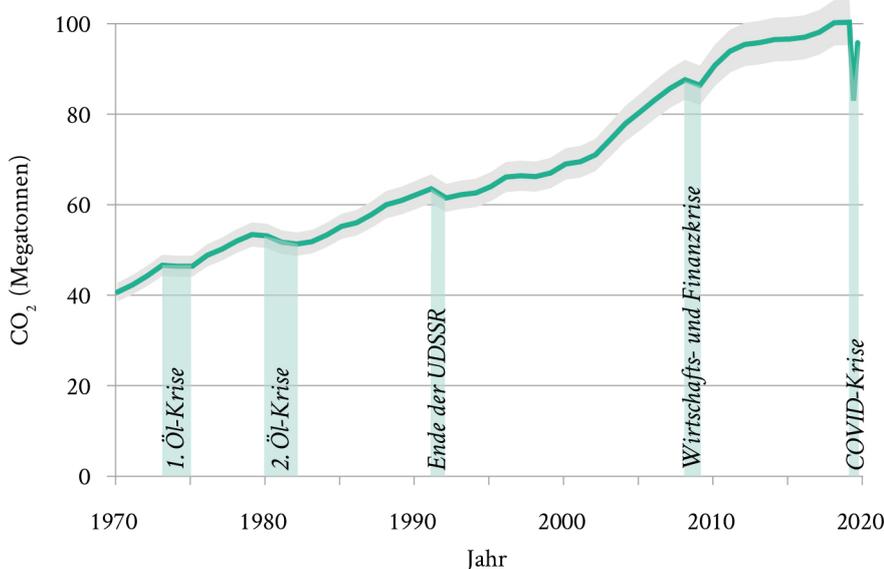
Ohne strukturelle Veränderungen wird es keine nachhaltige Reduktion der CO₂-Emissionen geben

Eine aktuelle Studie des Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz (Steininger et al. 2020) fasst zusammen: „Das Nicht-Handeln in der Klimapolitik belastet unsere Gesellschaft in Österreich bereits heute (2020):

Durch fossile Importe entstehen Wertschöpfungsverluste in Höhe von rund 8 Mrd. Euro jährlich, umweltschädliche Förderungen kosten das öffentliche Budget rund 4 Mrd. Euro jährlich, für Klimawandelanpassung wird von öffentlicher Seite rund 1 Mrd. Euro jährlich ausgegeben, wetter- und klimabedingte Schäden liegen aktuell bei zumindest 2 Mrd. Euro im Jahresdurchschnitt.“

Diese Kosten werden in den nächsten Jahren weiter steigen und nicht nur budgetäre Mehrausgaben erzeugen, sondern auch die staatlichen Einnahmen reduzieren. Und deutlich schlimmer noch werden die zunehmende Anzahl von Hitzetoten und Klimaflüchtlingen, die steigende Zahl an unbewohnbaren Orten oder auch umfassende Ausfälle bei der Nahrungsmittelproduktion sein. Von diesen Entwicklungen sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen betroffen, was deren Lebenssituation weiter erschwert.

Abbildung 3: Tägliche CO₂ Emissionen von fossilen Brennstoffen (Global).



Quelle: Le Quere et al. Nature Climate Change (2020) Global Carbon Project.

LITERATUR

Steininger, Karl / Bednar-Friedl, Birgit / Knittel, Nina / Kirchengast, Gottfried / Nabernegg, Stefan / Williges, Keith / Mestel, Roland / Hutter, Hans-Peter / Kenner, Lukas (2020) Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns. Wegener Center Research Briefs 1-2020. Graz: Wegener Center Verlag, [LINK](#)

IPCC (2018) Global Warming of 1.5°C. Special Report, [LINK](#)

Skea, Jim / Buendia, Calvo / Masson-Delmotte, Valérie / Pörtner, Hans-Otto / Shukla, Priyadarshi / Roberts, Debra / Panmao, Zhai et al. (2019) Climate Change and Land: An IPCC Special Report on Climate Change.

Download Originaldaten für Grafik (Data file 4): Le Quéré, Corinne / Jackson, Robert / Jones, Matthew / Smith, Adam / Abernethy, Sam / Andrew, Robbie / De-Gol, Anthony / Shan, Yuli / Canadell, Josep / Friedlingstein, Pierre / Creutzig, Felix / Peters, Glen (2020) Supplementary data: Temporary reduction in daily global CO₂ emissions during the COVID-19 forced confinement (Version 1.0). Global Carbon Project, [LINK](#)

Menschen mit Behinderungen, COVID und Selbstbestimmt Leben

Magdalena Scharl

Zu möglichen Risiken, Herausforderungen und Chancen fragen Sie Menschen mit Behinderungen selbst!

RISIKEN – TATSÄCHLICHE, VERMEINTLICHE UND GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE

Hier nur einige Beispiele: Viele Menschen mit Behinderungen gehören durch Vorerkrankungen tatsächlich zur sogenannten Risikogruppe. Manche benötigen umfassende persönliche Unterstützung (zum Beispiel bei der Körperpflege). Während dieser kann mitunter der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden – zwei unbestrittene **tatsächliche** Risiken.

Aber: Nicht alle Menschen mit Behinderungen haben Vorerkrankungen. Nicht alle Menschen mit Behinderungen benötigen Unterstützung in solcher Form. Nicht alle Menschen mit Behinderungen gehören in die sogenannte Risikogruppe – das Merkmal Behinderung wird in der öffentlichen Wahrnehmung teils schon zum **vermeintlichen** Risiko.

WAS MEINE ICH MIT „GESELLSCHAFTLICH BEDINGTE RISIKEN“?

Es fehlen immer noch – ganz unabhängig von Covid – Rahmenbedingungen, die den Vorgaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden. Zum Beispiel ist in der Konvention klar als Menschenrecht festgelegt, frei wählen zu können, wo und mit wem man zusammenlebt. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht gezwungen werden, in besonderen Einrich-

tungen zu leben. Bekanntermaßen ist diese Wahlfreiheit für viele Menschen mit Behinderungen leider nicht Realität. Sie leben nach wie vor in teils großen Einrichtungen, was auch das Risiko einer Covid-Ansteckung erhöht.

KLISCHEES UND TRADITIONELLE ROLLENBILDER TUN IHR ÜBRIGES:

Verfolgt man die gängige Berichterstattung in den Medien zum Thema, könnte der Eindruck entstehen, dass so gut wie alle Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen leben und in dazugehörigen Werkstätten arbeiten. Und natürlich benötigen sie die Unterstützung von Fachpersonal, das sie beschützt – so scheint es. Dazu kommt Berichterstattung über Schutzausrüstung und vorsorgliche Tests, die aber nur in Sondereinrichtungen vorgesehen beziehungsweise mitgedacht werden. Das ist natürlich wichtig, gerade im Hinblick auf die oben beschriebene Situation, welche leider auf eine große Zahl von Menschen mit Behinderungen zutrifft.

Es fehlen immer noch – ganz unabhängig von Covid – Rahmenbedingungen, die den Vorgaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden.

Was aber weitgehend übersehen und wovon auch kaum berichtet wird, ist die Tatsache, dass sich immer mehr Menschen mit Behinderungen mühsam ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung, zum Beispiel mit Unterstützung von Persönlicher Assistenz, aufgebaut haben.

HERAUSFORDERUNGEN, DIE DIE PANDEMIE NICHT NUR FÜR LETZTERE STELLT:

- Noch mehr organisieren, als sonst schon für einen möglichst reibungslosen Ablauf des Alltags notwendig ist;
- Noch stärkere emotionale Herausforderungen als für den Durchschnitt der Bevölkerung, zum Beispiel immer im Hinterkopf haben: Es kann jemand vom eingespielten Assistenzteam Covid-bedingt ausfallen und dann ist zu hoffen, dass es sich nur um vorsorgliche Quarantäne handelt;
- Verantwortungsvoller Umgang mit unvermeidbaren Risiken, wie oben am Beispiel Körperpflege beschrieben. Das heißt auch, die notwendigen Hilfsmittel dafür zu beschaffen;
- Aufrechterhaltung der oft mühsam aufgebauten sozialen Kontakte;
- Vermeidung eines Rückschritts in Richtung Abhängigkeit von Familienangehörigen, wie sie die erste Gruppe aufgrund von Werkstattschließungen gerade massiv erlebt (hat). Die Unterstützung durch Familienangehörige ist ein gutes, willkommenes Sicherheitsnetz, birgt aber auch das Risiko, dauerhaft wieder in alte Rollenverteilungen zurückzukippen.

Menschen mit Behinderungen haben ebenso wie ihre Angehörigen ohne Behinderung ein Recht darauf, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten! Das heißt zum Beispiel, einfach „nur“ Mutter oder Tochter, Vater oder Sohn, Bruder oder Schwester zu sein und nicht gleichzeitig ehrenamtliche/r Assistent oder Assistentin.

Menschen mit Behinderungen haben ebenso wie ihre Angehörigen ohne Behinderung ein Recht darauf, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten!

CHANCEN – WELCHE CHANCEN?

Die gewachsene Solidarität, nicht nur was notwendige Unterstützung bei Einkäufen betrifft.

Meine Hoffnung ist, dass sich jetzt vielleicht mehr Menschen ohne Behinderungen in die Situation von Menschen mit Behinderungen hineinversetzen können. Einschränkungen, die für uns regelmäßig Realität sind (z.B. die Wohnung nicht verlassen zu können, beispielsweise aufgrund von baulichen Barrieren oder eines defekten Aufzugs), haben sie nun selbst erfahren.

Das gilt natürlich auch für das gegenseitige Einfühlungsvermögen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in die jeweils andere Lebenssituation: zum Beispiel das Mitdenken, dass Informationen barrierefrei verfügbar sein müssen (Stichwort: leichte Sprache). Mir persönlich war zum Beispiel nicht sofort bewusst, dass der Mund-Nasen-Schutz für Menschen, die von den Lippen ablesen, eine Kommunikationsbarriere bildet.

All das wären doch starke Impulse, sich gemeinsam für eine inklusive Gesellschaft einzusetzen, in der Vielfalt als Bereicherung erlebt werden kann. Ich bin zuversichtlich, dass sie genützt werden!

Was bedeutet COVID für Geflüchtete weltweit?

Ulrike Krause

Die Auswirkungen der Covid-Pandemie sind zweifellos für Menschen weltweit spürbar. Doch jene, die ohnehin unter schwierigen Bedingungen leben, sind von den Gesundheitsrisiken wie auch den staatlichen Maßnahmen, die eigentlich dem Schutz der Bevölkerung dienen sollten, besonders stark betroffen. Zu diesen Menschen gehören auch Geflüchtete.

Das Leben von Geflüchteten etwa in großen Aufnahmelagern wie Dadaab in Kenia, Cox's Bazar in Bangladesch, Moria auf der griechischen Insel Lesbos oder auch Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland oder Österreich ist generell von Engpässen geprägt. Abhängigkeiten von Hilfsleistungen, limitierte Gesundheitsversorgung, geringe Einkommensmöglichkeiten, eingeschränkte Bewegungsfreiheit und Entfaltungsräume sowie anhaltende Gewaltgefahren sind alltägliche Probleme in vielen Lagern (Krause 2019). In ländlichen, aber auch in urbanen Regionen, in denen sich Geflüchtete eigenständig niederlassen, bestehen Herausforderungen. Die Menschen haben selten Zugang zu Hilfsprogrammen und sind auf sich gestellt. Zudem erfahren sie vielerorts wirtschaftliche, soziale und politische Restriktionen oder Gefahren wie Diskriminierung, was ihre Lebenssicherung erschwert.

Das Recht, Asyl zu suchen, darf nicht durch politische Reaktionen auf die Corona-Pandemie infrage gestellt werden.

Solche Probleme sind weitreichend. Sie bestanden vor der Pandemie und bestehen weiterhin – nun aber in intensiver Form (Krause 2020; Hovil / Capic 2020). Wenn Gesundheitsversorgung in Lagern oder anderen Kontexten ohnehin rudimentär ist, wird eine adäquate Behandlung von Covid-Fällen unwahrscheinlich sein. In überfüllten Lagern ist es schwierig oder gar unmöglich, „normale“ Schutzregeln einzuhalten. Den Abstand etwa bei Nahrungsmittelausgaben zu halten, ist kaum machbar, und Masken sind mitunter nicht im benötigten Umfang verfügbar. So erhöht sich die Ansteckungsgefahr – ein Risiko, über das auch hierzulande berichtet wurde (Heisterkamp 2020).

Vor diesem Hintergrund verdeutlicht sich die Relevanz von humanitären Leistungen, inklusive der Weitergabe von Informationen. Denn um Schutzmaßnahmen nachzukommen, müssen die Menschen darüber erfahren, und dies ist nur möglich, wenn Informationen in verständlichen Sprachen bereitgestellt werden. Selbstverständlich bemühen sich humanitäre Organisationen wie UNHCR (White 2020; UNHCR 2020), aber auch Geflüchtete selbst, beispielsweise durch eigene Nachrichtenkanäle wie KANERE in Kenia (Fiddian-Qasmiyeh 2020; Boru 2020), Maßnahmen bereitzustellen und Informationen zu teilen. Die Situation bleibt aber dennoch vielerorts schwierig.

Zudem können Schutzmaßnahmen selbst Probleme hervorrufen. Staatliche Lockdowns drohen etwa zu einer „Immobilisierung“ der Menschen beizutragen (Lubkemann 2008). Diese verstärken nicht nur wirtschaftliche Engpässe, da Geflüchtete ihre Jobs verlieren oder ihnen Möglichkeiten für selbstständige, zumeist informelle Tätigkeiten fehlen (Balcioglu / Erdogan 2020). Lockdowns erschweren auch die ohnehin prekäre Flucht aus Notsituationen. Bei Grenzsicherungen

oder lokalen Ausgangssperren werden Menschen daran gehindert, an andere, sichere Orte zu fliehen (Borriello / Salihoglu 2020). In Konfliktregionen kann dies doppelt lebensbedrohlich werden – durch die Krankheit und durch Gewaltrisiken.

Dass Tendenzen zur Immobilisierung auch auf Politiken im Flüchtlingsschutz wirken, ist bereits erkennbar. Humanitäre Umsiedlungsprogramme sind derzeit eingefroren (Garnier 2020). Jedoch ist auch die schwierige Lage humanitärer Organisationen zu beachten. In Zeiten staatlicher Restriktionen müssen sie noch mehr um dringende Mittel für benötigte Schutzleistungen für Geflüchtete kämpfen.

Natürlich unterscheiden sich Lebensrealitäten stark und diese Darstellung soll Geflüchtete keinesfalls als hilflose passive Opfer porträtieren. Jedoch sind die Verhältnisse vielerorts höchst problematisch. Das Recht, Asyl zu suchen, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 verankert ist, darf nicht durch politische Reaktionen auf die Corona-Pandemie infrage gestellt werden. Politische Rahmenbedingungen müssen die Bedarfe aller berücksichtigen und sicherstellen, dass sich eigentlich zum Schutz gesetzte Regeln nicht zur Lebensgefahr entwickeln. Rechte auf Bewegungsfreiheit und Gesundheit dürfen nicht zum Privileg weniger Wohlhabender werden.

LITERATUR

- Balcioglu, Zeynep / Erdogan, Murat (2020) What does it mean to be an urban refugee in Turkey during a pandemic?. In: Open Democracy. 1.5.2020, [LINK](#)
- Borriello, Gilda / Salihoglu, Asli (2020) Borders in the Time of Coronavirus: How the COVID-19 Pandemic Upended the Global Mobility Paradigm. In: COMPAS. 20.3.2020, [LINK](#)
- Boru, Qaabata (2020) Informationen sind der Schlüssel! Auswirkungen von COVID-19 auf Geflüchtete in Kakuma und die Rolle lokaler Nachrichten. In: FluchtforschungsBlog. 14.6.2020, [LINK](#)
- Fiddian-Qasmiyeh, Elena (2020) Refugee-led local responses in the time of COVID-19: Preliminary reflections from North Lebanon. In: Refugee Hosts. 3.4.2020, [LINK](#)
- Garnier, Adèle (2020) Der COVID-19-Resettlement-Stopp: Auswirkungen, Ausnahmen und der Weg in die Zukunft. In: FluchtforschungsBlog. 16.6.2020, [LINK](#)
- Heisterkamp, Lucia (2020) Flüchtlingsheime: Eine Frage des Abstands. In: Zeit Online. 27.5.2020, [LINK](#)
- Hovil, Lucy / Capici, Vittoria (2020) Neglected refugees find themselves even more neglected during COVID-19. In: African Arguments. 12.5.2020, [LINK](#)
- Krause, Ulrike (2019) Flüchtlingslager: Im Spannungsverhältnis zwischen Schutz, Macht und Agency. In: Von Bressensdorf, Agnes Bresselau (Hg.) Über Grenzen. Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 87–103.
- Krause, Ulrike (2020) Die Folgen von COVID-19 für Flucht und Geflüchtete – Eine neue Reihe auf dem FluchtforschungsBlog. In: FluchtforschungsBlog. 30.5.2020, [LINK](#)
- Lubkemann, Stephen C. (2008) Involuntary Immobility: On a Theoretical Invisibility in Forced Migration Studies. In: Journal of Refugee Studies 21 (4), 454–475.
- UNHCR (2020) Operational Portal Global Situations. COVID-19, [LINK](#)
- White, Paul (2020) Humanitarians in the Frontline: The protection sector in the COVID-19 humanitarian response. In: Kaldor Centre COVID-19 Watch. 23.4.2020, [LINK](#)

Social Distancing in der Massenunterkunft? – COVID in österreichischen Geflüchtetenlagern

Hannah Kentouche, Marlene Radl

Inmitten der Corona-Krise spitzt sich die Lage in den Unterkünften für geflüchtete Menschen in Österreich zu. In der Erstaufnahmestelle Traiskirchen sowie in den Rückkehrzentren in Fieberbrunn und Bad Kreuzen verzweifeln Menschen unter den prekären Bedingungen.

Hamid steht vor der Erstaufnahmestelle für Geflüchtete in Traiskirchen. „Es ist das schlimme Gefühl, nicht frei zu sein. Es ist ein Quarantäne-Gefängnis. Wir sind zwar nicht in Zellen und wir haben keine Handschellen, aber wir werden weggesperrt“, beschreibt er die Situation vor Ort seit Beginn der Corona-Pandemie. Rund 140 Kilometer westlich davon ist Rasul mit seiner Frau und drei Kindern im Rückkehrzentrum Bad Kreuzen in Oberösterreich untergebracht. Er sagt: „Es gibt zu wenig Platz, um uns vor dem Virus zu schützen. Wie sollen wir hier Abstand halten?“ Im Rückkehrzentrum Fieberbrunn in den Tiroler Bergen steigt indes die psychische Not der Bewohner*innen. „Die Meldungen in den Nachrichten zu Corona verunsichern uns. Wir sind hier isoliert, es gibt keine freundlichen Menschen, wir haben keine Hoffnung mehr“, berichtet Salim*.

KRITIK AN RÜCKKEHRZENTREN

Die Menschen in Traiskirchen und den drei „Rückkehrberatungseinrichtungen“ des Bundes in Fieberbrunn, Schwechat und Bad Kreuzen erleben seit Beginn der Corona-Krise drastische Maßnahmen der Isolation. In den drei Zentren sind Menschen untergebracht, deren Asylanträge in Österreich

abgelehnt wurden, die aber aus diversen Gründen nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können. Durch Isolation und Schikanen in den Rückkehrzentren ist die Unterbringung für die Bewohner*innen systematisch zermürbend. Die Bewohner*innen sollen dazu gebracht werden, einer freiwilligen Ausreise zuzustimmen, was für die meisten schlichtweg keine Alternative darstellt. „Wir können nicht freiwillig gehen, das ist unmöglich. Wir sind dort nicht sicher. Entweder wir sterben hier, werden verrückt oder krank, aber wir können nicht dorthin zurück, woher wir kamen“, erklärt Rasul. Seit fast drei Jahren sitzt er mit seiner Familie in österreichischen Rückkehrzentren fest.

Dass Geflüchtete in den „Rückkehrzentren“ unter menschenunwürdigen Bedingungen teilweise monatelang ausharren müssen, darunter auch Kinder, Kranke und Ältere, kritisieren Menschenrechtler*innen seit deren Eröffnung. Im Zentrum Fieberbrunn gingen die Bewohner*innen im Sommer 2019 in einen Hungerstreik. Sie protestierten für eine bessere Anbindung ihrer Unterkunft, für Schulbildung für die Kinder und für die Möglichkeit, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. Auch die Prüfung ihrer abgelehnten Asylverfahren forderten sie ein. Es folgten mehrere Wochen des Hungerstreiks, begleitet von vielen solidarischen Aktionen der Zivilbevölkerung und großem medialen Interesse. Am Ende wurden die Hungernden in eine Klinik eingeliefert. Nur wenige der Protestierenden konnten tatsächlich in einer anderen Asyleinrichtung unterkommen. Das Zentrum in Fieberbrunn besteht bis heute.

AUSGANGSSPERRE ALS COVID-MASSNAHME

War die Situation in den Rückkehrzentren bereits vor Covid fatal, spitzte sie sich in der Krise nochmals zu. Mitte März wurden die 120 Bewohner*innen des Zentrums Schwechat nach Traiskirchen gebracht. Hamid war einer von ihnen, er kritisiert die Verlegung scharf. Seine Vermutung: „Die Regierung hat entschieden, noch mehr Personen gemeinsam unterzubringen, um uns besser kontrollieren zu können.“ Er beschreibt, dass fünf Polizeiwagen ständig um das Gebäude in Traiskirchen patrouillieren, was bei den Bewohner*innen großen Stress auslöst. „Es sieht so aus, als ob die Regierung die österreichischen Bürger*innen vor uns schützen will und nicht, wie behauptet, uns alle vor dem tödlichen Virus.“ Laut Hamid erhielten Menschen aus Risikogruppen keinen besonderen Covid-Schutz. Zur Vorbeugung hängte man lediglich einige Infos mit neuen Verhaltensregeln auf. Erklärt oder besprochen wurde nichts, so Hamid. Gerade vor dem Hintergrund der Verlegung nach Traiskirchen ist das besonders problematisch. In der ersten Phase der Covid-Pandemie waren 611 Menschen (Normalkapazitätsgrenze: 480 Plätze) im Geflüchtetenlager untergebracht. Dass die Behörden die Hygienemaßnahmen nicht ausreichend gewährleisteten, ist für Hamid offensichtlich. So teilten sich bis zu acht Personen einen Schlafräum und rund 40 Personen die Sanitäranlagen. Im Speisesaal sei es ohnehin nicht möglich gewesen, den erforderlichen Mindestabstand einzuhalten.

„Es gibt zu wenig Platz, um uns vor dem Virus zu schützen. Wie sollen wir hier Abstand halten?“ - Rasul

Als es zum ersten bestätigten Covid-Fall im Zentrum kam, stellte die Bezirkshauptmannschaft Baden am 24. März das Erstaufnahmezentrum zum ersten Mal unter Quarantäne. Obwohl die bestätigten Corona-positiven Fälle plus deren Kontaktpersonen in einem eigenen Gebäude isoliert wurden, erließ man für alle Bewohner*innen eine rigorose Ausgangssperre. Fünf Wochen lang durfte niemand das Areal verlassen. Ende Mai kam es erneut zu einer zweiwöchigen Zwangsquarantäne in Traiskirchen. Nach letztem Informationsstand wurden dort mindestens zwölf Menschen Covid-positiv getestet, eine Person ist an dem Virus verstorben. „Wir können weder kurz spazieren noch einkaufen gehen. Wir wurden eingesperrt. Sie haben uns wie Tiere behandelt“, erzählt Hamid. Statt eines wirksamen Gesundheitsschutzes gab es Repression durch Zwangseinschluss. Damit galten für die Personen im Erstaufnahmezentrum wesentlich strengere Regeln als für das restliche Österreich. Die rechtliche Grundlage für diese Ausgangssperre ist umstritten. Die Corona-Verordnung sieht prinzipiell kein Verbot vor, Grundstücke zu verlassen. Zwei Asylsuchende, die am Verlassen des Zentrums gehindert wurden, brachten deshalb eine Maßnahmenbeschwerde gegen die Polizei ein.

„Wir können weder kurz spazieren noch einkaufen gehen. Wir wurden eingesperrt. Sie haben uns wie Tiere behandelt.“ - Hamid

FAMILIEN OHNE PERSPEKTIVE

In den Rückkehrzentren Bad Kreuzen und Fieberbrunn verhängte man zwar keine Ausgangssperre, aber auch hier wurden kaum Vorkehrungen für den Schutz der Geflüchteten getroffen. Masken oder Handschuhe standen keine zur Verfügung. Die Bewohner*innen mussten während eines kurzen Zeitfensters gemeinsam im Speisesaal essen, der Mindestabstand konnte dabei nicht eingehalten werden.

Es sei eine unzumutbare Situation, speziell für Familien, berichtet Rasul: „Wir machen uns Sorgen. Das hier ist kein Ort für kleine Kinder, er ist trostlos und traurig. Aber wir sind gezwungen, einfach hier zu warten, wir dürfen nichts tun.“ Im Zentrum sind aktuell 150 Personen untergebracht, davon über 50 Kinder. Die fünfköpfige Familie von Rasul ist in einem 24 Quadratmeter kleinen Zimmer untergebracht. Einen Aufenthaltsraum und Spielsachen gibt es nicht. Die Kinderbetreuungsstätte ist geschlossen, die Schaukel im Garten abmontiert. Deutschkurse werden den Bewohner*innen nicht ermöglicht. Rasul kritisiert, dass die Kinder aus dem Zentrum getrennt von den österreichischen Kindern in einer eigenen Klasse unterrichtet werden. „Egal ob sie Deutsch können, egal wie alt sie sind.“

RÜCKKEHRZENTREN SCHLIESSEN

Rasul hofft dennoch auf ein Aufwachen der Politik durch die Covid-Krise: „Der Umgang mit geflüchteten Menschen in Österreich muss anders werden. Unsere Situation ist eine politische Entscheidung.“

Auch wenn die Ausgangssperre vorerst beendet ist, macht die Covid-Krise mehr als deutlich: Rückkehrzentren und Massenunterkünfte gefährden die physische und psychische Gesundheit von Geflüchteten. Die Covid-Krise wurde von der österreichischen Regierung dazu genutzt, geflüchtete Menschen noch mehr von gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen. Diese Politik stützt sich auf eine rechtspopulistische Hegemonie in der österreichischen Gesellschaft und verdeutlicht deren strukturellen Rassismus.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie die Initiative „Rückkehrzentren schließen!“ fordern deshalb die sofortige Schließung der Zentren und die Unterbringung von Geflüchteten in Privatwohnungen – insbesondere, aber nicht nur in Zeiten der Covid-Pandemie: „Massenunterkünfte machen krank, deshalb Wohnungen statt Lager für Geflüchtete!“ Ein generelles Ende der Lagerpolitik ist notwendig, denn, wie Hamid betont: „Wir halten es hier nicht mehr lange aus.“

*Name durch die Redaktion geändert.

Der Text ist ein aktualisierter Nachdruck. Er erschien erstmals im „MO-Magazin für Menschenrechte“ Nr. 59 (Kentouche / Radl 2020).

LITERATUR

Kentouche, Hannah / Radl, Marlene (2020) Im Quarantäne-Ge-fängnis. In: MO – Magazin für Menschenrechte 59, 36–38, [LINK](#)





Quelle: Eigene Fotos

Kinder im Lockdown – Ein Widerspruch in sich?

Johanna Neuhauser, Jana Schultheiß

Welche langfristigen Folgen der Lockdown für Kinder hatte, ist noch unklar. Fest steht aber: Kinder waren je nach der Lebenssituation der Familie, den Wohnverhältnissen, der Nähe zu geöffneten Parks und Grünräumen etc. sehr unterschiedlich betroffen. Ohnehin schon bestehende Ungleichheiten in der Bildung haben sich, etwa durch das Home-schooling, verschärft. Doch dieser Blick alleine wird den Lebensrealitäten der Kinder nicht gerecht.

Ausgewählte Zitate aus ersten Befragungen von Kindern und Einschätzungen von ExpertInnen sollen im Folgenden die Probleme und Sorgen der Kinder im Lockdown darstellen.

ONLINE-BEFragung DER ÖSTERREICHISCHEN KINDERFREUNDE

An der Online-Befragung der Österreichischen Kinderfreunde haben sich 1.072 Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 14 Jahren aus Österreich beteiligt (Österreichische Kinderfreunde 2020). Im Fokus der Fragen standen Stimmung und Wohlbefinden während des Lockdowns.



Zwar gaben 43,5 % der Kinder an, dass es ihnen „eh gut“ gehe, der Mehrheit der Kinder ging es aber nicht gut. So entfielen 42,9 % der Antworten auf „es geht so“ und 10,4 % auf „nicht so gut“ und 3,2 % der Kinder antworteten mit „schlecht“.

Auf die Frage „Womit verbringst du aktuell die meiste Zeit?“ antworteten die Kinder:

- Mit dem Handy oder Computer: 22,4 %
- Mit Schulaufgaben: 25,6 %
- Mit Spielen: 33,4 %
- Kann ich nicht so genau sagen: 18,6 %

Quelle: Eigene Fotos

Eine im Juni 2020 von der Volkshilfe Österreich durchgeführte Umfrage zeigt „eine eklatante Verschlechterung der Lebensqualität von armutsbetroffenen Familien in Zeiten der Pandemie“.

Auf die Frage „Was geht dir in dieser Zeit am meisten ab?“ antworteten die Kinder:

- Meine Freunde und Freundinnen: 53,1 %
- Dass alles wieder normal ist: 32,2 %
- Kindergarten/Schule: 10,7 %
- Das Draußen-sein: 4 %

Auf die Frage, was ihnen in der aktuellen Situation helfen würde, antworteten die Kinder:

- Wenn ich meine Freundin, meinen Freund treffen dürfte: 48,1 %
- Zu wissen, wann alles wieder normal wird: 32,3 %
- Wenn ich wieder mehr raus dürfte: 13,3 %
- Wenn meine Eltern entspannter wären: 6,3 %

Die Ergebnisse der gesamten Befragung sind online [hier](#) abrufbar unter:

PRESSEAUSSENDUNG DER KINDER- UND JUGENDANWALTSCHAFTEN ÖSTERREICHS

Bereits Ende März 2020 machten die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs auf die vielen Probleme der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufmerksam (Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien 2020). Genannt wurden unter anderem:

- Fehlende Freizeitaktivitäten und Teilhabe am sozialen Leben
- Aussetzen bzw. Reduktion vieler medizinischer Leistungen (Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, Arztbesuche oder wichtige Therapien)
- Kaum Partizipation an der öffentlichen Diskussion
- Gestiegenes Risiko familiärer Gewalt durch die Isolation der Familien

Als besonders vulnerable Kinder und Jugendliche, die verstärkt bzw. mehrfach von der Covid-Krise betroffen sind, werden genannt:

- Kinder und Jugendliche in der stationären Kinder- und Jugendhilfe
- Kinder von AlleinerzieherInnen (z.B. wenn diese erkranken)
- Kinder von geflüchteten Familien und unbegleitete geflüchtete Minderjährige
- Kinder und Jugendliche in von Abschiebungen bedrohten Familien
- Kinder und Jugendliche, denen Unterstützung bei Schulfragen fehlt
- Kinder und Jugendliche aus armutsgefährdeten oder bildungsbenachteiligten Familien
- Junge Wohnungslose
- Kinder und Jugendliche von Familien, die bisher keine Krankenversicherung hatten

BEFRAGUNG DER VOLKSHILFE ÖSTERREICH: CORONA UND KINDERARMUT

Im Juni 2020 hat die Volkshilfe Österreich eine Umfrage unter armutsbetroffenen Familien in Österreich durchgeführt, die „eine eklatante Verschlechterung der Lebensqualität von armutsbetroffenen Familien in Zeiten der Pandemie aufzeigt“ (Volkshilfe Österreich 2020).

- 50 % beurteilten ihre Lebensqualität in Covid-Zeiten mit der Schulnote 4 bis 5 (vor Covid hat keine dieser Familien einen Fünfer und nur 7 % haben einen Vierer vergeben).
- 79 % machen sich jetzt noch mehr Sorgen über die Zukunft.
- 55 % machen sich Sorgen, dass ihre Kinder in der Schule nicht gut abschließen werden.
- Auf 51 % der Familien hat sich die Covid-Krise finanziell negativ ausgewirkt (und das, obwohl das Einkommensniveau der Befragten schon vor Covid unter der Armutgefährdungsschwelle lag).



Zu ihren Kindern stellen die Befragten fest:

- dass ihre Kinder trauriger (74 %), einsamer (57 %) oder aggressiver (53 %) als zuvor waren.
- dass ihre Kinder erleichtert waren, dass sie nicht in die Schule mussten (23 %).
- dass ihre Kinder fröhlicher waren, da „für sie schwierige Situationen wie etwa Mobbing endlich weggefallen sind“ (20 %).

LITERATUR

Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien (2020) Schutzschirm für Kinder und Jugendliche auch in Zeiten von COVID-19. Pressesaussendung. 31.3.2020, [LINK](#)

Österreichische Kinderfreunde (2020) Umfrageergebnisse: So geht es Kindern und Jugendlichen in Zeiten von Corona, [LINK](#); [LINK](#)

Österreichische Volkshilfe (2020) Umfrage zu Corona & Kinderarmut. Pressekonferenz 08-07.2020, [LINK](#)



Drei Schritte zurück: Bildungsungleichheit und COVID

Veronika Wöhler

Jedes Jahr, wenn der OECD-Bildungsbericht erscheint, ist in den Zeitungen zu lesen, dass Bildungsabschlüsse in Österreich nach wie vor vererbt werden. Das bedeutet, dass die Bildungs- und Berufswege von Kindern und Jugendlichen stark vom sozialen Hintergrund ihrer Eltern abhängig sind. Die Kinder von Eltern mit einem Hochschulabschluss haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, selbst einmal einen Universitätsabschluss zu erreichen, als die Kinder von Eltern, die einen Lehrabschluss haben. Diese haben wiederum eine höhere Chance auf einen Hochschulabschluss als Kinder, deren Eltern einen Pflichtschulabschluss haben. Ähnlich wie diese Befunde bleiben auch die Empfehlungen der Bildungsexpert*innen:

- ▶ Eine längere gemeinsame Schulzeit aller Schüler*innen wäre notwendig, damit jene Kinder und Jugendlichen, die zu Hause nicht so gut unterstützt werden können, in der Schule mehr Zeit haben, Lernrückstände aufholen zu können.
- ▶ Ganztageschulen sollten ausgebaut werden. Denn dort werden Aufgaben und Lernen in der Schule durchgeführt und es muss weniger in den Familien gemacht werden, welche sehr unterschiedliche Ressourcen haben, ihre Kinder zu unterstützen.
- ▶ Damit der Unterricht diesen Ansprüchen gerecht werden kann, wären Veränderungen in der Lehramtsausbildung sinnvoll, die einen produktiven Umgang mit ungleichen Voraussetzungen der Schüler*innen (soziale Herkunft, Mehrsprachigkeit, Geschlecht) zum Inhalt machen und Selbstreflexionskompetenzen stärken.
- ▶ Eine gezielte Förderung (z.B. zusätzliche Lehrkräfte, Material etc.) gerade jener Schulen, die mehr Kinder aus bildungsbenachteiligten Hintergründen besuchen, wäre wichtig.

- ▶ Insgesamt wäre es sinnvoll, mehr Geld und Ressourcen in den Ausbau von (ganztägigen) Kinderkrippen und Kindergärten, in die ersten Schuljahre und in die Pflichtschule zu investieren, damit jene Schüler*innen gefördert werden, die diese Förderung besonders brauchen.
- ▶ Auch mehr Begleitpersonal in der Schule ist dringend notwendig, d.h. mehr Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen oder Lehrpersonen für Erstsprachenunterricht – der auch wirklich angeboten werden sollte!

Umgesetzt wird davon wenig bis gar nichts, auch das ändert sich nicht wesentlich. Das österreichische Schul- und Ausbildungssystem ist also eines, das in hohem Maße Ungleichheiten reproduziert und mitunter sogar verstärkt, weil es Unterschiede, die sozial gemacht sind, legitimiert und als „Begabungen“ naturalisiert – ein Prozess, den der französische Soziologe Pierre Bourdieu (2018 [1964]) in seinen Schriften zur Schule anschaulich beschreibt.

Im Zuge der aufgrund von Covid veranlassten Ausgangsbeschränkungen wurden die Schulen als Begegnungsorte geschlossen und innerhalb weniger Tage auf „Home-schooling“ und „E-Learning“ umgestellt. Dies führt dazu, dass sich die Bildungsungleichheit weiter verstärkt (siehe den

**Schüler*innen, die es schon vor der
Schulschließung schwerer hatten,
können nicht nur nicht aufholen,
sondern verlieren auch noch.**

Beitrag von Larcher in diesem Band). Dies zeigen auch erste Erhebungen. So war es nicht verwunderlich, als am 27. März die erste Umfrage unter 200 Lehrpersonen des Programms „Teaching for Austria“, das vor allem an jenen Neuen Mittelschulen arbeitet, in denen ein vergleichsweise hoher Prozentsatz von Schüler*innen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien kommt, ergab, dass ca. 20 Prozent der Schüler*innen in der Phase des Homeschoolings gar nicht erreicht werden konnten. Das beträfe hochgerechnet ungefähr 4.000 Schüler*innen in Österreich (Riss 2020). Nach dem ersten medialen Echo auf diese Zahl wurde beschwichtigt: Das seien nur ganz bestimmte Schulen, der Prozentsatz der Schüler*innen insgesamt sei niedriger und bei ca. 5 Prozent, so Minister Faßmann bei einer der vielen Pressekonferenzen. Mitte Mai zeigte sich allerdings in einer Umfrage des IHS unter 5.000 Lehrkräften (John 2020; Steiner et al. 2020), dass dies zu kurz gegriffen war. Die befragten Lehrenden meinten, dass sie – im Durchschnitt – 12 Prozent der Schüler*innen im Homeschooling nicht erreichen, dass es aber bei jenen Schüler*innen, die sie als benachteiligt einstufen würden, gleich 36 Prozent waren. Ebenso schätzen die Lehrer*innen, dass sich Homeschooling bei ca. 40 Prozent der Schüler*innen negativ auf das Kompetenzniveau auswirkt, unter den benachteiligten sehen sie das sogar für 76 Prozent.

Eine Umfrage unter Lehrpersonen des vor allem an Neuen Mittelschulen durchgeführten Programms „Teaching for Austria“ ergab: 20 Prozent der Schüler*innen konnten in der Phase des Homeschoolings gar nicht erreicht werden.

Diese Zahlen sind beunruhigend, denn sie zeigen, dass die Situation genau jener Schüler*innen, die es schon vor der Schulschließung schwerer hatten als andere, noch einmal deutlich schwieriger wurde. Sie konnten während der Schulschließungen nicht nur nicht aufholen, sondern haben auch noch verloren. Besonders schwierig wird diese Situation an den Übergängen zwischen Bildungsinstitutionen. Wie die deutschen Bildungswissenschaftler*innen Gomolla und Radtke (2009) in einer Studie zur institutionellen Diskriminierung in Deutschland zeigten, sind es vor allem diese Übergänge, an denen Kinder und Jugendliche, bei denen die größten Differenzen zu einsprachig deutschen Mittelschichtfamilien vermutet werden, ausgeschlossen werden. Auch jetzt und nach Corona ist zu vermuten, dass es diese Übergänge sein werden, an denen die Ungleichheiten besonders deutlich zu Tage treten. Genau jene Schüler*innen, die Schwierigkeiten

dabei haben, die Volksschule oder die Neue Mittelschule abzuschließen, deren Übergang in eine weitere Schule oder in eine Lehre ohnehin nicht als glatt und einfach vorauszusehen war, hatten nun doppelte Schwierigkeiten.

Zum einen konnten sie den Schulstoff nur unter deutlich schwierigeren Bedingungen als andere oder gar nicht erlernen und dementsprechend schlechtere Noten auch nicht ausbessern. Hier wird sich auch der späte Schulbeginn für Polytechnische Lehrgänge und für zahlreiche Übergangsmaßnahmen für Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben, mit Anfang Juni (statt Mitte Mai) nicht positiv auswirken. Ebenfalls zur Verschärfung trägt bei, dass der Deutschtest für Schüler*innen aus Deutschförderklassen heuer nicht aufgehoben, sondern nur in den September verschoben wurde (Ettinger 2020), sodass gerade für Kinder und Jugendliche, die nicht Deutsch als Erstsprache haben, der Aufstieg in die nächste Schulstufe unsicher ist (während für andere Schüler*innen das Aufsteigen in die nächsthöhere Klasse heuer leichter möglich sein soll). Die Absurdität, dass Kinder, die zu Hause wenig Deutsch sprechen, nun Deutsch im Homeschooling und in den Ferien lernen sollen, liegt auf der Hand (Schweiger 2020).

Zum anderen sind durch die wirtschaftlichen Folgen von Covid die weiteren Berufs- und Bildungswege jener Jugendlichen, die in der Schule nicht aufholen konnten, stark eingeschränkt: Während die Zahl der Schulplätze an Oberstufen und anderen Höheren Schulen wohl gleich bleiben wird, werden die möglichen Lehrstellen ebenso wie die Praktikumsplätze, in denen Lehrstellen angebahnt werden könnten, nun deutlich weniger. Aktuelle Schätzungen sprechen von 7.500 bis 10.000 Lehrstellen, die wegfallen werden (z.B. Lavaud 2020; Wöfl 2020). Für alle Jugendlichen, die sich derzeit in Abschlussklassen Neuer Mittelschulen, in Polytechnischen Schulen oder in Übergangsmaßnahmen befinden, bedeutet das ebenfalls einen deutlich erhöhten Druck. Während in Großstädten wie Wien die Zahl der offenen Lehrstellen schon seit Jahren geringer ist als die Anzahl der lehrstellen-suchenden Jugendlichen, ist diese Zahl nun dabei, sich noch einmal deutlich zu Ungunsten der Jugendlichen zu verändern.

Es ist zu erwarten, dass auch der nächste OECD-Bericht keine Verbesserung, sondern vielleicht sogar schon die ersten Verschlechterungen in Bezug auf die Ungleichheit von Bildung in Österreich zeigen wird. Daher wären viele bildungspolitische Änderungen angebracht. Kurzfristig notwendig ist es, nun gleich ab Herbst und für die nächsten Jahre eine Menge Geld und Ressourcen in Bildungs- und Übergangsangebote für jene Jugendlichen zu investieren, die aufgrund der Schließung der Schulen die meisten Nachteile hatten. Längerfristig ist es aber dringend geboten, die Empfehlungen der Bildungsexpert*innen endlich ernst zu nehmen und umzusetzen, damit das Bildungssystem für zukünftige Krisen besser gerüstet ist.

LITERATUR

- Bourdieu, Pierre (2018 [1964]) Die konservative Schule. In: Ders. Bildung. Schriften zur Kulturosoziologie 2. Frankfurt / Main: Suhrkamp, 7–38.
- Berghammer, Caroline (2020) Wie gut gelingt Homeschooling in der Corona-Krise?. Blog 47. In: Corona-Blog. Austrian Corona Panel Project, [LINK](#)
- Ettinger, Karl (2020) Tests für Deutschförderklassen erst im September. In: WienerZeitung.at. 15.5.2020, [LINK](#)
- Gomolla, Mechthild / Radtke, Frank-Olaf (2009) Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. 3. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- John, Gerald (2020) Corona-Krise lässt benachteiligte Schüler weiter zurückfallen. In: derStandard.at. 22.5.2020, [LINK](#)
- Lavaud, Barbara (2020) Jugend ohne Job: Nein zu einer Lost Generation!. In: KOMPETENZ-online. 20.5.2020, [LINK](#)
- Riss, Karin (2020) Umfrage: 20 Prozent der Schüler für Lehrkräfte nicht erreichbar. In: derStandard.at. 27.3.2020, [LINK](#)
- Schweiger, Hannes (2020) Kinder, die auf der Strecke bleiben. In: derStandard.at. 8.5.2020, [LINK](#)
- Steiner, Mario / Köpping, Maria / Leitner, Andrea / Pessl, Gabriele (2020) COVID-19 LehrerInnenbefragung – Zwischenergebnisse. Was tun, damit aus der Gesundheitskrise nicht auch eine Bildungskrise wird?. In: IHS Blog. 22.5.2020, [LINK](#)
- Wölf, Lisa (2020) 10.000 Lehrstellen könnten wegfallen: “Lehrlinge interessieren in Österreich keine Sau”. In: Moment. 30.4.2020, [LINK](#)

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Vienna Center for Electoral Research (2020) Corona-Blog: Themenübersicht. In: Corona-Blog. Austrian Corona Panel Project, [LINK](#)

Homeschooling als Katalysator von Bildungsungleichheit

Elke Larcher

Waren Bildungschancen vor der Covid-Krise gleich verteilt und ein guter Schulerfolg ein allgemeines Gut? Leider Fehlanzeige. Der gute Schulerfolg hängt maßgeblich an familiären Ressourcen. Schulerfolg wird vielfach privat organisiert. Die Covid-bedingten Schulschließungen haben damit kein neues Problem geschaffen, jedoch ein altes Problem massiv verschärft. Die Schulschließungen waren gewissermaßen der Katalysator der österreichischen Bildungsungleichheit.

RESSOURCE GELD

Knapp ein Drittel aller SchülerInnen, rund 317.000, braucht Nachhilfe. Insgesamt gaben Eltern 2019/20 – sogar trotz Schulschließungen – 86 Millionen Euro aus, um den Schulerfolg ihrer Kinder zu finanzieren (Feistritzer 2020b). Wer da nicht mithalten kann, weil das Haushaltsbudget nicht ausreicht, nur ein Elternteil arbeitet oder alleinerziehend ist oder mehrere Kinder im Haushalt Nachhilfebedarf haben, hat oftmals Pech gehabt. Der Schulerfolg ist damit eine Frage von finanziellen Möglichkeiten.

2019/20 gaben Eltern – sogar trotz Schulschließungen – 86 Millionen Euro für Nachhilfe aus.

Während der Covid-Zeit kamen noch weitere Fragen hinzu: Wer kann sich den Ankauf eines Laptops oder Druckers leisten? Wer kann das Datenvolumen des Internetbetreibers

oder Mobiltelefonanbieters aufstocken? Wer kann überhaupt am „Distance Learning“ teilnehmen? Viele Familien mussten mit den Schulschließungen zu Hause aufrüsten, um das Homeschooling zu ermöglichen, aber nicht alle konnten sich das leisten. Bis es hier zu öffentlicher Unterstützung kam, etwa Laptops angekauft wurden, vergingen wertvolle Wochen und der Kontakt zwischen Schule und SchülerInnen brach ab.

RESSOURCE ZEIT

Die zweite entscheidende familiäre Ressource ist die verfügbare Zeit. Das Ausmaß der elterlichen Unterstützung lag bis zur Schließung aller Schulen auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Rund drei Viertel der Kinder lernten und übten zumindest hin und wieder mit deren Eltern. 55 Prozent der Kinder wurden zumindest einmal in der Woche bei den Aufgaben und beim Lernen beaufsichtigt (Feistritzer 2020b). Kinder, deren Eltern nicht so viel Zeit aufbringen können, gehören ebenfalls zu den VerliererInnen des Systems. Wenn Alleinerziehende etwa mehreren Arbeiten nachgehen, um genug Geld für die Familie zu verdienen, Eltern täglich zur Arbeit pendeln oder viele Überstunden machen müssen und etwa zwölf Stunden arbeiten: In all diesen Fällen bleibt keine Zeit zum gemeinsamen Lernen.

Auch dieser Faktor hat sich während der Covid-Krise verschärft. So zeigen Umfragen, dass Eltern mit kürzeren Bildungskarrieren seltener im Homeoffice gearbeitet haben und häufiger von Kündigungen und Kurzarbeit betroffen waren. AkademikerInnen hingegen konnten öfter von zu Hause arbeiten und damit ihre Kinder beim Homeschooling unterstützen (AKOÖ/IFES/SORA 2020).

RESSOURCE BILDUNG

Manche Kinder haben zu Hause eine ganze Bibliothek, andere nicht einmal eine stabile Internetverbindung. Da Lernen und Üben so oft privat organisiert wird, fallen die familiären Möglichkeiten schwer ins Gewicht. Wenn Eltern selbst lange die Schule besucht haben, Zugang zu Informationen haben und bildungsnahen Berufen nachgehen, haben sie ungemein mehr Möglichkeiten, ihre Kinder zu unterstützen, als Eltern, deren Bildungsweg kürzer ausfiel. Wenn ich selbst etwa nicht Integralrechnen gelernt habe, ist es unmöglich, mein Kind bei diesen Aufgaben zu unterstützen. Es ist für alle Eltern schwierig, aber für manche schlicht unmöglich. Dieser Fakt wirkt sich aber auch auf die Chancen und den Schulerfolg der Kinder aus.

Kinder, deren Eltern nicht so viel Zeit für Unterstützung beim Lernen haben, gehören zu den VerliererInnen des Systems.

Die Eltern von einem Viertel der SchülerInnen, die von ihren Eltern in schulischen Belangen unterstützt werden, sagen, dass es für sie generell schwierig ist, bei den Hausaufgaben zu helfen bzw. das Wissen vor Tests oder Schularbeiten zu überprüfen. Weitere 14 Prozent sind zumindest bei einzelnen Fächern überfordert. Hinzu kommen noch jene, die fachlich gar nicht mehr helfen können. Bei einer Befragung nach den Schulschließungen sagten bereits 50 Prozent der Eltern, dass sie sich fachlich bei der Unterstützung ihrer Kinder schwertun (Feistritzer 2020b).

CORONA = SOMMERLOCHEFFEK²

Während manche Eltern also die Möglichkeiten hatten, zu Hause einen fast gleichwertigen Ersatz für die Schule zu organisieren, und ein gemeinsames Lernen am Esstisch auf die Beine stellen konnten, war es für andere unmöglich, das schulische Lernen zu Hause zu ersetzen.

Aus der Forschung zu den Effekten der Sommerferien ist bekannt, wie stark die Bildungsungleichheit in langen Ferien zunimmt. Je niedriger der soziale Status, desto größer ist der Kompetenzverlust. Im deutschsprachigen Raum spricht man dabei vom „Sommerlocheffekt“: Während die Lernentwicklung der SchülerInnen in den Unterrichtsmonaten – ausgehend von ihren unterschiedlichen Startniveaus – weitestgehend parallel verläuft, gibt es in den Sommerferien unterschiedliche Kompetenzentwicklungen, die wiederum vom sozioökonomischen Hintergrund abhängen. Die Leistungsschere geht auseinander. Der Sommerlocheffekt gilt für alle Schulstufen, wird besonders aber für die erste bis achte Schulstufe beforscht. Die langen Ferien sind vor allem

deswegen Ursache für Chancenungleichheit, da sie besonders für benachteiligte Kinder negative Effekte auf deren Bildungsentwicklung haben. Das Covid-Semester war für alle Familien und Schulkinder eine große Herausforderung. Einige Kinder werden nach den Schulschließungen und Sommerferien aber einen Lernrückstand haben, der eklatant sein wird (Larcher / Laux 2019).

WIE SCHREIBEN WIR BILDUNGSPOLITISCH GESCHICHTE?

Zwischen dem Beginn des Lockdowns Mitte März und dem erneuten Schulbeginn Anfang September haben SchülerInnen nur 15 Tage im Klassenzimmer gelernt und mehr als 40 Tage im Kinderzimmer mit Arbeitsblättern im Homeschooling gekämpft. Dieser Wissensverlust kombiniert mit dem Fehlen der sozialen Kontakte ist ein Verlust, den wir nicht hinnehmen dürfen und auffangen müssen.

Damit sich bildungspolitisch wirklich etwas ändert, brauchen wir eine generelle Trendumkehr, schulisches Lernen muss in der Schule organisiert werden, die Privatisierung des Schulerfolgs endlich abgeschafft werden. Das beinhaltet deutlich mehr als das Unterrichten am Vormittag, es braucht ein verlässliches schulisches System, das neben dem Unterricht Zeit zum Üben und Fragenstellen beinhaltet. Außerdem muss der Schultag Anregungspotenzial bieten, das können Projekte, spannende Freizeiteinheiten, aber auch Vereinstätigkeiten sein. Kurz: Es braucht Ganztagschulen für jedes Kind in Wohnumgebung.

EIN SYSTEM STATT VIELER BEIWAGERL

Schulischer Förderunterricht, Gratisnachhilfe und weitere Unterstützungsangebote können SchülerInnen helfen, wenn sie Schwierigkeiten beim Lernen haben. Viele Schulen bemühen sich hier sehr. 70 Prozent der SchülerInnen an einer Schule mit Förderunterricht nutzen dieses Angebot auch. Bezogen auf alle SchülerInnen sind es rund 40 Prozent. Zwei Drittel der Eltern sind mit der Qualität des Förderunterrichts weitgehend zufrieden (Note 1 oder 2) (Feistritzer 2020b).

Diese schulische Unterstützung kompensiert am Ende jedoch ein mangelhaftes System. Diese Kompensation wird meist erst im Laufe des Schuljahres organisiert, in vielen Schulen startet der Förderunterricht erst nach den Weihnachtsferien. Das geht mit viel Bürokratie für Schulen – zum Beispiel müssen Räume und LehrerInnenstunden organisiert werden – und Frustration bei SchülerInnen und Familien einher.

Es braucht eine Trendumkehr: Schulisches Lernen muss in der Schule organisiert, die Privatisierung des Lernerfolgs endlich abgeschafft werden.

GANZTAGSSCHULEN

Ganztagschulen können so organisiert werden, dass es ein verlässliches System des Lernens und Übens gibt, unabhängig von familiären Ressourcen. Kinder sind beispielsweise von 8 bis 15 Uhr in der Schule. In dieser Zeit sind sowohl Kinder wie PädagogInnen anwesend und können neben fixen Übungszeiten und Unterrichtszeiten auch Projektunterricht und Ausflüge organisieren, weil die Zeit dafür im Schultag eingeplant ist und nicht eigens aufgebracht werden muss. Damit ist nicht nur der Lernerfolg in der Schule organisierbar, sondern auch das so wichtige und lernförderliche Anregungspotenzial in der Schule umsetzbar.

Der Ausbau von und Zugang zu Ganztagschulen sowie deren bedarfsgerechte Finanzierung (Schnell 2020) ist damit eine der zentralen Fragen der Bildungsgerechtigkeit. Der Schulerfolg darf nicht von familiären Ressourcen abhängen. Schulen und der Zugang zu Bildung sind eine gesellschaftliche Errungenschaft. Die Privatisierung des Lernerfolgs – verstärkt durch die durchgeführten Schließungen der Schulen – hingegen ein Rückschritt.

LITERATUR

Feistritzer, Gert (2020a) AK-Studie: Nachhilfe und Betreuung von Schulkindern während der Corona-Krise. IFES Institut für empirische Sozialforschung GmbH. Wien, [LINK](#)

Feistritzer, Gert (2020b) Nachhilfe in Österreich. IFES Institut für empirische Sozialforschung GmbH. Wien, [LINK](#)

AK OÖ / IFES / SORA (2020) Der Österreichische Arbeitsklima Index. Arbeiten in der Corona-Krise: Home-Office, Kurzarbeit oder Business as usual. Pressekonferenz. 24.6.2020. Wien, [LINK](#)

Larcher, Elke / Laux, Marina (2019) Sommerloch oder tolle Erlebnisse: Bildungsungleichheit, die in den Sommermonaten entsteht. In: A&W Blog. 26.7.2019, [LINK](#)

Schnell, Philipp (2020) Chancen-Index: viel Zuspruch, wenig Umsetzung. In: A&W Blog. 7.4.2020, [LINK](#)

Entschleunigt oder abgehängt? Hochschulpolitik in der Corona-Krise

Teresa Petrik

Am 10. März gab die österreichische Bundesregierung bekannt, alle Hochschulen aufgrund des Coronavirus zu schließen – vorerst bis Ostern. Im Universitätsbetrieb schlug diese Maßnahme, die schließlich auf das gesamte Semester verlängert wurde, ein wie eine Bombe. Waren die Reaktionen zunächst von Überforderung und einer regelrechten Angst vor der Verlangsamung des beschleunigten Universitätsbetriebes gezeichnet, so zeigt sich nun zunehmend, wie sich durch die Art und Weise der Krisenbewältigung bereits zuvor angelegte Konflikte und Entwicklungstendenzen der Hochschulpolitik verschärfen.

EIN BLICK AUF DIE BILDUNGSPOLITISCHEN VORHABEN VON TÜRKIS-GRÜN

Die aktuelle Politik im Hochschulbereich ist nicht nur als Reaktion auf die Corona-Krise zu verstehen, sondern muss im Kontext des von der Bundesregierung angekündigten Bildungsprogramms gesehen werden. Die geplanten Projekte im Bildungsbereich erscheinen in diesem Kontext der neu angetretenen Koalitionsregierung zwischen ÖVP und Grünen besonders interessant, war doch Bildung stets eines der grünen Kernthemen und waren die Forderungen der Partei in diesem Politikfeld meist fortschrittlich. Im Regierungsprogramm wird der Anspruch formuliert, „die Durchlässigkeit im Hochschulsektor [zu] stärken“ (BKA 2020: 304). Die konkret vorgeschlagenen Maßnahmen deuten hingegen eher auf eine Zuspitzung jener Entwicklungen hin, die bereits in den letzten Jahrzehnten das Hochschulsystem geprägt haben: Das Studienrecht soll „leistungsbezogen“ (ebd.) gestaltet, Verbindlichkeit im Studium gesteigert werden. Statt einer Absage an die in den letzten Jahren zunehmend forcierten Aufnahmeverfahren, die nachweislich zu sozialer Selektion führen, ist

von deren Weiterentwicklung die Rede. Fortgesetzt wird die 2018 eingeführte „Universitätsfinanzierung neu“, mit der die Mittelvergabe des Bundes von wettbewerbsorientierten Indikatoren bestimmt wird und mit der die Einführung flächendeckender Zugangsbeschränkung für einige Studien einherging.¹ Damit bleibt die Finanzierung der Universitäten an die Zahl prüfungsaktiver Studierender und abgeschlossener Studien

Gerade Studierende aus Arbeiter_innenhaushalten, mit niedrigem Einkommen oder ohne Staatsbürgerschaft erleben eine Zuspitzung ihrer ohnehin schon prekären Lage.

geknüpft. Ziel dieser Maßnahme ist, dass Studienzeiten insgesamt kürzer werden, Studierende also schneller dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen. Die Hochschulen haben somit ein reales finanzielles Interesse daran, den Druck auf Studierende maßgeblich zu erhöhen. Die Leistungsvereinbarungen zwischen Bund und Hochschulen, in denen die Kriterien für diese Finanzierung festgelegt sind, bleiben trotz Corona aufrecht.

¹ In Österreich gibt es für Bachelor- und Diplomstudien keine allgemeinen Zugangsbeschränkungen. In den letzten Jahren wurden vermehrt Aufnahmetests eingeführt, zunächst für sogenannte „Massenstudien“ wie Medizin oder Psychologie. Mit der Umstellung der Universitätsfinanzierung werden diese nun schrittweise ausgeweitet.

VERSCHÄRFUNG SOZIALER UNGLEICHHEIT

Ein großer Teil der Studierenden ist ökonomisch davon abhängig, eine bestimmte Anzahl an ECTS-Punkten zu absolvieren – etwa um Beihilfen oder Stipendien zu beziehen. Für Studierende aus Drittstaaten ist die Studienleistung eine entscheidende Voraussetzung für die Aufenthaltsgenehmigung in Österreich. Für viele stellt das Einstellen der Lehre als Reaktion auf das Coronavirus also eine reale finanzielle und materielle Bedrohung dar. Gerade Studierende aus Arbeiter_innenhaushalten, mit niedrigem Einkommen oder ohne Staatsbürgerschaft erleben eine Zuspitzung ihrer ohnehin schon prekären Lage. Das ist gleichzeitig exemplarisch für Veränderungen, die der Charakter des Studierens in den vergangenen Jahrzehnten durchlaufen hat: Leistungssteigerung und Konkurrenzdruck gewinnen zunehmend an Bedeutung, mangelnde Effizienz wird sanktioniert – etwa durch die Knüpfung von Beihilfen an die Studienleistung. In Reaktion auf die Krisenmaßnahmen gewann in Österreich – ähnlich wie in Deutschland – die Forderung nach einem sogenannten „neutralen Semester“ an Öffentlichkeit. Sie wurde beispielsweise in Form einer von über einhundert Universitätsprofessor_innen initiierten Petition nach außen getragen. Als angemessene Antwort auf die sich durch die Krise zuspitzende soziale Lage von Studierenden wie Forschenden wurden unter diesem Schlagwort Vorschläge wie das Gewähren von zusätzlichen Toleranzsemestern für den Bezug von Stipendien und Beihilfen, das Aussetzen der Studiengebühren und -beiträge für das aktuelle Semester oder die Verlängerung befristeter Verträge von Universitätsmitarbeiter_innen gefordert. Teile dieser Forderungen wurden von der Regierung tatsächlich aufgegriffen, und auch der Begriff des „neutralen Semesters“ hat Eingang in die Pressekonferenzen von Bildungsminister Heinz Faßmann gefunden. Konkret bedeutet das, dass die für den Anspruch auf Beihilfen normalerweise notwendigen Leistungsnachweise in diesem Semester nicht zu erbringen sind und die Fristen für Familien- sowie Studienbeihilfe verlängert werden. Zwar wurde das von der vorangegangenen Regierung angekündigte Vorhaben, allgemeine Studiengebühren einzuführen, von Türkis-Grün nicht fortgesetzt. Für einige Gruppen, darunter insbesondere jene, die die Mindeststudienzeit überschritten haben, und Studierende aus Drittstaaten, fallen dennoch regulär Studienbeiträge an. Diese bleiben in der aktuellen Situation trotz eingeschränkter Lehre und der zunehmenden Prekarisierung der sozialen Lage von Studierenden jedoch weiterhin zu bezahlen. „Der Staat kann nicht für alles einspringen“ (KURIER.at 2020), begründete Faßmann die Entscheidung.

Eine weitere Konsequenz der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus ist eine enorme psychische Belastung, der einige Studierende nun ausgesetzt sind. Gerade diejenigen, deren soziales Umfeld hauptsächlich an der Universität angesiedelt ist, leiden unter der sozialen Isolation. Für einige kommt dazu eine ökonomische Existenzbedrohung. So sind unter den berufstätigen Studierenden überdurchschnittlich viele geringfügig Beschäftigte. Für diese Gruppe greift die von der Regierung beschlossene Kurzarbeitsregelung nicht, was

für viele schlichtweg den Verlust des Jobs bedeutet. Gerade unter diesen belastenden Umständen wären Maßnahmen wie das Aussetzen der Studiengebühren für das aktuelle Semester eigentlich dringend notwendig.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE LAGE VON FORSCHER_INNEN

Doch die Studierenden sind nicht die einzigen, die unter den Folgen der Krisenbewältigung im Hochschulfeld zu leiden haben. Auch die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler_innen und Universitätsmitarbeiter_innen werden in der Krise zunehmend prekär. Die Umstellung des gesamten Lehrbetriebs auf „Distance Learning“ stellt Lehrende vor die Herausforderung, sämtliche Lehrveranstaltungen ohne physische Anwesenheit – also online – abzuhalten und in der Folge völlig umkonzipieren zu müssen. Das bedeutet nicht zuletzt eine enorme Steigerung des Arbeitsaufwands von Lehrenden, den sie ohne zusätzliche Bezahlung bewältigen müssen. Ebenso sind Universitätsmitarbeiter_innen aufgrund neuer Arbeitsbedingungen enorm eingeschränkt, schließlich geht das Arbeiten aus dem Homeoffice häufig mit mangelndem Zugang zu Forschungsinfrastruktur sowie mit fehlenden oder ungeeigneten Arbeitsplätzen einher. Auch hier sind es insbesondere jene Personen mit Betreuungspflichten, deren Doppelbelastung sich durch die Verlagerung des Lehr- und Forschungsbetriebes in den Privathaushalt noch verschärft. Dieser Umstand spitzt nicht zuletzt auch die ungleichen Karrierechancen von Männern und Frauen zu: So ist bereits jetzt abzusehen, dass weibliche Wissenschaftlerinnen seit Beginn der Corona-Krise weniger Journal-Artikel einreichen (Flaherty 2020) als ihre männlichen Kollegen – eine Entwicklung, die langfristige Karriereschäden und eine Verhärtung geschlechtsbasierter Hierarchien im akademischen Feld mit sich ziehen kann. Wissensarbeiter_innen und Universitätsmitarbeiter_innen stellen eine jener Personengruppen dar, zu deren Lage sich die Regierung bis jetzt noch nahezu gar nicht geäußert hat. Einige Nachwuchsforscher_innen initiierten in der Hoffnung, dies zu ändern, zuletzt einen offenen Brief (Standke-Erdmann / Stiegler 2020), in dem etwa die Schaffung eines Krisenfonds für Wissenschaft und Hochschulen sowie eine Vertragsverlängerung für befristete Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen gefordert wird.

DIE KRUX MIT DER DIGITALISIERUNG

Die Anforderung, kurzerhand den gesamten Universitätsbetrieb zu digitalisieren, löste die unterschiedlichsten Reaktionen aus. An nahezu allen universitären Standorten führte diese unerwartete Aufgabe zunächst zu Überforderung und einer gewissen Hilflosigkeit auf Seiten von Lehrenden und Studierenden. Einige Beobachter_innen nahmen dies wiederum zum Anlass, sich spöttisch darüber zu echauffieren, dass Österreichs Hochschulen in Bezug auf die Digitalisierung der Lehre massiv hinterherhinken würden. Die Corona-Krise, so das Argument, zeige auf, dass die Potenziale in diesem Bereich noch bei weitem nicht ausgeschöpft seien,

Es bleibt zu befürchten, dass die aktuelle Krise auch nach dem Ende des sogenannten „Ausnahmestands“ als Anlass genommen werden könnte, um weitreichende Rationalisierungs- und Digitalisierungsprozesse im Hochschulbereich in Gang zu setzen.

und eröffne nun die Chance, eine Umstellung großer Teile der Lehre auf digitale Angebote voranzutreiben. Die Feststellung, dass an den meisten der österreichischen Hochschulen im internationalen Vergleich tatsächlich wenig digitalisierte Lehre stattfindet und dies mit gewissen Nachteilen verbunden ist, hat einen wahren Kern: Tatsächlich fehlen Ressourcen, die Lehrveranstaltungen barrierefreier machen und beispielsweise arbeitenden Studierenden oder Personen mit Betreuungspflichten die Teilhabe am Universitätsbetrieb so zu erleichtern. Das Vorhaben eines vermehrten Einsatzes von digitalen Lehr- und Lernmethoden ist auch im Regierungsprogramm enthalten (BKA 2020: 306).

Gleichzeitig ist der Ruf nach mehr Digitalisierung nicht zwangsläufig eine progressive Forderung – ist das Motiv, das dahintersteht, doch meist nicht die Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten und der Lernmöglichkeiten von Studierenden, sondern die zunehmende Rationalisierung der universitären Lehre. Er ist Ausdruck der zunehmenden Unterwerfung des Studiums unter eine ökonomische Verwertungslogik, in der die Effizienz des Systems über den Lernerfahrungen der Studierenden steht. Digitalisierung an sich ist a priori nichts Gutes oder Schlechtes. Eingebettet in eine emanzipatorische Praxis der Hochschulpolitik kann das vermehrte Einsetzen digitaler Methoden sicherlich positive Effekte für Studierende (und Lehrende) haben. In der aktuellen Situation ist dies jedoch nicht der Fall. Durchgesetzt durch Zwang und unter enormem Zeitdruck sowie ohne die dafür notwendigen Ressourcen, fehlen schlichtweg die Voraussetzungen, um das fortschrittliche Potenzial der Digitalisierung nutzbar zu machen.

Zum einen sind diese Diskussionen, die rund um die Einführung der Maßnahmen gegen Corona virulent wurden, häufig von einem verkürzten und realitätsfernen Bild universitärer Lehre geprägt: Lernen wird dabei mit dem Sitzen in Vorlesungen gleichgesetzt, Partizipation ist höchstens als das gelegentliche Stellen einer Frage denkbar. Dabei gerät völlig außer Blick, dass Lernen immer auch ein sozialer Prozess ist. Lebendige Diskussionen, das gemeinsame Erarbeiten von Erkenntnissen, aber auch die praktische Arbeit, etwa in Laboren: All das lässt sich nicht restlos digitalisieren und rationalisieren. Hinter der Forderung nach der Umstellung auf einen Unterricht, der völlig ohne physische Anwesenheit auskommt, steht eine neoliberale Vorstellung von Bildung. Die Lehre verkümmert dieser Logik nach zur Serviceleistung für das möglichst

rasche Erlangen eines akademischen Grades, Lernen wird nur noch als Mittel zum effizienten Abstauben von ECTS-Punkten begriffen.

Relativ unmittelbar wurden in der ersten Umsetzungsphase zudem viel banalere Schwächen des Online-Learnings sichtbar: Technische Probleme, unzureichende Informationen sowie unausgereifte didaktische Konzepte erschweren Studierenden die Teilhabe an Lehrveranstaltungen. Zunehmend wird deutlich, dass die aktuelle Umstellung auf Online-Learning die universitäre Lehre keineswegs zugänglicher gestaltet, sondern im Gegenteil zur Reproduktion und Verstärkung sozialer Ungleichheit beiträgt. So hängt die Möglichkeit des Studienerfolgs wesentlich von der privat vorhandenen Infrastruktur und der Verfügbarkeit eines ruhigen Arbeitsplatzes und einer schnellen Internetverbindung ab. Zusätzlich benachteiligt sind dabei jene Studierende, die etwa aufgrund von Erwerbstätigkeit oder Betreuungspflichten über eingeschränkte Zeitrressourcen verfügen. Gerade für Studierende mit Kindern ist dies ein erschwerender Faktor, ist doch die Menge an zu leistender Care-Arbeit durch das Schließen institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen und die wegfallende Möglichkeit, Personen außerhalb des eigenen Haushalts (etwa Großeltern) in die Betreuung miteinzubeziehen, wesentlich gestiegen. Besonders deutlich ersichtlich wurde diese zunehmende Ungleichheit in der Prüfungszeit. Die Verfügbarkeit der notwendigen materiellen Ressourcen – eine stabile Internetverbindung, ein ruhiger Arbeitsplatz – wurde nun explizit zur Voraussetzung für den Prüfungserfolg.

Mehr als je zuvor macht die Corona-Krise deutlich, dass gesellschaftliche Entwicklung, wenn auch von unvorhersehbaren Ereignissen beeinflusst, in großem Maße Ergebnis von Kämpfen und Aushandlungsprozessen ist.

WAS KOMMT – WAS BLEIBT?

Es bleibt zu befürchten, dass die aktuelle Krise auch nach dem Ende des sogenannten „Ausnahmestands“ als Anlass genommen werden könnte, um weitreichende Rationalisierungs- und Digitalisierungsprozesse im Hochschulbereich in Gang zu setzen. Hier gilt es kritisch einzuhaken und auf der Konzipierung digitaler Maßnahmen im Sinne von Studierenden und Lehrenden – und nicht unter dem Vorzeichen einer weiteren Ökonomisierung und größtmöglicher Effizienz der Hochschulen – zu beharren. Der Blick auf das kommende Wintersemester zeigt zudem, dass im Hochschulbereich noch lange nicht von einer Rückkehr zum „Normalzustand“ die Rede sein kann: Die physische Lehre wird nach aktuellem Stand nur eingeschränkt und unter Einhaltung von Abstands- und Sicherheitsregelungen umsetzbar sein, stattdessen sollen

vermehrt „Hybridformen“ zwischen Präsenz- und Online-Lehre zum Einsatz kommen. Hier gilt es nach wie vor, auf die Versäumnisse der Bundesregierung und der Universitäten aufmerksam zu machen und auf die Bereitstellung von Mitteln zur Reduktion der Ungleichheit zwischen Studierenden zu pochen. Mehr als je zuvor macht die Corona-Krise deutlich, dass gesellschaftliche Entwicklung, wenn auch von unvorhersehbaren Ereignissen beeinflusst, in großem Maße Ergebnis von Kämpfen und Aushandlungsprozessen ist, und gerade in gesellschaftlichen Krisen Handlungsoptionen bestehen, die nicht ohne weiteres von einer Sachzwanglogik diktiert sein müssen.

LITERATUR

BKA (Bundeskanzleramt Österreich) (2020) Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024. Wien: Bundeskanzleramt Österreich, [LINK](#)

Flaherty, Colleen (2020) No Room on One's Own. In: Inside Higher Ed. 21.4.2020, [LINK](#)

KURIER.at (2020) Faßmann zu Studenten: „Staat kann nicht für alles einspringen“. 7.5.2020, [LINK](#)

Standke-Erdmann, Madita / Stiegler, Josefa Maria (2020) Covid-19: Offener Brief zur Situation von Nachwuchsforscher*innen. Mai 2020, [LINK](#)

Und wie war das mit der Kultur?

Katerina Vrtikapa sowie Sabine Hilpert im Interview

Laut einer aktuellen Wifo-Studie zur ökonomischen Bedeutung der Kulturwirtschaft und ihrer Betroffenheit in der Covid-19-Krise (Pitlik et al. 2020) stehen in Österreich 150.000 Beschäftigungsverhältnisse und 9,8 Milliarden Euro an Wertschöpfung mit dem Kultursektor in Verbindung.

Die Branche ist einer der am stärksten von der Covid-Krise betroffenen Bereiche, da die Maßnahmen im Kultursektor einerseits bereits zu Beginn der Krise gesetzt wurden und andererseits auch teils am längsten anhielten bzw. noch immer anhalten, etwa bei Großveranstaltungen wie Konzerten. Die angeordneten Schließungen und auch das nur schrittweise Hinauffahren spiegeln sich in den geschätzten krisenbedingten Wertschöpfungsverlusten von 1,5 bis 2 Milliarden Euro wider. Das entspricht etwa einem Rückgang um ein Viertel (21 bis 28 Prozent) der Wertschöpfung des Jahres 2019.

Bestimmte Gruppen in der Kulturwirtschaft trifft die Krise besonders hart. Beschäftigte in größeren oder auch staatlichen Unternehmen wie den Bundesmuseen oder Bundestheatern haben häufig eine vergleichsweise bessere Absicherung, da hier die ArbeitgeberInnen die Möglichkeit haben, Kurzarbeit zu beantragen. In der Regel deutlich stärker von den Ausfällen betroffen sind etwa oft selbständige oder atypisch beschäftigte freischaffende KünstlerInnen, da deren Existenzgrundlagen oftmals völlig wegbrachen. Hier gibt es nur die Möglichkeit, Gelder aus den staatlichen Hilfsfonds zu beantragen, wobei die

Die Branche ist einer der am stärksten von der Covid-Krise betroffenen Bereiche.

„Geldsorgen werden uns aber weiterhin begleiten, schon weil ein monatliches Einkommen über der Armutsgefährdungsgrenze vielfach unerreichbar ist.“

immer wieder nachgebesserten Antragsbedingungen insbesondere beim Härtefall-Fonds (WKO) sowie neue Ausgestaltungen wie dem NPO-Unterstützungsfonds (Austria Wirtschaftsservice, aws) und der Überbrückungsfinanzierung für selbständige KünstlerInnen (Sozialversicherung der Selbständigen, SVS) zeigen, dass die Zielgruppe nicht von Anfang an ausreichend abgesichert war und auch häufig noch nicht ist.

Der Kulturrat Österreich (2020), ein Zusammenschluss der Interessenvertretungen von Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden, begrüßte in einer Presseaussendung am 7.7.2020 die „nun endlich“ aufgesetzten Refinanzierungsmaßnahmen, wodurch die akute Geldnot für viele zumindest vorübergehend behoben werde. Es heißt weiter: „Geldsorgen werden uns aber weiterhin begleiten, schon weil ein monatliches Einkommen über der Armutsgefährdungsgrenze vielfach unerreichbar ist. Nach wie vor gibt es auch Personen, die noch überhaupt keinen Anspruch auf Geldersatzleistungen seit dem Lockdown haben“ (ebd.). Es fehle etwa „die Umsetzung der gesetzlich bereits seit längerem beschlossenen Aufnahme mehrfach geringfügig Beschäftigter in den Kreis der Zuschussberechtigten im Härtefall-Fonds (WKO)“ (ebd.). Auch fehlen gänzlich „Maßnahmen, welche Entschädigungen für Ausfälle und Mehrkosten von mehr als sechs Monaten abdecken [...] – obwohl bereits jetzt klar ist, dass ein ‚Normalbetrieb‘ in weiter Ferne liegt“ (ebd.).

Doch wie steht es um die nicht-ökonomische Dimension? Kunst hat auch eine identitätsstiftende Funktion und kann deshalb auch als meritorisches Gut verstanden werden, dessen Bereitstellung aus politischen, historischen oder auch ethischen Gründen gesichert werden soll, so die Wifo-Studie (Pitlik et al. 2020: 12).

Sollte eine unzureichende finanzielle Absicherung von KünstlerInnen dazu führen, dass diese ihren Beruf aufgeben oder ins Ausland auswandern, so würde dies nicht nur wirtschaftliche Folgen haben. Es würde auch längerfristige Einbußen bezüglich der Vielfalt des kulturellen Geschehens in Österreich bedeuten (Pitlik et al. 2020)

Unter dem Motto „Ohne uns wird es still“ haben KünstlerInnen medienwirksam in der Covid-Krise die Bedeutsamkeit von Kunst und Kultur und die finanziellen Herausforderungen der Kunstschaffenden thematisiert. Am 1. Juli fand ein Schweigemarsch der KünstlerInnen statt. Die Forderungen beinhalten ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.259 Euro netto 12-mal im Jahr (Armutsgefährdungsgrenze) für EPU's und Neue Selbständige und äquivalente Garantien für alle unselbständig im Kunst- und Kulturbereich Beschäftigten (Schweigemarsch 2020)

INTERVIEW MIT DER TANZPÄDAGOGIN UND CHOREOGRAFIN SABINE HILPERT

Einen Einblick in die Welt des Tanzes erhalten wir von Sabine Hilpert. Die ehemalige Tänzerin ist derzeit Ballettpädagogin und Choreografin in Wien. Sie hat uns in einem kurzen Interview einige Fragen zur Kunst und zu Tanz beantwortet.

Katerina Vrtikapa: Sabine, was ist aus deiner Sicht die Bedeutung von Kunst und Kultur? Warum braucht es Kultur in unserer Gesellschaft?

Sabine Hilpert (antwortet mit einem Zitat aus Shakespeares „Hamlet“): „Was ist der Mensch, wenn seiner Zeit Gewinn, sein höchstes Gut nur Schlaf und Essen ist? Ein Vieh, nichts weiter.“ Alles, was über die Lebenserhaltung hinausgeht, ist Kultur. Das ist es, was den Menschen ausmacht. Für mich bedeutet Kunst und Kultur die reinste, wahrhaftigste und direkteste Möglichkeit sich mitzuteilen, um die Menschen reflektorisch an den Grund ihres Daseins zu erinnern.

Katerina Vrtikapa: Du warst Tänzerin und unterrichtest seit vielen Jahren Tanz von Modern bis zu klassischem Ballett. Was zeichnet die Kunstform des Tanzes deiner Meinung nach aus?

Sabine Hilpert: Ich unterrichte seit nunmehr 36 Jahren. Zweckfreie Bewegung als Ausdruck von Gefühlen (Tanz) ist wahrscheinlich die ursprünglichste aller Kunstformen. So gesehen führt sie heute ein stiefmütterliches Dasein (spartanische Förderungen, vergleichsweise Minigagen etc.). Tanz ist auch heute eine Kunstform, die durch ihre Unmittelbarkeit in der Lage ist, auf gesellschaftliche und existenzielle Unzulänglichkeiten effektiv und nachdrücklich hinzuweisen. Sei es über metaphorische Bilder – klassisches Ballett, z.B. „Giselle“,

Nicht nur der Mainstream sollte unterstützt werden. Die kleineren Gruppen und Theater, die vielleicht näher am Puls der Zeit sind, müssen mehr finanzielle Mittel erhalten.“

oder Aktionismus im zeitgenössischen Tanz – oder auch im urbanen Tanz, etwa bei Afro, Hip Hop oder Jazz.

Katerina Vrtikapa: Mit welchen Herausforderungen ist man in der Tanzbranche und Tanzpädagogik konfrontiert, welche sich womöglich in der Covid-Krise sogar verstärkt haben?

Sabine Hilpert: Wir Tanz- und BallettpädagogInnen haben keinen Dachverband, wie z.B. TanzlehrerInnen im Gesellschaftstanz. Das heißt, dass wir kein solidarisches Sprachrohr haben und deshalb auch in der jetzigen Krise in der Unterstützung an letzter Stelle stehen. Etliche Tanzstudios mussten bis dato schon schließen. Es scheint, als wären wir einfach unsichtbar.

Katerina Vrtikapa: Gibt es eine sozialpolitische Maßnahme, welche über die Covid-Krise hinaus für den Tanz oder auch die gesamte Kulturszene hilfreich wäre?

Sabine Hilpert: Ja, gibt es. Den Fördertopf gerechter aufzuteilen. Damit meine ich, nicht nur den Mainstream zu unterstützen, sondern auch den kleineren Gruppen und Theatern, die vielleicht näher am Puls der Zeit sind, mehr finanzielle Mittel zukommen zu lassen. Das würde auch bedeuten, dass generell dem Kunst- und Kultursektor ein größerer Förderungsrahmen gewährt werden muss. Die Vielfalt der Kunstschaffenden wahrzunehmen und darauf stolz zu sein, dass es so viel Kreativität gibt, sie als Teil unserer Gesellschaft anzusehen und nicht als „problematisches Beiwerk“, sollte selbstverständlich sein.

LITERATUR

Kulturrat Österreich (2020) Angekündigte Entschädigungsfonds für Kunst und Kultur starten endlich. Pressemitteilung. 7.7.2020, [LINK](#)

Pitlik, Hans / Fritz, Oliver / Streicher, Gerhard (2020) Ökonomische Bedeutung der Kulturwirtschaft und ihre Betroffenheit in der COVID-19-Krise. Endbericht. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, [LINK](#)

Schweigemarsch (2020) Schweigemarsch 2020 der Künstler*innen | der Kunstschaffenden | der Supportarbeiter*innen | aller Sparten und Gewerke, [LINK](#)

Das Einkommen der Vielen zur Rettung der Wenigen

Martin Schürz im Interview

Die Ökonomen Martin Schürz und Pirmin Fessler stellen den Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Covid-Zeiten in Frage. Denn die Betrachtung des BIP missachtet Unterschiede zwischen Armen und Reichen. Statt eines Vergleichs des Bruttoinlandsprodukts von Nationalstaaten schlagen Schürz und Fessler vor, zwischen MieterInnen, EigentümerInnen und KapitalistInnen zu unterscheiden und die Vermögen dieser Klassen zu vergleichen. So bekommt man Unterschiede in der Lebensführung von Menschen und hinsichtlich deren Möglichkeiten in den Blick. Ein Interview mit Martin Schürz:

Jakob Zerbes: *Ihr kritisiert die Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Debatte zum Bruttoinlandsprodukt. Was ist falsch am BIP? Ihr schreibt: Der Durchschnitt von Bäumen ist kein Wald – sondern wohl eher näher an Sägemehl“.*

Martin Schürz: Das BIP ist die Summe der jährlichen Einkommen. Jene mit einem hohen Einkommen haben daher ein höheres Gewicht. Folglich kann das BIP ansteigen, ohne dass die Mehrheit etwas davon hat. Und der Durchschnitt vernebelt sowieso die Betrachtung jeder ungleichen Verteilung. Er nivelliert wesentliche Unterschiede zwischen Arm und Reich. Eine Konzentration auf das BIP in der Betrachtung lenkt vom Vermögen ab. Doch es ist das Vermögen ganz weniger Reicher, welches ja viel schneller wuchs als das BIP. Das Verhältnis zwischen BIP und Vermögen beträgt heute

„Das Problem in der Krise ist, dass die Einkommen der Vielen sinken, während sie für wenige steigen.“

etwa das Vier- bis Sechsfache. In den 1950er Jahren lag es etwa noch beim Zwei- bis Dreifachen.

„Die ökonomische Diskussion rund um die Frage, ob die Covid-Krise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5%, 10% oder 20% reduzieren wird, geht am Punkt vorbei und täuscht die Öffentlichkeit: Das Problem in der Krise ist, dass die Einkommen der Vielen sinken, während sie für wenige steigen. Die meisten Menschen denken nicht darüber nach, dass man durch das Anstarren von BIP-Zahlen zur Messung des Erfolgs einer Wirtschaft implizit akzeptiert, dass jeder Euro oder Dollar an Einkommen die gleiche Bedeutung hat, ungeachtet dessen, ob es jemandem hilft, zu überleben oder ein angemessenes Leben zu führen, oder ob damit nur marginale Änderungen auf einem Bankkonto mit vielen Nullen einhergehen“ (Fessler / Schürz 2020; Übersetzung Franziska Disslbacher).

Jakob Zerbes: *Ihr plädiert dafür, weg vom Ländervergleich, hin zum Klassenvergleich zu gehen. Was bringt das?*

Martin Schürz: Das hat vor allem drei Gründe: Erstens: Ländervergleiche machen die Armen und Reichen tendenziell unsichtbar. Dann stehen sich scheinbar reiche Industrieländer und arme Entwicklungsländer gegenüber. Doch man sollte nicht vergessen: Sowohl im reichen Deutschland als auch im armen Kongo gibt es MilliardärInnen. Und diese Gruppe der MilliardärInnen hat mehr gemeinsam als die Gruppe der Armen und die Gruppe der Reichen aus Deutschland.

Zweitens: Solidarität hört nicht an nationalen Grenzen auf. Klarerweise muss sich Gerechtigkeit auf den globalen Rahmen erstrecken. Ansonsten wird sie ins Gegenteil verkehrt. Ich kann sie ja nicht für Angehörige einer Nation reservieren und andere vergessen.

Und drittens: Menschen nehmen sich nicht als Angehörige von Perzentilen wahr, aber sehr wohl als stolze HauseigentümerInnen oder als innovative UnternehmerInnen.

Es geht uns um eine relationale Sicht auf die Gesellschaft. Wir greifen nicht willkürlich die Mitte oder das oberste Perzentil heraus, sondern achten auf soziale Beziehungen, auf Macht und Herrschaftsverhältnisse. Erst dies ermöglicht eine gehaltvolle normative Sicht auf die Gesellschaft.

Jakob Zerbes: Um soziale Ungleichheit besser analysieren zu können, schlägt ihr drei neue Klassen vor: MieterInnen, EigentümerInnen und KapitalistInnen. Was kennzeichnet diese, was unterscheidet sie und wieso sind es ausgerechnet die drei?

Martin Schürz: Nun, es ist eigentlich kein Vorschlag, sondern Ergebnis unserer Sichtung der Vermögensdaten. Da zeigen sich unterschiedliche Vermögenshöhen verbunden mit unterschiedlichen Vermögensfunktionen. Und wir können dies für Europa und die USA belegen. Die unten haben nur ein klein wenig an Ersparnissen, das sind MieterInnen. Die benötigen dringend den Sozialstaat. Insbesondere in Krisenzeiten bei Verlust des Arbeitsplatzes oder Krankheiten reichen die Ersparnisse nicht.

„Die Steuereinnahmen aus den Arbeitseinkommen der Vielen werden für die Vermögensrettung weniger verwendet.“

Die anderen, die EigentümerInnen, haben fast alles in ihr Haus gesteckt und oft beträchtliche Schulden. Sie werden aber steuerlich bevorzugt und ersparen sich die Miete. Und wenige Menschen haben Unternehmen und Vermögenseinkommen. Diese Gruppe hat oft auch Gestaltungsmacht in der Gesellschaft. Die ökonomische Bedeutung lässt sich transferieren in politischen Einfluss. So zu tun, als hätten diese drei Klassen viel gemeinsam, ist irreführend. Vermögen erfüllt unterschiedliche Funktionen für diese Klassen. Mit einem Häuschen oder einem Sparbuch hat man keine Macht, die Demokratie zu gefährden. Bei den MieterInnen geht es um Absicherung für den Notfall und Vorsorge für Eventualitäten. Bei den HauseigentümerInnen um Nutzung des Eigenheims und bei den KapitalistInnen um Macht, d.h. politische und ökonomische Gestaltung der Gesellschaft nach ihren Interessen und Ideen.

Jakob Zerbes: In einem Artikel für das angesehene Institute for New Economic Thinking warnt ihr, dass nach der Krise die soziale Ungleichheit noch größer sein wird. Warum glaubt ihr das?

Martin Schürz: Die Steuereinnahmen aus den Arbeitseinkommen der Vielen werden für die Vermögensrettung weniger verwendet. Die Unterstützung des Staates fällt – auch in dieser Krise – zugunsten der Vermögenden aus und eine Verteilungsdebatte soll auf die Zeit nach Covid verschoben werden. Es steht zu befürchten, dass die Marktkonzentration im Unternehmenssektor steigen wird. Norbert Haering schrieb präzise vor einigen Wochen: „Die staatliche Rettungspolitik in der Corona-Krise operiert mit einer unausgesprochenen Grundannahme: Die Ansprüche des Kapitals sind heilig“ (Haering 2020).

Eine Umverteilung scheint politisch nicht gewollt. Vorgeblich geht es jetzt nur ums Helfen. Beim Helfen geraten Gerechtigkeitsfragen notgedrungen ins Hintertreffen. Wer retten will, wird rasch handeln. Nur: Gerade beim staatlichen Retten von Unternehmen müssen Verteilungswirkungen beachtet werden.

Jakob Zerbes: Wie war das in der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009?

Martin Schürz: AktionärInnen und Großbanken sind in der Finanzkrise 2008 vom Staat gerettet worden. Die temporären Buchverluste der Vermögenden in der Finanzkrise haben deren Stellung in der gesellschaftlichen Hierarchie nicht geschwächt. Die Austeritätspolitik in vielen Ländern trieb hingegen viele Menschen in Verzweiflung und Aussichtslosigkeit. Die Digitalisierung verstärkt die soziale Kluft. Und grundsätzlich kommt es auch zu Verschiebungen in der öffentlichen Debatte. Medien im Eigentum von reichen Menschen engen den Raum des politisch Denkbaren ein.

Jakob Zerbes: Ihr schreibt: **Wieder einmal wird das von Vielen verdiente Einkommen dazu verwendet, den Reichtum der Wenigen zu retten.** – Warum retten wir ein System, das die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen verstärkt? Ist die Fallhöhe der Superreichen aus Sicht der Politik einfach höher? Ihr hoher Lebensstandard mehr wert als der aller anderen?

Martin Schürz: Im „wir retten“ steckt eine Unterstellung: Es ist nicht der demokratische Souverän, der nach vernunftorientierten Auseinandersetzungen wirtschaftspolitische Entscheidungen trifft und den Ärmsten in der Gesellschaft helfen will. Wie der amerikanische Nobelpreisträger Stiglitz sagt: Es ist die Wirtschaftslobby, welche die Richtung bestimmt. UnternehmerInnen bleiben die HeldInnen der Gegenwart und die

„Wenn nun der Staat auf Anteile an Unternehmen oder Anrechte auf zukünftige Gewinne bei der Rettung verzichtet, verliert die Öffentlichkeit gleich doppelt.“

Kassiererinnen im Supermarkt werden nicht einmal mehr vom Balkon beklatscht. Auch Kritik an den MilliardärInnen, scheint mir wenigstens so, ist seit Covid leiser geworden.

Klar kann jemand, der mehr hat, auch mehr verlieren. Doch um diese Fallhöhe geht es nicht. Vermögende würden ja nicht unter der Brücke landen, sondern in der arbeitszentrierten Einkommenswelt des Rests der Bevölkerung. Diese Unterscheidung der Stromgröße Einkommen von der Bestandsgröße Vermögen betonen Pirmin Fessler und ich. Sie wird allzu oft übersehen: Zu verlieren hat der eine seinen Job und das Arbeitseinkommen und der andere sein Unternehmen.

Und auch um den Lebensstandard der Reichen geht es nicht: Der kann ja zwischen 50 Millionen Euro und 5 Milliarden Euro an Vermögen kaum noch unterschieden werden. Luxus ist da sowieso „part of the game“, aber nicht das Entscheidende. Es geht um Macht. Und da sollten wir nicht vergessen: Sogar minimale Steuern können eine symbolische Kränkung der Mächtigen bedeuten. Sie sind mit Zwang verbunden. Daher geben sie nicht das angenehme Gefühl der freiwilligen Wohltaten.

„Wer jedoch will, dass unsere Gesellschaft egalitärer wird, muss das als Ziel offen benennen: Überreichtum soll in einer Demokratie nicht sein.“

Jakob Zerbes: Keiner der gegenwärtigen Pläne sieht vor, das öffentliche Vermögen zu vergrößern oder die Konzentration des Privatvermögens zu verringern. Wie würden Pläne ausschauen, die das leisten können?

Martin Schürz: Wir müssen unterscheiden. Auch für jemanden, der nur die Idee der Marktwirtschaft ernst nimmt, gilt: Investiertes Geld verspricht einen Anteil an der zukünftigen Rendite. Egal ob dies ein privater Investor ist oder der Staat. Ist es der Staat, vergrößert sich in Folge das öffentliche Vermögen. Wenn nun der Staat auf Anteile an Unternehmen oder Anrechte auf zukünftige Gewinne bei der Rettung verzichtet, verliert die Öffentlichkeit gleich doppelt. Geht das Investment den Bach hinunter, zahlt die Allgemeinheit; ist es gewinnbringend, gehen die Gewinne an den oder die geret-

teten EigentümerInnen. KeinE ReicheR würde einem/einer so handelnden VermögensverwalterIn sein Geld anvertrauen.

Wer jedoch will, dass unsere Gesellschaft egalitärer wird, muss das als Ziel offen benennen: Überreichtum soll in einer Demokratie nicht sein. Stimme ich dieser Überlegung zu, kann ich mich in Folge aber auch nicht mit geringen Vermögenssteuersätzen begnügen, die aus dem Kapitalertrag bezahlt werden. Ein kleiner Beitrag der Bessergestellten reicht nicht, um eine gleichere Gesellschaft zu schaffen. Der Staat müsste auch – auf Basis der Erfahrungen der Privatisierungen seit den 1980er Jahren – jene Güter und Dienstleistungen definieren, die fortan öffentlich sein sollen. Dazu zählen etwa Gesundheit, Infrastruktur, Verkehr, Grundversorgung, Wohnen, ...

Wir bedanken uns bei Jakob Zerbes vom Kontrast Blog und Martin Schürz dafür, das Interview in diesem Heft abdrucken zu dürfen. Dieses Interview ist ein gekürzter Nachdruck. Es ist im Juni 2020 in zwei Teilen auf dem Kontrast Blog erschienen:

Zerbes, Jakob (2020a) Ökonom Schürz zu Corona-Hilfen: Das Einkommen der Vielen rettet gerade den Reichtum der Wenigen. In: Kontrast.at. 2.6.2020, [LINK](#)

Zerbes, Jakob (2020b) Ökonom Schürz: Das BIP sagt weniger darüber aus, wie es den Menschen geht – Wir müssen uns anschauen, wer was besitzt. In: Kontrast.at. 30.6.2020, [LINK](#)

LITERATUR

Fessler, Pirmin / Schürz, Martin (2020) The Wealth Effects of Bailouts: A Quantitative Assessment. In: Institute for New Economic Thinking. The COVID-19 Economic Crisis. 9.5.2020, [LINK](#)

Haering, Norbert (2020) Staatliche Rettungsringe für das Kapital. In: Geld und mehr. Ein Blog von Norbert Haering. 1.5.2020, [LINK](#)

Ersparnisse in der Arbeitslosigkeit: Wo wirkt der Wohlfahrtsstaat?

Stefan Humer, Severin Rapp

Covid hat im Leben vieler Menschen bedeutende Spuren hinterlassen. Der in vielen Ländern beobachtbare Anstieg der Arbeitslosenraten geht für die Betroffenen mit einem signifikanten Einkommensverlust einher. Aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht stellt sich die Frage: Wie gut ist die Bevölkerung auf solch einen unvorhergesehen Einkommensausfall vorbereitet? Die Sozialstatistik kann hier mit dem Konzept der Vermögensarmut eine Antwort geben.

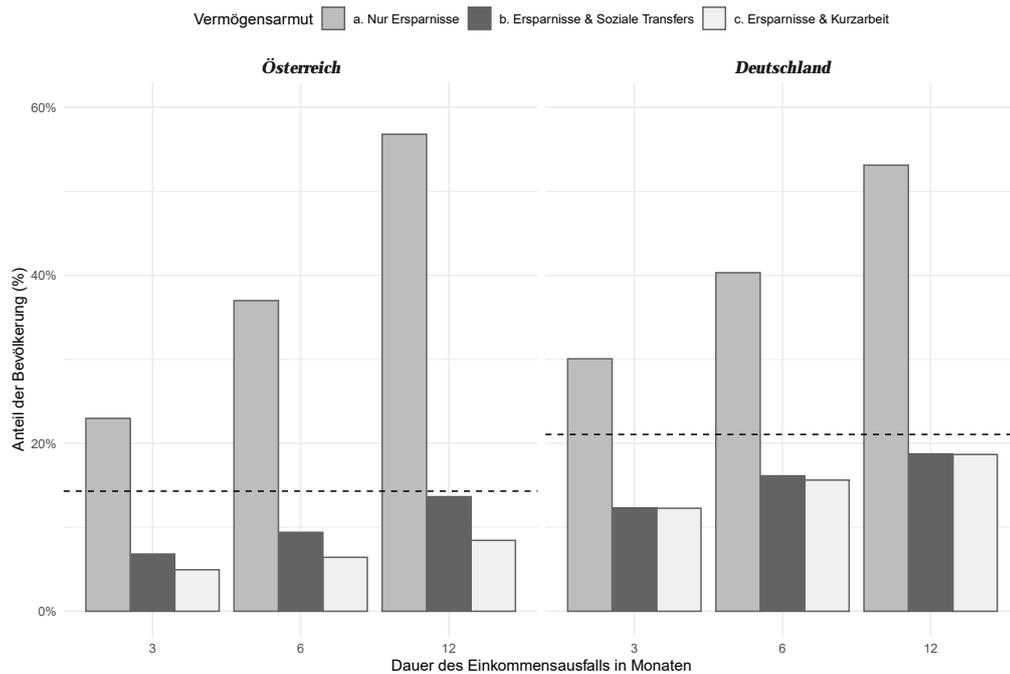
Dieses Konzept beantwortet die Frage, welcher Anteil der Bevölkerung genügend Vermögen hat, um einen akzeptablen Lebensstandard trotz Einkommensverlusts (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, ...) für eine bestimmte Zeit durch Konsum der Ersparnisse aufrechtzuerhalten. Dieser Lebensstandard wird durch die Armutsgefährdungsschwelle beziffert. Haushalte, deren Einkommen unter dieser Schwelle liegen, gelten als armutsgefährdet. Haushalte, deren Ersparnisse so gering sind, dass sie über eine bestimmte Periode durch den Verbrauch der Ersparnisse ihren Lebensstandard nicht in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle aufrechterhalten können, gelten als vermögensarm. Zur besseren Erklärung des Konzeptes, hier ein Beispiel. Gehen wir von einem drei Monate andauernden Einkommensausfall aus: Der Anteil der Bevölkerung, der es sich auf Basis vorhandener Ersparnisse nicht leisten kann, in diesen drei Monaten Güter und Dienstleistungen – etwa Lebensmittel, Handyrechnungen oder Wohnraum – im Wert der Armutsgefährdungsschwelle zu konsumieren, gilt über diesen Zeitraum von drei Monaten als vermögensarm. Ein Einkommensausfall kann aber auch länger als drei Monate andauern, zum Beispiel sechs Monate lang. Zur Deckung der Konsumausgaben über diesen längeren Zeitraum in Höhe der Armutsgefährdungsschwelle brauchen Haushalte mehr Ersparnisse.

Berücksichtigt man die öffentlichen Transfers für Menschen in Arbeitslosigkeit, reduziert sich der Anteil der vermögensarmen Haushalte in Österreich um bis zu drei Viertel.

Doch dieser private Sicherheitspolster in Form der Ersparnisse wird durch staatliche Sicherungssysteme ergänzt, was ein erweitertes Konzept von Vermögensarmut nahelegt. Ist beispielsweise das Arbeitslosengeld großzügig, werden weniger Ersparnisse benötigt, um einen Lebensstandard an der Armutsgrenze zu erhalten. Sie müssen lediglich die Differenz zwischen Arbeitslosengeld und Armutsgrenze aufstücken.

Der Anteil der Haushalte in Vermögensarmut über einen von 3, 6 bzw. 12 Monate dauernden Einkommensausfall ist in Österreich und Deutschland ähnlich (hellgraue Balken). In Deutschland kann im Vergleich zu Österreich ein größerer Anteil der Bevölkerung keine drei- bis sechsmonatige Frist durch Entsparen überbrücken, indem Ersparnisse aufgebraucht werden. In einer ganzjährigen Perspektive ist es umgekehrt, hier ist der Anteil in Österreich höher. Berücksichtigt man die öffentlichen Transfers für Menschen in Arbeitslosigkeit, reduziert sich der Anteil der vermögensarmen Haushalte in Österreich unabhängig vom Zeithorizont um bis zu drei Viertel. In Österreich profitieren Paare gegenüber Alleinerziehenden besonders. Das deutsche System hingegen reduziert diesen Anteil lediglich um 60 bis 65 Prozent.

Abbildung 4: Vermögensarmut mit und ohne öffentliche Transfers in Österreich und Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von HFCS 2017 & OECD TaxBen Database.

Mit der Kurzarbeit haben beide Länder Maßnahmen umgesetzt, die trotz drastischer Reduktion der Arbeitszeit wesentliche Anteile des Einkommens durch Subvention erhalten. Für einen Vergleich der Lebensbedingungen können somit auch die Nettoersatzraten der Kurzarbeit herangezogen werden. In Deutschland sind die Nettoersatzraten der Kurzarbeit und des Arbeitslosengeldes mit 60 bis 67 Prozent etwa gleich hoch. Deshalb verändert sich der Anteil der Haushalte in Vermögensarmut kaum. In Österreich ist die Kurzarbeit für viele ArbeitnehmerInnen attraktiver. Das Arbeitslosengeld macht für manche Haushalte etwa die Hälfte des Arbeitseinkommens aus, die Kurzarbeit jedoch bis zu 90 Prozent des Nettolohns. Somit wird die Vermögensarmut in Österreich durch die Kurzarbeit deutlich stärker reduziert als in Deutschland. Dennoch kann das steigende Ungleichheit zwischen Insidern am Arbeitsmarkt und Outsidern, die nicht von Kurzarbeit erfasst sind, bewirken.

Die Kurzarbeit reduziert Vermögensarmut in Österreich deutlich stärker als in Deutschland.

Private Ersparnisse sind für Haushalte wichtig, um die Armutsschwelle in der Pandemie nicht zu unterschreiten. Die Abhängigkeit von privaten Ersparnissen wird insbesondere bei Paarhaushalten und Menschen in Kurzarbeit vom Wohlfahrtsstaat reduziert

COVID- KALEIDOSKOP

Teil I - Wie die Krise die Ungleichheit verschärft
Wien, September 2020

